

375

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ
Wien, Donnerstag 1. November abends

Fleischabgabe für die Mindestbemittelten. Infolge von
Transportschwierigkeiten wird in der Woche vom 3. bis 9.
November mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung an-
statt Rindfleisch frisches Schaffleisch aus den Beständen
der Gemeinde Wien zum Preise von 4 K per kg an die Besitzer
der grünen, braunen und blauen amtlichen Einkaufsscheine
in den bekannten Ständen und Geschäften der Großschlächtereier
gegen Abtrennung der Ziffer 36 abgegeben. Um die Fleischabgabe
an die Mindestbemittelten auch für die nächsten Wochen unter
allen Umständen sicherzustellen, wird voraussichtlich auch
in der 2. und 3. Novemberwoche Schaffleisch abgegeben werden
müssen; die hierzu notwendige Menge konnte durch das Entge-
genkommen der n. 8. Statthaltereier sichergestellt werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

7. Jahrgang. Wien, Freitag 2. November 1917. Nr. 376.

Gänseverkauf. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse zum Preise von K 8,80 per kg an folgenden Ständen zum Verkaufe gebracht:
Johann Filiph, Markt am Werd; Anton Dechant, 3. Bezirk, Großmarkthalle;
Franz Rechtberger, 4. Bezirk, Naschmarkt; Rudolf Simatovitsch, 5. Bezirk, Schönbrunnerstrasse 29; Marie Hennecker, 7. Bezirk, Markthalle-Burggasse;
Ludwig Haas, 8. Bezirk, Stadiongasse Markthalle; Josefine Gehring, 9. Bezirk, Markthalle-Nussdorferstrasse; Johann Vallentin, 10. Bezirk, Markt Eugenplatz, Therese Gay, 11. Bezirk, Markt Enckplatz; Max Maxa, 12. Bezirk, Markt Waidling; Susanna Antl, 13. Bezirk, Markt Meiselstrasse; Antonia Stritzl, 15. Bezirk, Markt Nep. Vogelplatz; Kath. Weikovitsch, 16. Bezirk, Brunnegasse; Johann Frotzler, 17. Bezirk, Bergsteiggasse 12; Berta Hrodeck, 18. Bezirk, Kutschkergasse 24; Elisabeth Kazill, 19. Bezirk, Heiligenstädterstrasse 14; Johann Kamar, 20. Bezirk, Klosterneuburgerstrasse 12; Barbara Fillipitsch, 21. Bezirk, Markt am Spitz.

neue Kriegsküche. Die Kaiserin Zita-Kriegsküche Nr. 52 nimmt am Sonntag 4. November den Betrieb auf.

Strassenbahnverkehr. Wegen der Kartoffel-Umladung von Vollbahnwaggons auf Strassenbahnwagen auf der Freudenausstrasse wird an Werktagen der gesamte Rennverkehr zur Endstelle Lusthaus geführt.

Hundswut. Am 21. Oktober l. J. 8 Uhr früh entwich einem im 4. Bezirk in der Alleegasse wohnhaften Hundebesitzer sein Hund, ein weiblicher, schottischer Schäferhund. Das Tier kehrte erst am 24. Oktober wieder zum Besitzer zurück und hatte bei seiner Rückkehr einen fingerdicken Strick, dessen freies Ende durchbissen war, am Hals gebunden. Zweifellos war es von einer fremden Person gefangen gehalten worden. Es wird nun darauf aufmerksam gemacht, dass an diesem Hunde am 26. Oktober die Wutkrankheit festgestellt wurde. Personen, welche möglicherweise von diesem Hunde gebissen wurden, wird dringend geraten, sich beim zuständigen Polizeikommissariate zu melden, damit sie der Wutschutzimpfung zugeführt werden können.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Spar-Casse von 30.498 Parteien K23,630.998 eingelegt, an 21.146 Parteien K 18.579.344 rückgezahlt. Der Einlagenstand belief sich am 31. Oktober auf K 675,783.679. Hypothekar-Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 468.455. *zugezählt, dagegen K 743.396 rückgezahlt; der Stand der Hypothekar-Darlehen stellte sich Ende Oktober auf K 326,780.146. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 31. Oktober auf K18,320.480; an 60 jährigen Pfandbriefen waren im Umlauf K 18,663.200. Wechsel wurden K 14,130.955 escomptiert und K16,634.200 einkassiert. Der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefeuilles betrug am 31. Oktober K 40,536.661.

Zur Wiederbesetzung von Görz. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Landeshauptmann Dr. Faidutti nachfolgendes Schreiben gerichtet: Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien fühlt mit Ihnen, hochverehrter Herr Landeshauptmann, und mit der kaisertreuen Bevölkerung Ihres Kronlandes die Freude über den Siegeszug unserer verbündeten Heere mit, durch welchen Görz und die ganze Grafschaft vom Feinde befreit wurde. Die Nachricht erweckte unter der Wiener Bevölkerung hellen Jubel und eine Begeisterung,

die an Innigkeit nicht übertroffen werden kann. Wird doch Ihr Land von den Wienern als der sonnige Garten geschätzt, der ein reizender und kostbarer Bestandteil unseres Vaterlandes ist. In bleibender Erinnerung aber werden allen Wienern die stolzen, von wahrhafter Vaterlandsliebe zeugenden Worte sein, die Sie in der Zeit, in der ein Teil Ihres Landes und die Hauptstadt unter Fremdherrschaft schmachete, im Namen der Grafschaft an die Regierung richteten: „Von der Fremdherrschaft befreit und möglichst bald befreit zu werden, ist unser sehnlichster Wunsch.“ Und was in dieser Kundgebung ersehnt worden ist, dass unsere Oesterreichischen Frisuler ihre ererbten Wohnstätten wieder besiedeln, ihre Lieben an heimatlichen Herde wieder versammeln, ihren Glauben und ihre Vaterlandstreue im Rahmen des Oesterreichischen Staates frei wieder aufleben lassen können, sowie ihr Herz und Sinn es liebt und will - das ist nun durch Gottesfügung erreicht. Ich begrüße Sie, hochverehrter Herr Landeshauptmann, innigst zur Befreiung der Landeshauptstadt Görz und unseres schönen Südländes und wünsche vom Herzen, dass die Leiden, die vom Feinde über das Land gebracht worden sind, so weit es nur immer möglich ist, bald gelindert und die Wunden geheilt werden.

377

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Samstag 3. November 1917. Nr. 377.

Fettabgabe. Für die Woche vom 5. bis 11. November wird folgende Fettmenge zur Ausgabe gelangen und zwar in den städtischen Butterabgabestellen 3 dkg Butter und 3 dkg Margarine, bei Konsumentenorganisationen 3 dkg Butter und 3 dkg Speck.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 4. bis 17. November werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Großschlächtereien gegen Abtrennung des Abschnittes 37 des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48 h für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag Vormittag Sitzungen ab. Am Donnerstag 10 Uhr vormittags wird der Bürgermeister dem Direktor Hans Frauengruber, dem der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen in Würdigung seines vieljährigen ersprießlichen Wirkens im städtischen Schuldienste und auf dem Gebiete der Jugendfürsorge verliehen hat, den Bürgereid abnehmen. Ferner wird der Bürgermeister Diplome an Armenräte überreichen und neuernannte Bürger der Stadt Wien beeidigen.

Beflaggung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat verfügt, daß anlässlich des Namenstages des Kaisers auf den städtischen Amts- und Anstaltsgebäuden Fahnen ausgesteckt werden. Anlässlich der Siege in Italien wird die Beflaggung der Häuser durch drei Tage verbleiben.

Der Kohlenbezug für die nächsten Wochen. Auf Grund der §§ 3 und 11 der Verordnung des Statthalters im Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns vom 11. September 1917, wird angeordnet: Die auf die einzelnen Abschnitte der Kohlenkarte entfallende Wochenmenge wird in der Zeit vom 4. November bis 1. Dezember 1. J. für Küchen- und Zimmerbrand mit je 20 kg Steinkohle oder 25 kg Braunkohle bestimmt. Auf Grund des Bezugscheines sind für Betriebszwecke die unter dem Buchstaben B, für Heizzwecke die unter dem Buchstaben C eingetragenen Mengen abzugeben. Jene Parteien, die den Bezugsschein von der Behörde noch nicht erhalten haben, können bis zu seiner Zustellung die Kohle auch ohne ihn von jenem Kohlenhändler beziehen, bei dem sie sich zu rayonieren beabsichtigen. Sie sind jedoch zum Bezuge nur jener Mengen berechtigt, die sie bis 1. Dezember 1. J. benötigen. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, die ohne Bezugsschein abgegebenen Mengen vorzumerken und seinerzeit in Zuweisungs- und Lieferscheine einzutragen. Ein Bezug, der über das amtlich zugesprochene Ausmaß hinausgeht, ist bei einem späteren Bezuge durch Verminderung der zugeordneten Menge auszugleichen.

Die Einführung der Kohlenkarte fällt mit einem ausserordentlichen Wagenmangel zusammen, der zum Teil auf die Verschlebung des Wagenparkes zurückzuführen ist, die unsere Offensive gegen Italien verursachte, zum Teil aber durch die Inanspruchnahme der Kohlenwagen für Kartoffeltransporte begründet ist, die wegen der drohenden Frostgefahr erfolgen musste. Durch diesen Wagenmangel ist die Zufuhr inländischer Kohle ausserordentlich eingeschränkt. Obwohl nun in Frage steht, ob die für den Hausbrand notwendige Kohle in jenem Umfange aufgebracht werden kann, der durch die Ausgabe der Kohlenkarten bedingt ist, erschien es dem Ministerium für öffentliche Arbeiten doch angezeigt,

den einmal festgesetzten Termin für die Einführung der Kohlenkarten festzuhalten, umso mehr, als gerade der Mangel an Kohle eine entsprechende Verteilung wünschenswert macht. Für den Anfang wurde eine verhältnismäßig kleine Wochenmenge festgesetzt um Sicherheit zu geben, dass der geringe Einlauf zur Deckung des Bedarfes ausreicht. Es ist anzunehmen, dass die Wochenmenge in nicht allzulanger Zeit entsprechend erhöht werden kann. Die Kleinkohlenhändler haben bis auf weiteres ihre Kohle bei den bisherigen Lieferanten zu beziehen. Wenn sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, wird durch vorübergehende Zuweisung an andere Großhandelsfirmen abgeholfen werden. Die Versorgung der Betriebe und Anstalten mit Kohle ist dadurch erschwert, dass die von den Parteien auszufüllenden Fragebogen vielfach nicht rechtzeitig, zum großen Teil überhaupt noch nicht abgegeben wurden. Um Betriebsstörungen zu vermeiden, wird jenen Parteien, die noch nicht im Besitze eines Bezugsscheines sind, gestattet, ihren dringendsten Bedarf an Betriebskohle bei jenem Kohlenhändler zu decken, bei dem sie sich rayonieren lassen wollen. Die Vorkehrungen die für die Regelung der Kohlenversorgung getroffen wurden, lassen erhoffen, dass nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten eine einigermaßen billige Verteilung der Kohle auf die gesamte Bevölkerung möglich sein wird. Die anfänglichen Schwierigkeiten und Uebelstände, die sich vielfach einstellen, mögen daher seitens der Bevölkerung mit Geduld aufgenommen werden.

Zucker- und Kaffee-rayonierung. Zur Beseitigung von Mißverständnissen wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Versorgung der Haushalte mit Zucker und Kaffee in der bisherigen Weise aufrechterhalten wird. Die Bezugsrayonierung ist keineswegs eine Zwangsrayonierung wie etwa bei Mehl, sondern es wird jedem Haushalte freigestellt, sich bei seiner bisherigen Bezugsquelle (Gemischtwarenverschleisser, Fragner oder Konsumentenorganisation) in die Kundenliste eintragen zu lassen. Ebenso wird die Belieferung der Kleinverschleisser durch den bisherigen Zucker-(Kaffee) Lieferanten auch weiterhin bewirkt werden.

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ

Wien, Samstag 3. November abends Nr. 378.
=====

Kartoffel abgabe Morgen (Sonntag) werden auf den Märkten keine Kartoffel abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche wieder mit 1 Kg. festgesetzt. Die Ausgabe erfolgt gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes „E“ der Kartoffelkarte. Es werden also alle 7 Tagesabschnitte „E“ abgetrennt. Die Kartoffeln werden in folgender Ordnung abgegeben: Montag Buchstabe A bis G, Dienstag H bis K, Mittwoch L bis P, Donnerstag Q, Sch, St, Freitag S bis Z, Samstag Nachzügler. Die Abgabe ist an den Wohnbezirk gebunden und erfolgt für die kommende Woche noch bei den derzeit bestehenden Abgabestellen, da die Kartoffelrayonierung erst mit Montag 12. November in Kraft tritt. Die Einzelheiten dieser Regelung werden noch abgeondert verlautbart werden. Wenn die Zufuhren in der bisherigen Höhe andauern und die Vorräte der Gemeinde Wien derart gestiegen sind das die regelmässige Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln für eine längere Zeit gewährleistet ist, wird an eine Erhöhung der Quote geschritten werden können.

379 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang . Wien, 5. November 1917. Nr. 379.

Sinken der Milchzufuhren. Aus Anlass des steten und rapiden Sinkens der Milchlieferung nach Wien wurde der Beirat der Milchversorgungsstelle für den 3. November l.J. zu einer Sitzung eingeladen und ihm über die in dieser Richtung seitens der Milchversorgungsstelle bei der Regierung eingeleiteten Schritte Mitteilung gemacht. Hierbei teilte der Leiter Oberkommissär Dr. Nather zur Illustration des Ernstes der Lage mit, dass die Anlieferung mittelst Bahn derzeit nur mehr täglich rund 200.000 Liter beträgt und seit Oktober l.J. allein um nahezu 40.000 Liter gesunken sei, so daß bei einem weiteren Sinken die Versorgung der bisher noch beteiligten Kinder und Kranken sehr in Gefahr kommen würde. Sodann wurden Maßregeln zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Wiener Milchmarkte sowie zur Hebung der Milchproduktion auf dem flachen Lande erörtert.

Kriegsanleihe-Zeichnungs-Versicherung bei der städtischen Versicherungsanstalt. Gleich wie bei der 6. österreichischen Kriegsanleihe hat sich der Verwaltungsausschuss der städtischen Versicherungsanstalt entschlossen, auch zur Förderung der 7. Kriegsanleihe eine Kriegsanleihezeichnungs-Versicherung einzuführen. Die Grundzüge dieser Versicherungsart sind folgende: Der Zeichner unterfertigt den Versicherungsantrag, durch welchen er die Ausfolgung von 7. österreichischer Kriegsanleihe (Steuerfreie 5½% amortisable Staatsanleihe) nach seinem wie immer erfolgendem Tode, spätestens aber am 31. Jänner 1927 beantragt. Die Anstalt nimmt die beantragte Zeichnung vor und streckt dem Zeichner den vollen Zeichnungspreis gegen Abschluss einer Versicherung vor. Für dieselbe ist bei Abschluss eine erste Prämie von K 46,-- für die Zeit bis 30. April 1918 späterhin am 1. eines jeden Quartals eine laufende Prämie von 26 K für je 1.000 K gezeichnete Kriegsanleihe zu entrichten. Diese Prämien berechtigen dazu, daß, falls der Zeichner nach Ausfolgung der Polizze nach wie immer einem Grund, mit Tod abgeht, die gezeichnete Kriegsanleihe an dessen Hinterbliebenen ausgefolgt wird. Die Verpflichtung zur weiteren Entrichtung der Prämien erlischt selbstverständlich mit dem Moment des Todes des Prämienzahlers. Wie bereits erwähnt wird jedoch die Kriegsanleihe spätestens am 31. Jänner 1927 ausgefolgt. Die Aufnahme in die Versicherung erfolgt ohne ärztliche Untersuchung, nichtsdestoweniger greift die Haftung der Anstalt nach Entrichtung der ersten Prämie sofort ein, so dass unter Umständen bereits nach Zahlung von 46 K die Möglichkeit besteht, dass die Kriegsanleihe im Nominalwert von 1.000 K zur Ausfolgung kommt. Bemerkenswert ist noch, dass das Kriegsrisiko in die Kriegsanleihezeichnungs-Versicherung vollständig eingeschlossen ist und dass die Versicherungen an der Gewinnanteil-Verteilung Anteil nehmen. Auskünfte werden im Direktionsbüro I. Bezirk Tuchlauben 8, in sämtlichen Bezirksvertretungskanzleien, in der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und in den Geschäftsstellen der Anstalt in den Provinzstädten erteilt. Prospekte stehen dortselbst zur Verfügung.

Kriegsküche. Die Kaiserin Zita-Kriegsküche Nr. 52 im 15. Bezirk (auf der Schmelz) wird am Mittwoch den 7. d. M. feierlich eröffnet werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Dienstag 6. November 1917. Nr. 380.

Vermissten Nachforschung des österreichischen Roten Kreuzes. Bekanntlich ist bald nach Kriegsausbruch über Anregung des Oberkurator von Steiner von der Bundesleitung des österreichischen Roten Kreuzes mit Unterstützung der Gemeinde Wien, des Landesverbandes für Fremdenverkehr und der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt eine Kriegsauskunftsstelle als Wegweiser für die öffentliche und private Kriegsfürsorge ins Leben gerufen worden. Da die Mehrzahl der vorsprechenden Parteien Auskunft über das Schicksal im Felde vermisster Angehöriger verlangte, sich sonach das Bedürfnis nach einer systematischen Nachforschung nach Vermissten erwies, hat die Kriegsauskunftsstelle auf Grund im Deutschen Reiche gepflogener Studien mit Genehmigung der Bundesleitung, die Vermisstennachforschung organisiert und diesem Dienstzweige sorgfältigste Ausgestaltung zuteil werden lassen. Die militärischen Zentralstellen haben über Verwendung des General der Infanterie Seibt Edlen von Ringenhard der Vermissten-Nachforschung durch Zuweisung von Offizieren und frontdienstuntauglichen Mannschaftspersonen weitgehende Unterstützung zuteil werden lassen. Anlässlich der vom Kriegsministerium vorgenommenen mit 1. Juli l. J. in Kraft getretenen Neuorganisation des Nachrichten- und Nachforschungsdienstes ist die Rote-Kreuz-Auskunftsstelle ausschliesslich mit der Nachforschung nach Vermissten für ganz Niederösterreich betraut worden und führt diese Stelle seither die offizielle Bezeichnung „Vermissten-Nachforschung des österreichischen Roten Kreuzes“. Der Sitz der Zentraleitung und der Parteilenauskunftsstelle befindet sich 7. Bezirk, Stock im Eisenplatz 3, die Arbeitsstelle ist in 5 grossen vom Rektorat der technischen Hochschule zur Verfügung gestellten Zeichensälen untergebracht. Als militärischer Leiter fungiert ^{Hauptmann} Oberinspektionsrat Fedor Gerényi. Als Abteilungsleiter stehen ihm Hauptmann Berehinak, Oberleutnant Dr. Breuer und Leutnant Dr. Kohn zur Seite. Heute hat der Bürgermeister Dr. Weiskirchner von Oberkurator von Steiner begleitet die Arbeitsstelle der Vermissten-Nachforschung einer Besichtigung unterzogen. Hauptmann Gerényi demonstrierte die Einrichtungen des Betriebes, in welchem gegenwärtig rund 200 Personen beschäftigt sind und erläuterte an Hand besonders bemerkenswerter Beispiele die Art der Durchführung der Nachforschungen und die erzielten Erfolge. Im Ganzen sind bisher rund 90.000 Partei-Ansuchen behandelt und gegen 18.000 einem endgiltigen Erfolge zugeführt worden. Besonderes Interesse des Bürgermeisters erregte die Vorführung unleserlich gewordener Grabtafeln von Heldengräbern, verblasster Legitimationsblätter, vermoderter Lichtbilder u. s. w., welche von der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt rekonstruiert worden sind und zu Erleuterungen Vermisster geführt haben; ferner die Agnoszierungen von unbekanntem Toten, sowie von Geisteskranken und Schwerverletzten, deren Identität in den Sanitätsanstalten nicht festgestellt werden konnte. Aus den in grosser Zahl einlangenden Kriegsgefangenen-Korrespondenzen entnahm der Bürgermeister die Wirksamkeit des von der Vermissten-Nachforschung herausgegebenen „österreichischen Suchblatt zur Ermittlung verschollener Krieger“, das in den österreichisch-ungarischen Gefangenenlagern im feindlichen Auslande mit Aufmerksamkeit gelesen wird und Kameraden von Vermissten Anlass bietet, der Vermissten-Nachforschung Daten zur Feststellung des Schicksales von Gesuchten zukommen zu lassen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner äusserte sich in besonders anerkennenswerter Weise über den in jeder Hinsicht muster-giltigen Betrieb und dessen humanitäres Wirken im Interesse der schwer

betroffenen Angehörigen im Felde vermisster Militärpersonen.

Gemeindevermittlungsbüros-Aemter. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungsbüros-Aemter Mariahilf, Neubau und Josefsstadt finden in diesem Monat jeden Mittwoch am 7., 14., 21. und 28. statt.

Früherer Schluss der Apotheken. Von der Statthalterei wurde, mit Rücksicht auf die durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnisse gestattet, dass die Apotheken bereits um 8 Uhr abends ihre Geschäftslokale schliessen können, doch ist die Nachttaxe erst von 10 Uhr nachts an zu berechnen.

Zucker- und Kaffeeregulierung. Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine, welche von morgen Mittwoch ab bei den Brotkommissionen zur Ausgabe gelangen, haben sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines bei ihren freigewählten Zucker- oder Kaffeeverkäufer in die Kundenliste eintragen zu lassen. Der Zucker- beziehungsweise Kaffeeverkäufer hat in dem hierfür vorhandenen Raume des Einkaufsscheines seinen Namen und Betriebsort oder seinen Geschäftsstempel einzusetzen. Weiters sind die Zuckerverkäufer über oberbehördlichen Auftrag verpflichtet, von dem Einkaufsscheine der Kunde den am rechten unteren Ende befindlichen mit der Zahl 1 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und in die Zuckerkundenliste hinter der Personenzahl der eingetragenen Kunde einzukleben. Der Kaffeeverkäufer hat den darüber befindlichen mit der Zahl 2 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und in die Kaffeekundenliste an gleicher Stelle einzukleben. Die mit den Abschnitten versehenen Kundenlisten der Zucker- beziehungsweise Kaffeeverkäufer sind, nachdem die Eintragungen am 18. November 1917 zu schliessen sind, längstens bis 21. November 1917 an die Zuckerverteilungsstelle Wien, 1. Bezirk, Schwarzenbergstrasse 5 einzusenden. Der Tag des Eintrittes der Zucker- beziehungsweise Kaffeebezugsregelung wird seinerzeit besonders verlautbart werden; bis dahin ist der freie Einkauf wie bisher statthaft. Weiters wurde angeordnet, dass die Ausfüllung des Zuckers auf Grund der Zuckerkarte für den Monat November an die Vorweisung der Mehlbezugskarte geknüpft wird und ist bei der Abgabe von Zucker auf solche Zuckerkarten abgesehen von der vorgeschriebenen Abtrennung von je vier übereinanderstehenden Abschnitten und Abgabe von 3/8 kg Zucker hierfür bei dem Zuckerbezug auf die erste Abschnittsreihe der Zuckerkarte der Buchstabe Q der Mehlbezugskarte, auf die zweite Abschnittsreihe der Buchstabe R der Mehlbezugskarte zum Zeichen des erfolgten Bezuges zu durchlochen. Es dürfen nicht mehr Zuckerkarten honoriert werden, als die Mehlbezugskarte verköstigte Personen aufweist.

Der Magistratsreferent bittet um Aufnahme dieser im allgemeinen Interesse gelegenen Notiz.

Zur Zucker- und Kaffeearayonierung. Die Mitglieder der Lebensmittelstelle der Wiener städtischen Angestellten werden aufmerksam gemacht, dass anlässlich der bevorstehenden Zucker- und Kaffeearayonierung Anmeldungen im Lokale 1. Bezirk, Bartensteingasse 13 entgegengenommen werden.

N.B. Die Rathaus-Korrespondenz wird über die morgige Eröffnung der Zita-Kriegsküche berichten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch 7. November 1917. Nr. 381.

Die Kaiserin Zita-Kriegsküche. In feierlicher Weise wurde heute Vormittag eine grosse für 8.000 Personen berechnete Kriegsküche im Bezirksteile Sdmelz eröffnet, deren Entstehen der persönlichen Initiative unserer Kaiserin zu danken ist. Die Kriegsküche befindet sich an der Gablenzgasse gegenüber der Radetzky-Kaserne im 16. Bezirk, woselbst die Gemeinde Wien einen Bauplatz zur Errichtung der Küche zur Verfügung gestellt hat. Zur heutigen Eröffnung hatten sich eingefunden die Gemahlin des deutschen Botschafters Gräfin Wedel mit Prinzessin Erbach-Schönberg, Die Damen des Komitees und zwar Frau Thea von Seidler, Frau Marie von Stöger-Steiner, Gräfin Attens-Nostitz, Baronin Alice Baumgartner, Frau von Czapp, Baronin Wilhelmine Dankl, Marie Gayer, Baronin Hertling, Thea Hüfer, Hermine Homann, Frau von Kallsy, Baronin Tina Kirchbach, Frau von Kövess, Ida Kraus, Gräfin Thun-Buquoy, Elsa von Kuffner, Amalie Kuk, Gräfin Nina Ledochowska, Baronin Helene Malsen, Johanna Majewsky, Baronin Else Marterer, Karoline Mataja, Baronin Hedda Skoda, Elise Spitzer, Gräfin Leopoldine Toggenburg, Baronin Wimmer. Als Leiterin der Kriegsküche fungiert die Gemahlin des Korpskommandanten Frau Antonie Kaiser, zur wirtschaftlichen Inspektion wurden Dr. Hamedinger und Oberleutnant Karl Schaller und zur administrativ-finanziellen Inspektion Oberleutnant Fritz Spitzer berufen. Ferner hatten sich eingefunden GR. Medizinalrat Dr. Loewenstein, Ober Magistratesrat Dr. Dont, Oberrechnungsrat Löffler, GR. Schmeck und Bezirksrat Tichy, Ehrenomherr Pfarrer Pax, Polizeirat Zverina, Bezirksinspektor Hemoda, die Leiterin der Frauenhilfsaktion im 16. Bezirk Frau Fakler, Hoflieferant Kaiserlicher Rat Loevenstein. Die Feier wurde mit einer kurzen Ansprache der Gemahlin des Ministerpräsidenten Frau Thea von Seidler, welche an der Spitze des Komitees steht, eröffnet, worauf Pfarrer Kopetzky die Weihe der Küche vornahm. In Vertretung des Bürgermeisters dankte Obermagistratesrat Dr. Dont der Kaiserin, welche allen Fürsorgeunternehmungen ihr besonders Augenmerk zuwendet und auch das Liebeswerk der segensreich wirkenden Kriegsküchenaktion sich zu eigen machte, und mit der ihr eigenen Umsicht und Entschiedenheit an die Errichtung einer Kriegsküche in jenem Volksviertel gegangen ist, in welchem sie eine besondere Notwendigkeit ist. Der Redner dankte auch den den höchsten Gesellschaftskreisen angehörenden Damen, welche mit Liebe und Eifer mitwirken und die sicherlich die Intentionen der Kaiserin in bester Weise verwirklichen werden. Dr. Dont schloss mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, die Kaiserin und das ganze Kaiserhaus und es wurde sodann ein Huldigungstelegramm an die Kaiserin abgesendet. Heute wurde bereits mit der Ausföhrung von Speisen begonnen.

Obmänner-Konferenz. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister fand heute die 84. Konferenz der Obmänner der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien statt. Magistratesrat Dr. Jancok erstattete einen ausführlichen Bericht über das Wiener Lebensmittelkartensystem im Vergleiche zu jenem Berlins und stellte fest, dass (der Wiener Aparat trotz des weitaus komplizierterem Kartensystems dank der aufopferungsvollen Tätigkeit der städtischen Lehrerschaft in den Brotkommissionen in einwandfreier Weise funktioniere. Weiter nahm die Kon-

ferenz einen Bericht des Magistratssekretär Dr. Förster über die Durchführung der Volksbekleidung in Wien und Niederösterreich zur Kenntnis, in welchem der Referent die Organisation des Volksbekleidungsamtes und seine bisherige Tätigkeit schilderte. In der an dieses Referat sich anschliessende Debatte forderte G.R. von Steiner eine strenge Kontrolle über die Verwendung der für Volksbekleidungs Zwecke erworbenen Waren und der für diese Zwecke abgegebenen alten Kleider. Magistratesrat Dr. Pastenbauer berichtete hierauf über die Ausgabe der Kohlenkarte und der Bezugsscheine über die Festsetzung der Kontingente für Hausbrand durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten und über die besonderen Verhältnisse, die dazu geführt haben, dass die Wochenmenge für Zimmerbrand und Küchenbrand nur mit 20 kg festgesetzt werden konnte. Magistratessekretär Dr. Roskopf berichtete über die Mehl- und Fettversorgung und Magistratesrat Dr. Ehrenberg über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien.

Erledigte Lehrstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen zwei Direktoren-, sechs Oberlehrer-, vier katholische Religionslehrer-, 13 Bürgerschullehrerstellen, 9 Volksschullehrerstellen I. Klasse; 4 Volksschullehrerstellen II. Klasse, 7 Bezirke-Aushilfslehrerstellen, 22 Bürgerschullehrerstellen, 6 Volksschullehrerstellen V. Klasse und 6 Bezirksaushilfslehrerstellen zur Besetzung. Die an den Stadtrat zu richtenden Gesuche sind bis 14. d. einzubringen.

Parzellierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrag des StR. Poyer die Abteilung dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Gründe nächst der Lainzerstrasse-Reichgasse und Leopold Müller-Gasse auf 20 Baustellen und 11 Baustellenteile genehmigt. Die Verbauungsbestimmungen wurden gleichzeitig derart festgesetzt, dass die zweistöckhohe Verbauung gestattet ist es dürfen jedoch ausser dem Erdgeschoss nur zwei Stockwerke erbaut werden (Souterrain und Dachbodenwohnungen sind ausgeschlossen) und die Firsthöhe des Hauses über dem Trottoir darf nicht mehr als 18 m betragen.

Errichtung provisorischer Gefrieranlagen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Errichtung provisorischer Gefrierhäuser durch Umwandlung der Kühlanlagen im städtischen Schweineschlachthause sowie in den Brühhäusern Hütteldorf und Simmering in Gefrieranlagen. In diese soll das Fleisch von Rindern, welche allenfalls infolge der Futternot der Schlachtung zugeführt werden müssen, gelagert werden. Gleichzeitig wurde ein Uebereinkommen mit der österreichischen Viehverwertungs-Gesellschaft bezüglich der Hereinbringung der Kosten, welche rund 1½ Millionen betragen dürften, getroffen.

27. Jahrgang. Wien, Donnerstag 8. November 1917. Nr. 362.

Städtische Wohnungsfürsorge. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des GAs. Dr. Stich, sowie in Anwesenheit aller drei Vizebürgermeister hielt am 5. November l. J. der Gemeinderatsausschuß für städtische Wohnungsfürsorge eine Sitzung ab. Nachdem Bgm. Dr. Weiskirchner in einem ehrenvollen Nachrufe des verdienstvollen Wirkens der verstorbenen Ausschussmitglieder - der Gemeinderäte Alfons Benda, Karl. M. Mayer und Rudolf Müller und des Advokaten Dr. Friedrich Frey - gedacht hatte, erstattete der Vorstand des Wohnungsamtes, Magistratsrat Dr. Sagmeister den Bericht über die Entwicklung des Wohnungswesens während des Krieges. Er schilderte die getroffenen Maßnahmen und neugeschaffenen Einrichtungen wie die Einrichtung des wirtschaftlichen Hilfsbüros, die Kriegerheimstättenaktion, die Errichtung des Wohnungsamtes und des Wohnungsnachweises, die Mieterschutzgesetzgebung und die dem Wohnungsamte angegliederten Mietämter. Insbesondere hob er auch die von der Gemeinde bei den Regierungstellen unternommenen Bemühungen um die Geldbeschaffung und Kredithilfe für die Bautätigkeit hervor. Hofrat Maresch bedauerte die lange Unterbrechung in der Tätigkeit des Ausschusses, anerkannte jedoch dankend, dass der Bürgermeister in der Zwischenzeit durch die Errichtung des Wohnungsamtes sowie durch die von der Zentralstelle für Wohnungsreform gebilligte Tätigkeit dieses Amtes sein Interesse für das Wohnungswesen bekundet habe.

Hierauf berichtete der Vorstand des Wohnungsamtes über die rasche Verminderung der Zahl der leerstehenden Wohnungen und empfahl vorläufig - da die Erbauung neuer Wohnungen derzeit ganz ausgeschlossen sei - gegen eine etwaige Wohnungsnot während des Krieges verschiedene Maßnahmen zu beschließen, welche hauptsächlich auf die Freimachung der von Flüchtlingen bewohnten Wohnungen abzielen. Der Berichterstatter teilte mit, dass nach der letzten Wohnungszählung in Wien 7.710 Wohnungen, hierunter 4.953 Kleinwohnungen von Flüchtlingen bewohnt waren, während derzeit nur 2.030 Kleinwohnungen leerstehen. Durch die Abwanderung der Flüchtlinge würde sich die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen verdreifachen.

Ueber diese Anträge entwickelte sich eine längere Debatte, an welcher sich die Vizebürgermeister Hoß und Rain, der Obmann des Ausschusses GR. Dr. Stich, StR. Müller und GR. Welcher und die Experten Hofrat Dr. Maresch, Oberbaurat Dr. Kapaun, Direktor Gerhold und Frau Helene Granitsch beteiligten und wobei fasst alle Redner unter verschiedenen Anregungen in einzelnen grundsätzlich den Anträgen des Berichterstatters zustimmten. Frau Helene Granitsch erklärte insbesondere, dass mit der Abwanderung der Flüchtlinge auch eine Verbesserung der Approvisionnement zu erwarten sei und durch die Heimkehr der Flüchtlinge beschleunigte Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten erhofft werden könne. Von allen Rednern wurde jedoch betont, dass die Anträge keinerlei Härte gegen die Flüchtlinge beabsichtigen und dass durch die angestrebte Rückbeförderung der Flüchtlinge in die Heimatländer eine zweckmässige und richtigere Verteilung der Flüchtlingsbevölkerung herbeigeführt werden könne.

Die Anträge, mit welchen sich der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung befassen wird, wurden in folgender Form zum Beschlusse erhoben:

„Der Bericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien über die rasche Verminderung der Zahl der leerstehenden Wohnungen und die Möglichkeit, dass noch während des Krieges eine empfindliche Wohnungsnot eintritt, wird zur Kenntnis genommen. Vorläufig wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

1.) Die Regierung ist aufzufordern, die Umwandlung bisher Wohnungszwecken dienender Räumlichkeiten in Büros oder Geschäftslokale, gleichgültig ob für öffentliche oder private Zwecke nur aus triftigen Gründen über Antrag des Wohnungsamtes zu gestatten.

2.) Die Vereinigung zweier oder mehrerer kleiner Wohnungen zu grösseren Wohnungen darf bis auf weiteres nur aus triftigen Gründen mit Bewilligung des Wohnungsamtes stattfinden.

3.) Die Verordnung über Mieterschutz wäre hinsichtlich des Kündigungsrechtes der Vermieter dahin abzuändern, dass die Kündigung gegenüber jenen Mietern freigegeben wird, welche am 1. August 1914 ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in Wien hatten und bezüglich derer nicht die im Magistratsberichte angeführten ausnahmsweisen Rücksichten obwalten.

4.) Die Regierung ist unter Hinweis auf den Ernst der Lage dringend zu ersuchen, die Rückbeförderung der Kriegsflüchtlinge in ihr Heimatsland in beschleunigter Weise durchzuführen. Sollte sich diese Rückkehr nicht in ausgedehnterem Masse als bisher vollziehen, so wären einschneidende Maßnahmen hinsichtlich der von Kriegsflüchtlings- und Ausländern innegehabten Wohnungen unvermeidlich.

5.) Hinsichtlich der eventuellen Verwendung von Geschäftslokalitäten zu Wohnzwecken wird eine Entscheidung bis zum Vorliegen der bezüglichen Erhebungen des Stadtbauamtes aufgeschoben.

Die in der Debatte gestellten Anträge des GR. Dr. Stich wegen Verwendung von Dachwohnungen, der Frau Helene Granitsch wegen Errichtung von Abendheimen und des Direktors Gerhold wegen Ausgestaltung des Wohnungsnachweises wurden dem Magistrat zur Berichterstattung überwiesen.

Die Ueberreichung von Auszeichnungen Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte heute eine Reihe von kommunalen Auszeichnungen an verdiente Funktionäre; hierzu hatten sich eingefunden: die StRe. Gebhart und Müller, die GR. Breuer, Partik, Faulitschke, Rykl, Poth, die Bezirksvorsteher Dirnbacher und Adlersflügel, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ebeling, Bezirksschulinspektor Professor Ludwig, weiters vom Magistrat Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, die Obermagistratsräte Dr. Winkler und Artzt, die Magistratsräte Formanek, Dr. Macjara, Hanisch und Schaufler, Baurat Ruiss, Magistratssekretär Dr. Paul, Kanzleidirektor Raiser, Rat Mayer, Betriebsleiter Niedermayer etc. Zuerst überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Diplom für eine mehr als zehnjährige Tätigkeit an die Armenräte Franz Knechtl, Heinrich Kubach, Johann Wacher und Dominik Scholz.

Sodann nahm der Bürgermeister die Beeidigung des bekannten Schriftstellers und Schuldirektors Hans Fraungruber vor, welchem vom Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war. Der Bürgermeister betonte vorerst die Verdienste des Ausgezeichneten im Schuldienste und in der Jugendfürsorge und sagte dann: „Seit vielen Jahren habe ich aber auch Ihrer Muse gelauscht und viel Freude und Erquickung in Ihren Werken gefunden. Sie entstammen der Perle der grünen Steiermark, dem wunderschönen Aussee und haben es immer verstanden, volkstümlich zu empfinden und dieser Ihrer Empfindung nachhaltigsten Ausdruck zu geben. Ich bin der festen Ueberzeugung, dass gerade Sie einer jener Wiener Bürger sein werden, welche dem Eide gemäss den Charakter der Stadt Wien als deutsche Stadt und als Reichshauptstadt stets

verteidigen werden. Es sei mir gestattet, zur Bekräftigung nur einige wenige Worte aus einem Ihrer Werke zu zitieren, in welchem Sie sagen:

„Wer sein Volkssprach nicht ehrt,
Is ka Brodbröckl wert,
Is ka Kuhstatt nit wert,
In der boamtlig'n Erd l.“

Der Ausgezeichnete wurde sodann vom Vorstand des Vereines der deutschen Steirer in Wien August Muck, vom Professor Ludwig namens der Schulaufsichtsbehörde und vom Bezirksvorsteher keisil. Rat Dirnbacher herzlichst beglückwünscht, worauf der Ausgezeichnete in bewegten Worten für die ihm erwiesene Ehrung dankte und sagte: „Solange ich lebe, werde ich von dem Herzenswunsche beseelt sein, unser liebes heiliches Wien möge aus den Stürmen dieses Weltkrieges siegreich hervorgehen als Königin unter den Städten der Erde, blühen und gedeihen bis in die fernste Zeit.“

Nach der Beeidigung neuernannter Bürger überreichte der Bürgermeister noch den städtischen Strassenarbeitern Karl Denk, Leopold Henninger, Franz Kögler und Franz Steiwendtner Ehrengeschenke der Gemeinde.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Franz Prinz zum Magistrats-Kommissär, Dr. Johann Salomon zum Magistrats-Konzipisten; im Konzipitionsamt Georg Hanke zum Kontrollor, Franz Vinzenz Schaubberger und Bernhard Weselsky zu Kommissären, Josef Semrad zum Offizial; im Markamt Josef Miesbach und Ladislaus von Chernel zu Inspektoren, Richard Vaupotitsch zum Akzemisten; Franz Karassek, Josef Czerny und Johann Grenada zu Kanzlei-Akzessisten; Franz Soratrol zum Rechnungsbesamten der Zentralsperkassa, Rudolf Blecha, Theodor Tomiczek, Johann Zeininger, Otto Zapf, Franz Bauer, Franz Ferlary, Johann Ludwig, Franz Aichinger, Nikolaus Weichappel, Karl Lang zu Schalchthausdienern 1. Bezugsklasse.

Zeichnung der Gemeinde Wien für die 7. Krieganleihe. Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß fasste der Stadtrat folgenden Beschluss: Die Gemeinde ^{Wien} zeichnet mit Ihren Anstalten und Fonds auf die 7. Krieganleihe einen Betrag von 60.000.000 K.

Das Sezessionsgebäude. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer folgenden Beschluss gefasst: Die Gemeinde Wien überlässt das ihr gehörige Sezessionsgebäude auf dem Getreidemarkte im 1. Bezirk der Vereinigung der bildenden Künstler Oesterreichs „Sezession“ nach Ablauf des mit Gemeinderats-Beschluss vom 1. Februar 1907 genehmigten Vertrages auf weitere 10 Jahre das ist vom 10. Oktober 1918 bis 30. September 1928 zu Ausstellungszwecken gegen Entrichtung eines jährlichen Bestandzinses von 20 K.

Krieganleihe. Von der Bezirksvorsteherung Leopoldstadt wird mitgeteilt: Nachdem die 7. Krieganleihe jetzt zur Auflegung kommt, jedoch von der 6. Anleihe noch zahlreiche Stücke bei der Filiale Leopoldstadt der Zentralsperkassa nicht beboben wurden, werden die Besitzer der zeitweilig ausgestellten Quittungen ersucht, diese gegen die Original-Titres bei der genannten Filiale in der Karmelitergasse 9 umtauschen zu wollen.

Kaiserlicher Dank. Der Statthalter hat im Auftrage des Kaisers den Verein der marktbesuchenden Kaufleute zu Händen des Obmannes Ueberbacher den Dank für die Glückwünsche anlässlich des Geburtsfestes des Kaisers übermittelt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen,
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Freitag 9. November 1917. Nr. 383.

Schaffung von Erholungsheimen. Gelegentlich der vom Gemeinderate für Approvisionnementzwecke beschlossenen Pachtung des Weissen und Freiberghofes bei Kritzendorf wurde auch die Schaffung eines Erholungsheimes für Kinder daselbst in Aussicht genommen und damit im Zusammenhange wurde die Errichtung eines Erholungsheimes für Erwachsene ange-regt. Nach dem Gutachten der Aerzte eignet sich diese Gegend nicht für derlei Anstalten, da der Aufenthalt dort nur während des Sommers von Nutzen wäre und lungenkranke oder lungenschwache Personen, die in erster Linie in Betracht kommen würden, nicht berücksichtigt werden könnten. Das Gut wird voraussichtlich insofern auch in den Dienst der Fürsorgezwecke gestellt werden können, als nicht bloß Epileptiker und Schwachsinnige, sondern auch straffällige Jugendliche von 14 bis 18 Jahren dort beschäftigt werden sollen. Es wird nun erhoben werden, wie viele Minder-arbeitsfähige dort beschäftigt werden können und welche Kategorie von Erwerbsbeschränkten und wie viele Personen in Frage kommen. Ein über diese Angelegenheit vom StR. von Steiner vorgelegter Bericht wurde vom Stadtrate zur Kenntnis genommen.

Städtische Milch- und Fettproduktion. In der letzten Stadtratssitzung berichtete StR. von Steiner über eine Aktion, um einerseits die Milcheinlieferung nach Wien zu verbessern, andererseits eine nicht unbeträchtliche Menge Fett für Wien sicherzustellen. Es wird nämlich mit der Gutsverwaltung Pernhofen-Lodenitz ein Vertrag abgeschlossen, mit welchem die Einstellung, Pflege und Wartung von vorläufig 450 Stück Milchkühen und 500 Schweinen vereinbart wird. Die Höfe dieser Gutsverwaltung eignen sich für diese Zwecke ganz besonders, weil das für die Erhaltung der Tiere erforderliche Grund- und Massenfutter auf dem Besitze selbst produziert wird. Hauptsächlich soll dort zur Höchstproduktion von Milch Abmelkwirtschaft betrieben werden, doch ist für den Fall des Vorhandenseins erstklassigen jungen Materials auch eine Aufzucht vorbehalten. Die Gutsverwaltung garantiert nach dem abzuschliessenden Uebereinkommen eine Melkung von 7,5 Liter pro Stück und Tag. Da die Gemeindeverwaltung vor Jahresfrist 500 Stück Milchkühe auf dem Gute Sachsengang eingestellt hat, wird die von beiden Gutsverwaltungen nach Wien abzuliefernde Milch nicht nur den Bedarf der in der Pflege der Gemeinde Wien befindlichen Kinder sowie der Spitäler und Humanitätsanstalten decken, es wird auch dem allgemeinen Verkehr eine nicht unbedeutende Milch übergeben werden können, die bei der immer fühlbarer werdenden Milchknappheit eine Verbesserung der Wiener Milchversorgung herbeiführen wird. Nach einem zweiten mit der Gutsverwaltung Pernhofen zu treffenden Uebereinkommen verpflichtet sich diese, vorläufig 500 Schweine einzustellen und aufzufüttern, wobei durch Trockenmast in den letzten 3 Monaten reine Fettschweine zu produzieren wären. Mit der Zeit soll die Anzahl der zur Mastung bestimmten Schweine noch bedeutend vermehrt werden. Mit der Einstellung von Milchkühen auf den Besitzungen Sachsengang und Pernhofen, der Schweinemastung auf dem letzteren Gute und der Pachtung des Weissen- und Freiberg-Hofes zur Aufzucht von Kälbern sind von der Gemeinde Wien neue Bahnen in der städtischen Approvisionnement-Politik besritten worden. Diese Betriebe werden voraussichtlich auch nach Beendigung des Krieges nicht nur fortgeführt, sondern auch noch weiter ausgebaut

werden, um in späteren hoffentlich besseren Zeiten die Approvisionnement der Stadt von der Willkür einzelner unabhängig zu machen.

Ein neues Kinderspital. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas ein Uebereinkommen mit dem St. Josefs Kinderspital-Verein bezüglich der Ueberlassung von Bürgerspitalsfonds-Gründen am Margarethen-Gürtel im 5. Bezirk für den Neubau eines Kinderspitales genehmigt. Danach überläßt der Verein das derzeitige Gebäude im 4. Bezirk einschliesslich des Grundstückes der Gemeinde, welche einen dem Bürgerspitalsfond gehörigen Grund am Margarethen-Gürtel im Ausmasse von 7704 m² dem Verein übergibt. Eine Aufzahlung wird von keiner Seite geleistet, die Gelddifferenz beträgt 220.000 K, welchen Betrag die Gemeinde Wien im Interesse der Förderung eines die Allgemeinheit berührenden Zweckes spendet. Der Verein muss sich verpflichten, mit dem Neubau des Spitäles in der Weise zu beginnen, dass die Benützung des Spitäles 6 Jahre nach Friedensschluss erfolgen kann. Die Gemeinde Wien behält sich den Wiederkauf des dem Vereine überlassenen Grundstückes zu einem vereinbarten Kaufpreise vor. Der Gemeinde Wien steht das Verfügungsgerecht über drei Spitalsbetten zu und es wird ihr das Recht eingeräumt, ein Mitglied des Gemeinderates in das Direktorium des Vereines zu entsenden.

Gänseverkauf. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse zum Freide von K 9,50 per kg an folgenden Ständen zum Verkaufe gebracht: Josef Leiss, 1. Bezirk, Singerstrasse 26; Johann Filiph, 2. Bezirk Markt am Werd; Anton Dechant, 3. Bezirk, Großmarkthalle; Karl Eigner, 4. Bezirk, Naschmarkt; Georg Walla, 4. Bezirk, Weyringergasse 28; J. Zitterbart, 6. Bezirk, Markthalle Damböckgasse; Johann Czarman, 7. Bezirk, Markthalle Burggasse; Kath. Wlassaty, 8. Bezirk, Markthalle Stadiongasse; Julie Farkas, 9. Bezirk, Markt Müllergasse; Kath. Holzinger, 10. Bezirk, Markt Eugenplatz; Josef Gögitscher, 11. Bezirk, Eneckplatz; Anton Greill, 12. Bezirk, Markt Mddling; Daniel Winter, 16. Bezirk, Thaliastrasse 37; Joh. Frotzler, 17. Bezirk, Bergsteiggasse 12; Kath. Schmalzbauer, 18. Bezirk, Gentzgasse 32; Maria Basteiner, 20. Bezirk, Markt Hannoverplatz; Andreas Grimm, 21. Bezirk, Markt am Spitz.

Todesfall. am Dienstag starb im 70. Lebensjahre der im Ruhestand befindliche längjährige Oberlehrer von Minichstal Josef Müllauer, welchen diese Gemeinde in Würdigung seiner grossen Verdienste das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte.

Baulinien. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Knoll eine Baulinienabänderung für den Bezirksteil Stadlau zwischen der Stadlauerstrasse, der Fabrik Calmon und der Staatseisenbahnlinie im 21. Bezirk genehmigt. Längs der Baulinie sind 5 m tiefe Vorgärten anzulegen, dauernd zu erhalten und gegen die Strasse mit die Durchsicht^{nicht} behindernden Gittern auf höchstens 0,75 m hohem gemauerten Sockel abzuschliessen. Die Verbauung hat mit Wohnhäusern zu erfolgen, welche ausser einem Erdgeschoss nur zwei Obergeschosse erhalten dürfen.

Hochquellenleitung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka den Umbau des zeitweiligen Hebewerkes „Krapfenwaldgasse“ der zweiten Hochquellenleitung samt den Ausbau der Rohrleitungen in der Grinzingerallee, Himmelstrasse und Krapfenwaldgasse mit einem Erfordernisse von 71.000 K genehmigt.

383

Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michler,**
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Samstag 10. November 1917. Nr. 383.

Fleischabgabe für Mindestbemittelte. In der Woche vom 12. November an wird an die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufsscheine gepöckeltes Schaffleisch aus den Beständen der niederösterreichischen Statthaltereien zum Preise von 4 K für 1 kg in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereien abgegeben werden und zwar gegen Abtrennung der Ziffer 30, Montag 12. November Buchstaben A bis F, Mittwoch 14. d. G bis K, Donnerstag 15. d. L bis R, Samstag 17. d. S bis Z. Eine kurze Belehrung über Behandlung und Verwendung von Schafpöckelfleisch wird jeden Käufer ausgefolgt werden.

Entfallender Empfang. Infolge eines leichten Unwohlseins des Bürgermeisters entfällt der Parteienempfang beim Bürgermeister am kommenden Montag.

Obstmostverkehrs-Gesellschaft. Nach einem vom Stadtrate gefassten Beschlusse (Berichterstatte Vize-Bürgermeister Rein) tritt die Gemeinde Wien der niederösterreichischen Obstmostverkehrs-Gesellschaft m. b. H. als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 40.000 K bei. Dieser Gesellschaft obliegt die Regelung des gesamten Obstmostverkehrs in Niederösterreich, welche den Charakter einer Zentrale im Sinne der für andere Bedarfsgegenstände von geraume Zeit bestehenden Einrichtungen dieser Art besitzt und der auch nahezu das alleinige Beziehungsrecht für die Zuweisung der für den Verbrauch bestimmten Menge von Obstmost zusteht.

Fettabgabe. Für die Woche vom 12. bis 18. d. M. wird folgende Fettmenge zur Ausgabe gelangen und zwar in den städtischen Butterabgabestellen 3 dkg Butter und 3 dkg Margarine, bei Konsumentenorganisationen 3 dkg Butter und 3 dkg Speck.

Schuhe für Arme. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des Vizebürgermeister Hierhammer zur Beschaffung von Schuhen für Arme ohne Unterschied der Zuständigkeit im heurigen Winter einen Betrag von 2 Millionen Kronen zu bewilligen. Die Abgabe der Schuhe (mit Lederoberteil und genagelter Holzsohle) erfolgt vollständig unentgeltlich.

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. An der Tagesordnung stehen 15 Geschäftsstücke darunter Bericht über die Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel während die Krieges, Bewilligung eines Betrages von 2 Millionen Kronen zur Beschaffung von Schuhen für Arme, Beitritt der Gemeinde Wien zur Obstmostverkehrs-Gesellschaft, Bericht über das Ergebnis der städtischen Krankenunfall-Fürsorge und verschiedene Bauangelegenheiten. - Der Stadtrat tritt am Dienstag 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Kartoffelabgabe. Morgen (Sonntag) werden auf den Märkten keine Kartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche wieder mit 1 kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes „F“ der Kartoffelkarte.

Es werden also 7 Tagesabschnitte „F“ abgetrennt. Mit Montag den 12. November l. J. tritt die Zuteilung der Verbraucher von Kartoffeln an bestimmte Abgabestellen (Kartoffelrayonierung) in Kraft, und ist daher jede Haushaltung beim Bezuge von Kartoffeln an die von ihr gewählte und auf der Kartoffelkarte ersichtliche Abgabestelle gebunden. Die näheren Einzelheiten der Kartoffelrayonierung sind in der Magistrats-Verordnung vom 8. November 1917 ersichtlich und wird auf diese Verordnung, welche an den Amtstafeln angeschlagen ist, verwiesen.

Grundtransaktion. Der Stadtrat hat das vom StR. Braun vorgelegte Uebereinkommen mit der Aktiengesellschaft Schicht, welche ihren in Penzing gelegenen Fabriksbetrieb nach Simmering verlegen will betreffend die Ergänzung der Liegenschaften Simmering nächst der Leberstrasse und Grillgasse genehmigt. Nach dem Uebereinkommen überlässt die Gemeinde im eigenen und im Namen des Bürgerspitalfonds der genannten Gesellschaft Gründe im Ausmass von 812 m² gegen eine Entschädigung von 40.000 K und die Gesellschaft zahlt als Entschädigung für die infolge der Baulinienänderung der Gemeinde Wien erwachsenen Kosten für Strassengrundanlegung einen Betrag von 2.300 K.

Kinderfreibad in Hütteldorf. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Poyer das im Vorjahre errichtete Kinderfreibad in Hütteldorf, welches sich während seines kurzen Bestandes eines lebhaften Zuspruches erfreute, auszugestalten und hierfür einen Betrag von 4.000 K zu bewilligen.

Die Neuordnung der Gemeinde-Verfassung und des Gemeinde-Wahlrechtes.

In der am 9. d.M. stattgefundenen Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeinde-Wahlrechtes wurde die Zahl der Mitglieder und der Ersatzmänner zweier Unterausschüsse und zwar des einen für die Neuordnung der Gemeinde-Verfassung und des anderen für die Neuordnung des Gemeinde-Wahlrechtes festgesetzt, anschliessend daran würden die Wahlen vorgenommen. Darnach besteht jeder dieser Unterausschüsse aus 7 Mitgliedern und 5 Ersatzmännern, wobei je 5 Mitglieder und 3 Ersatzmänner der Mehrheit und je 2 Mitglieder und 2 Ersatzmänner der Minderheit entnommen wurden. Anschliessend fand dann die konstituierende Sitzung der beiden Unterausschüsse statt. Im Unterausschuss für die Beratung der Gemeinde-Verfassung wurden zum Vorsitzenden Vizebürgermeister Hierhammer, zum Vorsitzenden-Stellvertreter Gemeinderat Schleglter, zum Schriftführer GR. Angermayer, in den Unterausschuss für die Beratung der Gemeinde-Wahlordnung zum Vorsitzenden Vizebürgermeister Hoss, zum Vorsitzenden-Stellvertreter Schmid, zum Schriftführer GR. Emmerling gewählt.

Kurs für Arbeitsnachweisbeamte -und -Beamtinnen. Im Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien findet derzeit im Einvernehmen mit der Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide, Landesstelle Wien ein Ausbildungs- und Fortbildungskurs für Arbeitsnachweisbeamte- und -Beamtinnen- es ist dies der erste in Oesterreich- statt, an dem 30 Damen und Herren darunter auch Kriegsinvalide, die als Arbeitsnachweisbeamte ausgebildet werden sollen, teilnehmen. Der Kurs umfasst einen praktischen Unterricht in allen Zweigen der Arbeits- und Dienstvermittlung und eine theoretische Ausbildung durch Vorträge. Die Unterweisung der Kursteilnehmer in der Arbeitsvermittlung und Fürsorge für Kriegsbeschädigte hat die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, übernommen. Mit dem Kurse sind auch Besichtigungen grösserer Fabriksunternehmungen verbunden. Während der derzeitige Kurs nur auf geladene Teilnehmer beschränkt ist, wird der nächste (im Frühjahr 1918) allgemein zugänglich sein.

Spendet alte Spielsachen für den Weihnachtstisch der Armen! Die Zentralsstelle der Fürsorge im Rathause wendet sich mit folgenden Zeilen an die Öffentlichkeit. Weihnachten steht wieder vor der Thüre, es wird schwer fallen in der vierten Kriegswihnacht den Kindern der Aermsten eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Fehlt es doch an Kleidern, Schuhen, an Süssigkeiten, die sonst die Kinderherzen mit heller Freude erfüllten. Hier zu helfen wird jedoch nicht schwer sein. Alte Spielsachen werden sich wohl in vielen Haushalten finden lassen: gebt sie für die armen Kleinen und der Christabens, der doch vor allem ein Fest der Kinder ist, wird hell und freundlich sein. Macht Ihr doch auch den Eltern Freude, die keinen Rat wissen, was sie auf den Weihnachtstisch legen sollen. Die Arbeitskomitees der Frauenhilfsaktion nehmen Spenden in ihren Amtszimmern (bei den Bezirksvorstellungen aller Bezirke) in den Amtsstunden entgegen und werden sie an bedürftige Familien verteilen, wenn es rrottut, vorher instandsetzen. Alle Arten von Spielsachen, auch beschädigte, werden dankbar angenommen. Im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit tut Eile not. Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Neuerliche Herabsetzung des Preises für ungarisches Schweinefleisch und Speck. Vom Mittwoch, 14. November l.J. angefangen werden die Detailverkaufspreise für ungarisches Schweinefleisch statt 15 K, 13 K 20, für Speck statt 20 K, 19 K betragen.

Höchstpreise für Kraut. Die niederösterreichische Statthalterei hat Kleinhandelshöchstpreise für inländisches Frischkraut festgesetzt. Die Preise sind 68 Heller beim Verkaufe in den Gemeinden Niederösterreichs ausserhalb Wiens und auf den Märkten in Wien, 72 Heller beim Verkaufe in den Kleinverkaufsstellen in Wien. Diese Preise verstehen sich für 1 kg gesunde, marktfähige Ware.

Schwindelgeschäfte der Firma Messel in Rotterdam. Zufolge Mitteilung des Ministeriums des Aessern haben mehrere Oesterreichische Gemeinden und Firmen beim Konsulat in Rotterdam um Intervention zum Schutze ihrer Forderungen gegen die Gemüseexportfirma S.u.J. van Messel in Rotterdam. Diese Firma, welche unter verschiedenen Variationen ihrer Firmastilisierung ein weitverzweigtes Schwindelgeschäft sowohl in Holland selbst als auch mit Oesterreichischen Konsumenten betrieben hat, überschwemmte heimische Gemeinden und Lebensmittelexporture mit Preislisten, liess sich die Kaufsummen vorausbezahlen und lieferte dann magelhaft oder garnicht. Nunmehr wurde über die Firma sowie gegen deren Inhaber S. van Messel und J. van Messel der Konkurs eröffnet, was allerdings eine langwierige Abwicklung der Forderungen der geprellten Oesterreichischen Interessenten insolvidieren wird. Das Konsulat in Rotterdam empfiehlt, dass die Geschädigten ihre Ansprüche direkt bei den, ihm als verlässlich bekannten Rechtsanwälten Bik, Rombach und Lyclama in Rotterdam, Boompjes Nr. 68, anmelden. Aehnliche Vorkommnisse liessen sich in Zukunft am besten dadurch vermeiden, wenn die heimischen Interessenten vor Eingehen von Geschäften im Auslande, Auskünfte über die betreffenden ausländischen Firmen, soweit diese unseren Geschäftsleuten nicht bekannt sind, bei dem in Betracht kommenden Konsulate einholen würden.

Neue Bürger. Der Gemeinderats-Ausschuss für Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

- Innere Stadt: Johann Tinz und Johann Grundner, Kaffeesieder; Wilhelm Fleischhacker, Kaffeeschänker (Berichterstatter GR. Heindl);
- Leopoldstadt: Josef Bauer, Gastwirt (Berichterstatter GR. Rotter);
- Landstrasse: Alfred Pettersch, Prokurist; Karl Wolf, Privatbeamter; Simon Waach, Bäcker; Johann Hollinek, Handelsagent (Berichterstatter GR. von Findenigg);
- Margarethen: Hugo Kollner, Aspikerzeuger (Berichterstatter GR. Breuer);
- Marishilf: Johann Salzborn, Kürschner (Berichterstatter GR. Paulitschke);
- Neubau: Karl Frem, Juwelier; Karl Anton Hagler, Uhrmacher (Berichterstatter GR. Fichler);
- Alsergrund: Franz Riedl, Holz- und Kohlenhändler; Karl Preininger, Gemischtwarenverschleisser; Josef Karas, Schuhoberteilerzeuger; Franz Schuldes, Fleischselcher (Berichterstatter GR. Partik);
- Favoriten: Josef Vejedly, Maschinenbauer; Johann Suschitzky, Gastwirt; Jakob Schorn, Sauerkrütler; Franz Bock, Kaffeehausbesitzer (Berichterstatter GR. Höck);
- Hietzing: Karl Ganglbauer und Eduard Marschal, Fuhrwerksbesitzer; Alois Rüttner, Anstreicher; Karl Schmidt, Privatbeamter; Josef Slabihout, Putzerei-Inhaber (Berichterstatter GR. Partik);

Fünfhaus: Franz Haller, Gastwirt (Berichterstatter GR. Wiesinger);
Hernals: Mathias Schuster, Hausbesitzer (Berichterstatter GR. Rykl);
Döbling: Anton Zuna, Hausbesitzer (Berichterstatter GR. Brenta).
In derselben Sitzung wurde eine grössere Anzahl von Personen die Zuständigkeit nach Wien, beziehungsweise die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener-Heimatsverband verliehen.

Parzellierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dechant dem Ansuchen um Abtheilung der Liegenschaft Gersthof E.Z. 447 an der Litthauergasse nächst der Herbeckgasse auf zwei selbständige Liegenschaften und nach einem Antrage des StR. Zatzka der Abteilung der Oesterreichischen Heimstättengesellschaft gehörigen Liegenschaft E.Z. 336 im 13. Bezirk, Sauraugasse auf zwei Baustellen zugestimmt.

Grundtransaktion. Nach einem vom StR. von Steiner vorgelegten Uebereinkommen mit der Firma Julius Frankl werden Grundteile an der Hartackerstrasse im 19. Bezirk im Ausmasse von 556 m² in das Verzeichnis des öffentlichen Grundes übertragen. Die Gemeinde, welcher 406 m² für die Herstellung eines Platzes überlassen werden, leistet dem derzeitigen Besitzer eine Aufzahlung von 1800 Kronen. Ferner werden von der Gemeinde Grundteile im Ausmasse von 16 m² um den Betrag von 1200 K an den Genannten veräussert.

Neue Strassenbezeichnungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Knoll die von der Wagramerstrasse nordwestlich zur Anton Sattler-Gasse führende neueröffnete Strasse, welche teilweise mit der bestehenden Prandaugasse zusammenfällt und welche letztere in ihrem bisherigen Verlaufe zur Auflösung bestimmt ist, zur Erhaltung dieses Namens „Prandaugasse“ benannt. Ferner hat der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Braun die fünf Strassenzüge bei der neuen Landwehr-Artilleriekaserne in Kaiser-Ebersdorf im 11. Bezirk provisorisch mit Landwehrstrasse 1 bis 5 bezeichnet und sich vorbehalten, nach Beendigung des Krieges diese Strassenzüge nach dem Namen militärischer Persönlichkeiten oder Ereignisse zu bezeichnen.

384*

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 12. November 1917. - Mittagsausgabe. No. 384

Ad Kaiser.

Aus Anlass der glücklichen Biretung des Kaiser Karl I. aus Lebensgefahr hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Beflaggung der städtischen Gebäude und Aemter angeordnet.

Weiters hat der Bürgermeister an den Kabinettsdirektor Grafen v. Polzer nachstehendes Telegramm gerichtet:

Die Kunde von der nahen Lebensgefahr, in der unser geliebter Kaiser schwebte, hat die Herzen der Wiener Bevölkerung aufs tiefste ergriffen und heisse Dankgebete erheben sich zum Allmächtigen, der das Unheil gnädig abgewendet hat. Ich bitte Euer Excellenz, Seiner Majestät die Gefühle der treuen Liebe zum Ausdruck zu bringen, von denen die Reichshaupt und Residenzstadt zu ihrem Kaiser besetzt ist und die in diesem schweren Augenblicken in ihrer ganzen Reinheit und Innigkeit so herzerhebend neuerlich zur Geltung kamen. Möge der Allmächtige, der auf ruhmbedeckter Erde nun die vaterländischen Fahnen zu gerechtem Siege führt, auch für/er-
nin unserem Kaiser Schutz und Schirm angedeihen lassen!

385

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ
Wien, 13. November 1917 - Mittagsausgabe Nr. 385.

Ad. Kaiser.

Vom Kabinettsdirektor Graf Felzer ist heute an Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgendes Telegramm eingelangt: Seine k. u. k. apostolische Majestät haben das in warmen Worten gehaltene Telegramm Eurer Exzellenz, in welchem die treue liebevolle Anhänglichkeit der Wiener Bevölkerung anlässlich ^{des} glücklich überstandenen Uafalles zum Ausdruck gelangte, tiefergerührt zur Allerhöchsten Kenntnis genommen und geruhten, Eure Exzellenz zu beauftragen, den Wienern Allerhöchst Ihren wärmsten herzlichsten Dank für die guten Wünsche bekannt-zugeben.

Eine Kundgebung im Stadtrate.

Zu Beginn der heutigen Stadtratsitzung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor den versammelten Stadträten, welche sich von ihren Sitzen erhoben hatten, folgende Ansprache: Aufs tiefste wirkt noch in unserem Herzen die Kunde nach, die mit den Sonntagsblättern die Stadt durchheilte: der Kaiser am südlichen Kriegsschauplatze aus schwerer Lebensgefahr errettet! Der Gedanke an die Möglichkeit, dass dem Kaiser ein Unheil treffen könnte, kam uns bei dieser Nachricht in erschütternder Weise zum Bewusstsein.

Wenn in diesen Tagen Siege auf Siege gemeldet werden, die unsere heldenmütigen Truppen erkämpfen, und wenn unsere Sehnsucht nach dem Frieden durch diese siegreichen Schlachten und die aufdämmernde Erkenntnis der Feinde von unserer Unüberwindlichkeit ihrem Ziele immer näher gerückt wird - so ist mit all' dem, was wir von der Zukunft erhoffen, in unserem Sinne und Denken die geheiligte Person unseres Kaisers verbunden. Wir haben das tiefe Vertrauen, dass Er mit seinen Völkern fühlt und dass Er alles daran setzt, seine Völker aus dieser Zeit der Leiden zu einer glücklichen Zukunft zu führen, und wir erkennen das Walten der göttlichen Allmacht über unserem Vaterlande, dem in seiner Schicksalsstunde dieser Herrscher beschieden worden ist. Wir danken Gott dem Herrn, dass er uns den geliebten Kaiser erhalten hat. Dank sagen wir den Ucherztesten Männern, die sich an Rettungswerke beteiligten. Möge Kaiser und Vaterland in Gottes Hut bleiben und möge ihnen beiden bald die Sonne des Friedens winken!

27. Jahrgang, Wien, Dienstag 13. November 1917. Nr. 386.

Ernennung von definitiven Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten

Durch das am 1. Juli 1. J. in Wirksamkeit getretene niederösterreichische Landesgesetz wurde auch bestimmt, dass die für weibliche Handarbeiten lehrbefähigten provisorisch bestellten Lehrerinnen an den öffentlichen allgemeinen Volksschulen und den öffentlichen Bürgerschulen in Wien, welche an denselben nicht zugleich anderweitigen Fach- oder Klassenunterricht erteilen, nach einer im öffentlichen Schuldienst ununterbrochen zurückgelegten fünfjährigen Dienstzeit im Vorrückungswege zu definitiven Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten ernannt werden, falls sie mindestens zwei Jahre im Schulbezirke in Wien in Verwendung gestanden sind. Auf Grund dieser Bestimmung beschloss der Stadtrat, gegen 700 Handarbeitslehrerinnen, welche den Voraussetzungen entsprechen, das Definitivum zu erteilen.

Wiener Dienstboten-Krankenkassa. Die durch den Krieg hervorgerufene Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse hat es auch mit sich gebracht, dass zahlreiche Haushaltungen zur Einschränkung in der Haltung von Dienstboten und vielfach sogar zur Auflösung genötigt waren. Dies bewirkte eine Abnahme an Mitgliederbeiträgen bei der Wiener Dienstboten-Krankenkassa um 66.029 Kronen seit Kriegsbeginn. Demgegenüber wurden die Verpflegskosten seit Beginn des Krieges zweimal erhöht, wodurch eine Mehrausgabe an Verpflegsgeldern im Verwaltungsjahr 1916/17 um 90.063 K gegenüber dem Verwaltungsjahre 1915/16 eintrat. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand des Reservefonds, der zur Deckung von Abgängen bestimmt ist, beschloss der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Frass, von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrages abzusehen und die Versicherungsgebühr für das laufende Verwaltungsjahr wie bisher mit 3 K für jeden angemeldeten Dienstboten festzusetzen.

Die Gemeinde Wien und das Anstellen. Der Ausspruch des Ernährungsministers im Parlament, dass es nicht Sache des Ernährungsamtes sei, das Anstellen abzuschaffen, sondern der Gemeinde und der Polizei, wurde vielfach zum Anlasse genommen, speziell der Gemeinde Wien vorzuwerfen, dass sie zur Beseitigung des Anstellens wenig oder nichts unternommen hätte, während in den viel besser organisierten Städten Deutschlands ein Anstellen nicht mehr vorkomme. Der Magistrat hat über diese Angelegenheit dem Stadtrate einen ausführlichen Bericht vorgelegt, welchem wir folgendes entnehmen: Die Rayonierung des Mehles, des Petroleums, des Brotes, der Milch, der Butter wurde von der Gemeinde Wien vorgeschlagen und dadurch entfiel das Anstellen um diese Artikel. Der Einkaufsschein der Mindestbemittelten entsprang ebenfalls dem Vorschlage der Gemeinde Wien und mit seiner Hilfe konnte das Fleisch für die Mindestbemittelten, die oft die ganze Nacht hindurch sich anreihen, ohne anstellen zur Abgabe gelangen. Um das Anstellen für Fett, welches oft Nächte hindurch währte, hintanzuhalten, war es wieder die Gemeinde selbst, welche an das Ernährungsamt mit dem Ersuchen herantrat, zu gestatten, dass die geringen Fettvorräte nur an die Mindestbemittelten zur Verteilung gebracht werden können, wodurch mit einem Schlage auch dieses Anstellen beseitigt war. Für die angekündigte Abgabe von Marmelade sowie im Falle der Verteilung der von der Gemeinde Wien konsumierten Eier sind die Vorbereitungen bereits getroffen, dass jeder Haushalt seine ihm gebührende Menge ohne

anstellen erhalten wird. Auch das Anstellen vieler tausende Menschen auf den städtischen Kohlenlagerplätzen ist durch die Kohlenrayonierung verschwunden.

Nur dadurch, dass die Gemeinde die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel rayonierte, konnte das dadurch unnötig gewordene nächtliche Anstellen allgemein streng verboten und auch das von der Gemeinde wiederholt geforderte Verbot des Anstellens von Kindern durch die Polizei erlassen werden. Anstellungen finden derzeit statt auf Märkten, was nicht zu verhindern ist, wenn Marktartikel wie zum Beispiel Obst und Gemüse nur in geringer Menge einlangen. Weiters findet sich das Anstellen um Zuckerln und andere Gelegenheitskäufe wobei es sich sicherlich nicht um absolute Lebensbedürfnisse handelt. Anstellungen finden sich ^{noch} vor den Trafiken und hier handelt es sich um ein staatliches Erzeugnis, verkauft von staatlich gemäßigten Verkäufern. Wenn ein Vergleich zwischen der Stadt Wien und deutschen Städten gemacht wird, der zu Ungunsten unserer Stadt ausfällt, so ist ein solcher Vergleich, wenn nur Großstädte mit rund 100.000 Einwohnern herangezogen werden, nicht am Platze. Ein Vergleich der Millionenstadt Wien kann nur mit der Millionenstadt Berlin gezogen werden und auch in Berlin konnte bis jetzt das Anstellen um gewisse Artikel nicht verhindert werden.

Errichtung eines neuen Kohlenlagerplatzes. Der Stadtrat beschloss nach einem Bericht des Vize-Bürgermeisters Hierhammer die Errichtung eines zweiten städtischen Kohlenlagerplatzes auf dem Bahnhofs-Michelbeuern mit dem Kostenanfordernisse von 50.000 K. Der bestehende Kohlenlagerplatz daselbst soll aufrecht bleiben.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: im Steueramt August Urban und Franz Eller zu Kontrolloren, Richard Helwein, Karl Müller, Josef Nowotny und Adolf Baumann zu Adjunkten, Rudolf Reko und Oskar Oppelmayer zu Offizialen. Bei den städtischen Elektrizitätswerken Hugo Theimer, Karl Adamovsky, Josef Spanitsch und Josef Schneider zu Inspektoren.

Gemüseanbau. Nach einem Antrage des StR. Braun wurde die derzeitige Wiese Kronawettau in Kaiser-Ebersdorf an das Offiziers-Korps des Landwehr Montur-Dépôts bis zum Jahre 1921 zum Gemüseanbau verpachtet.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Poyer der Unter St. Veiter Rettungsgesellschaft eine Subvention von 3.500 K bewilligt.

387

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrgang. Wien, Mittwoch 14. November 1917. 387.

7. Kriegsanleihe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat folgenden Aufruf plakattieren lassen: Frieden haben wir den Gegnern angeboten, sie aber wollen Krieg und unsere Niederlage! Darum müssen wir für den Frieden weiterkämpfen! Nur durch die Kriegsanleihe können die Mittel dazu beschafft werden! Wer den Frieden will, zeichne daher Kriegsanleihe!

Schulfeier. Anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers aus erster Lebensgefahr hat der Bezirksschulrat Wien angeordnet, dass für die Schuljugend der Wiener Volks- und Bürgerschulen Dankgottesdienste abgehalten werden, an welchen die Schulkinder von der 3. Volksschulklasse aufwärts teilzunehmen haben. Außerdem sind aus diesem Anlaß in den Schulen für die Kinder von der III. Volksschulklasse aufwärts, sowie für die gesamte Schuljugend der Bürgerschulen einschließlich der einjährigen Lehrkurse in einem geeigneten Raume des Schulhauses patriotische Schulfeiern zu veranstalten, bei welchen in einer Ansprache des Schulleiters oder eines Mitgliedes des Lehrkörpers bei Anwesenheit der übrigen Lehrkräfte der Freude darüber Ausdruck zu geben ist, dass eine gütige Vorsehung unseren geliebten Monarchen aus der größten Gefahr, in der er schwebte, errettet hat. Mit der Absingung der Volkshymne wird die Feier ihren Abschluss finden. Für die Schulkinder der I. und II. Volksschulklassen ist die Feier am selben Tage in ihren Klassenzimmern in einer der Alterstufe dieser Kinder angepaßten Weise abzuhalten.

Diese Schulfeiern sind am demjenigen Tage, an welchen der Dankgottesdienst für die katholische Schuljugend stattfindet, und zwar je nach den gegebenen Verhältnissen vor oder nach diesem Gottesdienste zu veranstalten. Der Unterricht hat an dem betreffenden Tage zu entfallen.

Tag und Stunde für die katholische Schuljugend werden den Schulleitungen von den Ostschulräten bekanntgegeben werden.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten.

Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, den 17. November statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 24. November die Brot- und Mehlkarten für die 138. bis 145. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 63. bis 70. Woche, die Milchkarten für die 41. bis 48. Woche und die vom Monate Dezember an gültigen Seifenkarten ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen. Die neuen amtlichen Einkaufsscheine treten am Montag, den 19. November 1917 beim Bezuge von Fleisch für Mindestbemittelte, welches auf den Buchstaben A zur Ausgabe gelangt, in Kraft.

Bezirksratsitzungen. Die Bezirksvertretung Neubau hält am 16. dieses 5 Uhr, jene des Bezirkes Wieden am 20. d. M. ½ 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

14. November 1917.

WIENER GEMEINDERATS - SITZUNG

vom 14. November 1917.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Seit der letzten Tagung des Wiener Gemeinderates haben sich auf dem südlichen Kriegsschauplatze Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung abgespielt.

Unter dem Oberbefehle des Kaisers war es dem unvergleichlichen Heldenmute der verbündeten Armeen beschieden, den welschen Feind von dem heiligen Boden unseres Vaterlandes zu vertreiben und unsere Waffen in der Verfolgung des Gegners bis tief ins feindliche Land zu tragen. (Lebhafter anhaltender Beifall). Voll Dank und Bewunderung senden wir unsere herzlichsten Grüsse an die tapferen Streiter im Felde und verbinden mit den Grüssen das Gelöbnis auch unserer ersten Kriegspflicht im Hinterlande pflichtgetreu und unverzagt nachzukommen. (Heuerlicher stürmischer Beifall). In wenigen Tagen geht das erste Regierungsjahr Kaiser Karls zu Ende und mit freudiger Genugtuung blicken wir auf den Monarchen, der die Seele des Volkes kennt und mit ihr fühlt und schafft. Wir alle haben diese tiefe und indi-
~~ge~~ gung ~~gung~~ gung, die sich unser Kaiser im Herzen seiner Völker errungen hat, so recht empfunden als uns die Nachricht von der schweren Lebensgefahr ereilte, in der unser Monarch auf dem Kriegsschauplatze geschwebt ist. Dem Allmächtigen sei heisser Dank dafür gebracht, dass er unseren geliebten Kaiser aus dieser Gefahr errettet und ihm seinen Völkern bewahrt hat, die in seiner geheiligten Person die sichere Gewähr für eine schöne friedliche Zukunft erblicken.

Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, unser Land! (Lebhafter Beifall und stürmische Heilrufe).

An den Beifallskundgebungen beteiligten sich auch die Zuhörer der vollbesetzten Galerien, welche sich gleich den Gemeinderäten von ihren Sitzen erhoben hatten.

Gespendet haben:
Die Direktion der I. österreichischen Sparkasse hat zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 Kronen und zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterialen, bezw. zur Verteilung von Speisemärkten an die Armen Wiens je 2000 K, zusammen daher 10.000 Kronen.

Die Erben nach den Fabrikanten August Miller haben für die Armen des 8. Bezirkes 2000 K und für die Jugendfürsorge desselben Bezirkes 5.000 K gewidmet.

Herr Gustav Reitler hat aus Anlass des Ablebens seiner Gattin 1.000 K für die Armen Wiens gespendet.

Gesandter Rudolf Freiherr Mittag von Lenkheim hat für die Armen Wiens 1.000 K und dessen Bruder Freiherr Erwin von Mittag 300 K zu Gunsten der Armen des 19. Bezirkes gespendet.

Dr. Max Borowy hat den Armen des 1. Bezirkes einen Betrag von 500 K gespendet.

Franz Viereckel hat anlässlich der Feier des 100 jährigen Bestandes der Firma Schuberth & Co des Armen des 4. Bezirkes 500 K gespendet.

Das Obersthofmeisteramt des Erzherzogs Friedrich hat der Feuerwehrmannschaft anlässlich der Hilfeleistung bei einem Brande des Betrag von 300 K, Baumeister Arnold Barber aus demselben Anlasse 200 K gespendet.

Für die städtischen Sammlungen wurde eine Sammlung von Kriegsgedichten des Altgrafen Erich von Salm und von Oberleutnant Wilhelm von Marsona ein Bild darstellend ein Denkmal für die gefallenen Helden der Wiener Kavallerie Division und zwar aus Anlass der Wiedereroberung von Ostgalizien und der Bukowina, wodurch dieses Denkmal wieder in österreichischen Besitz gelangte, gewidmet.

Bezüglich der Ueberhandnahme der Eisenbahndiebstähle richtet der Eisenbahnminister Freiherr von Bahans eine Zuschrift an den Bürgermeister, in der gesagt wird, dass eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Eisenbahndiebstähle ergriffen wurden. Hieher gehören die Verbesserung der Einfriedung und der Beleuchtung der Stationsplätze, die Verfügung, dass die Güterzüge durch besondere Aufsichtsbeamte begleitet und die Wagen während ihres Aufenthaltes in der Station überwacht werden. Dem gleichen Zwecke dienen weiters die verschärfte Bewachung der Magazine, die Vornahme unvermuteter Streifungen auf den Bahnhofplätzen und unvermuteter Revisionen in den Personalkasernen und Wächterhäusern sowie eine verschärfte Tätigkeit der Kontrollorgane. Ferner wurde angeordnet, dass Wagen, die mit hochwertigen Gütern beladen sind, nach Möglichkeit mit Vorhängeschlossern oder durch Verdrahtung verschlossen und dass jenen bahneigenen oder auch bahnfremden Personen, die zur Entdeckung von Eisenbahndiebstählen beitragen, Prämien bis zu 300 K für den einzelnen Fall ausbezahlt werden. Schliesslich wurden die Direktionen angewiesen, zur Bewachung der Bahnhöfe und zur Durchführung der Streifungen auch Gendarmerie, Polizei und Militärwachen in möglichst ausgiebiger Masse zu verwenden. Infolge des Personenmangels können jedoch diese Maßnahmen oft nur unvollkommen durchgeführt werden. Die sogenannte Aktivkontrolle wurde weiter ausgebaut, indem besonders krasse Fälle von Diebstählen bis in ihre Einzelheit verfolgt wurden.

Schriftführer G.R. Stangelberger verliest sodann einen längeren Magistratsbericht auf die in der letzten Gemeinderats-Sitzung vom G.R. Stein eingebrachte Interpellation hinsichtlich verschiedener Vorgänge auf dem Geflügelmarkt.

In Erwiderung einer in der letzten Gemeinderatssitzung von den Gemeinderäten Reumann und Skaret gestellten Anfrage über die Tätigkeit des Ausschusses zur Aenderung der Gemeindevahlordnung teilt der Bürgermeister mit, daß er sich der Bedeutung dieser Sache voll und ganz bewußt sei. Eine Verzögerung sei aus dem Grunde eingetreten, weil sowohl in der Mehrheit als auch bei der sozialdemokratischen Mehrheit die Anschauung herrscht, daß nur ein legitim gewählter Gemeinderat berufen ist, in einer so einschneidenden Angelegenheit zu urteilen. Es handle sich auch darum, die Möglichkeit von Burgfriedenswahlen in Aussicht zu nehmen infolge der ablehnenden Haltung der deutschfreihheitlichen Partei sei eine Entscheidung vorläufig nicht möglich. Uebrigens seien in der letzten Sitzung die beiden Unterausschüsse bereits gewählt worden.

387
2

GR. Kunschak schildert in einer Anfrage die Folgen der immer mehr überhandnehmenden Milchnot in Wien und fragt, ob der Bürgermeister dafür eintreten will, dass, solange der Bedarf an Milch für die Kinder nicht gedeckt ist, der Ausschank von milchhaltigen Getränken in den Kaffeehäusern und öffentlichen Speiseanstalten, wenn notwendig auch in den Kaffeehäusern auf die Morgenstunden beschränkt und erforderlichen Falles ganz verboten werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: In Wien langen dormalen täglich rund 190.000 Liter Milch mittels Bahn ein, gegen 900.000 Liter in Friedenszeiten. Wir haben also tatsächlich eine Milchnot, die umso mehr verschärft wird, als die Produktion in den Stallungen der Wiener Milchmaler von Tag zu Tag geringer wird. Die Ursache liegt im Mangel an Futtermitteln.

In meiner Gegenwart hat ein Vertreter der Futtermittelzentrale erklärt, die Wiener Milchmaler brauchen kein Futter, sie haben keine Existenzberichtigung. (Lebhafte Zwischenrufe). Es ist ungemein bezeichnend, dass die berüchtigten Zentralstellen die berechtigten Interessen ansässiger Geschäftsleute ebensowohl wie jene der Konsumenten auf tiefste verletzen. Man kann das nur auf das krasse Unverständnis dieser sogenannten Fachleute zurückführen.

Die sogenannte Pflichtmenge für Kinder, stillende Mütter und Kranke in einer Menge von 145.000 Liter ist vorläufig noch gedeckt. Der Gemeinderat kann versichert sein, dass er der Milchnot in Wien vollstes Augenmerk zuwenden. Wir werden nicht versäumen, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, bei einem noch weiteren Sinken der Zufuhr, die Pflichtmenge zu sichern. Wir haben vor kurzer Zeit neuerlich eine grössere Anzahl von Kühen aus Vorarlberg wieder angeschafft.

G.R. Rotter macht in einer Interpellation darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf den von unseren Feinden geplanten Wirtschaftskrieg der Einheit, die die Mittelmächte auf allen Schlachtfeldern darstellen, eine ebenso fest gefügte Einheit in wirtschaftlicher Beziehung gegenübergestellt werden müsse. Die zu Beginn der Tagung unseres Parlamentes von Seite der Tschechen und Südslawen abgegebenen staatsrechtlichen Erklärung müssen nicht nur allein als im höchsten Maße staatsfeindlich bezeichnet werden, sie bedeuten auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine schwere Schädigung der Interessen unseres Vaterlandes, da doch durch dieselben eine Auflösung des Reiches in politische Einzelheiten gefördert wird, der mit Sicherheit auch die wirtschaftliche Auflösung folgen müste.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dahin zu wirken, daß eine alle Befürchtungen für die Zukunft zerstreuende Stellungnahme der Regierung unverzüglich erfolge, damit in unserem Vaterlande jeder staatsfeindlichen Agitation rechtzeitig der Boden abgegraben wird, Handel, Industrie und Gewerbe aber einer Zeit einheitlichen wirtschaftlichen Aufschwunges entgegenzuwirken in die Lage kommen.

Bürgermeister Weiskirchner: Ich kann nur erwidern, daß die österreichische Regierung eine eigene Kommission für die Übergangs- und Friedenswirtschaft gebildet hat und eine Reihe von Kollegen des Gemeinderates dieser Kommission angehören, die bisher noch nicht in die Lage versetzt wurde, eine ersprießliche Tätigkeit zu entwickeln. Ich kann nur sagen, daß es selbstverständlich auch Pflicht der Gemeinde sein wird, sowohl durch Initiativanträge, als auch durch praktische Mittel Gewerbe und Industrie in der Übergangszeit zu fördern.

G.R. Herold wünscht mit Rücksicht darauf, daß die Entfernung der Mine in Meere bei Triest im Zuge ist und der Fischfang sich somit wieder entfalten kann, es möge der Adria - Fischerei, die für die Approvisionnement der Grossstadt von der größten Bedeutung sei, die vollste Aufmerksamkeit zugewandt werden. Der Bürgermeister möge auch bei der Regierung vorstellig werden, daß eigene Fischzüge mit Eisvorrichtungen von Triest nach Wien verkehren.

Bürgermeister Weiskirchner: Sie können überzeugt sein, daß alles rechtzeitig vorgekehrt werden wird, um jene Maßnahmen zu treffen, welche das Fischen in der Adria und den Transport der Fische ermöglichen. Aber vorläufig besteht noch das Verbot des Fischens in den Kriegsgewässern und man kann keinem Fischer zumuten, sein Leben zu riskieren.

G.R. Neustädler interpelliert über die von den Zeitungen bereits gemeldete Adaptierung dreier Zinshäuser im 1-Bezirk für Zwecke der Baumwollzentrale.

Bürgermeister Weiskirchner: Der gemeinderätliche Wohnungsausschuss hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und der V.B. Rain wird gelegentlich des heutigen Referates Anträge stellen, welche diesen Gegenstand betreffen.

GR. Hedorfer fragt, ob der Bürgermeister sich mit der Direktion der niederösterreichischen Landesbahnen ins Einvernehmen zu setzen wolle, um eine Umsteigmöglichkeit von der städtischen Strassenbahn auf die niederösterreichische Landesbahn Wien-Presburg herzustellen, damit den begründeten Beschwerden abgeholfen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Frage der Einführung eines Umsteigverkehrs von der städtischen Strassenbahn auf die niederösterreichische Landesbahn ist von weittragender Bedeutung; es wird daher die Anfrage als Antrag dem Magistrat zugewiesen werden.

GR. Kubasek fragt an: Nachdem es sich faast bei jeder Verordnung, welche seitens der Regierung erlassen und von der politischen Behörde I. Instanz zur Durchführung gebracht werden musste, gezeigt hat, dass der ganze Groll der Bevölkerung sich gegen den Chef des Magistrates dem Bürgermeister und in weiterer Folge gegen die ganze Gemeindevertretung und Verwaltung richtet, obwohl dieselben an verfehlten und undurchführbaren Verordnungen keine Schuld tragen, sondern die I. Instanz nur das Vollzugsorgan für die Regierungsverordnungen ist, wird an den Bürgermeister die Anfrage gestellt ob derselbe geneigt ist, bei der Regierung mit allem Nachdrucke dahin zu wirken dass, bevor solche Verordnungen erlassen werden, er um seine Wohlmeinung befragt wird, wodurch undurchführbare Verordnungen verhindert und der Bevölkerung die Ursache zum ungerechten Hass gegen ihn und die Gemeindeverwaltung entzogen wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Gemeindeverwaltung hat wiederholt die Regierung aufmerksam gemacht, dass es sich empfehlen würde, vor dem Erscheinen von Verordnungen, die Gemeinde zu befragen. Die Regierung hat dies aber nicht für notwendig befunden. Die breiten Massen der Bevölkerung müssen aufmerksam gemacht werden, einen Unterschied zu machen zwischen dem, der eine Verordnung erlässt und dem, der gezwungen ist, sie durchzuführen.

GR. Skaret fragt, ob der Bürgermeister willens ist, das leerstehende der Gemeinde Wien gehörige Strassenbahnerheim in Deutsch-Altenburg augenblicklich nützlich der Großstadt dienender Verwendung zuzuführen und dadurch das für dieses Heim aufgewendete Kapital nutzbar zu machen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Begründet die Leerstehung des Heimes damit, dass die Strassenbahner die Beköstigung ohne Abgabe der Lebensmittelkarten forderten. Die Ernährungsverhältnisse in Deutsch-Altenburg waren so schlecht, dass man auch heuer Kinder nicht hinschicken konnte. Die Entsendung der Kinder werde er in Evidenz halten und der Stadtrat werde hierüber einen Bericht unterbreiten.

GR. Rotter fragt mit Rücksicht darauf, dass den Brotfabriken die Bewilligung der Nacharbeit bis 1. Februar 1918 erstreckt wurde, während sämtliche Kleinbetriebe des Bäckergewerbes verhalten wurden, vom 10. Mai L.J. angefangen die Nacharbeit in ihren Betrieben einzustellen, ob der Bürgermeister geneigt ist, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass diese unwürdige und unerhörte Bevorzugung der Brotfabriken seitens des Ernährungsamtes und der Kriegsgetreideverkehrsanstalt endlich beseitigt werde?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Gemeinde hat nicht viel Einfluss in dieser Sache. Ein Vertreter des Magistrates hat bei diesem Anlasse erklärt, dass Gross- und Kleinbetriebe völlig gleichzustellen sind. Ich werde die vorliegende Anfrage dem Handelsministerium beziehungsweise dem Ministerium für Volkswohlfahrt vorlegen.

GR. Huschauer interpelliert über die unhaltbaren Zustände, die in der letzten Zeit im Packetpostdienste eingetreten sind. Hunderte von Postpaketen verschwinden während der Beförderung, eine Unzahl von Paketen wird im erbrochenen und beraubten Zustande abgegeben, andere wieder langen erst nach einem so langen Zeitraume ein, dass die Lebensmittel bereits verdorben sind. Aber auch die Beförderung von pneumatischen und Expressbriefen geben zu den schwersten Vorwürfen berechtigten Anlass.

Der Bürgermeister wird gefragt, ob er auf eine eheste Beseitigung der besprochenen Uebelstände hinwirken wolle?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Der Präsident der Post- und Telegrafendirektion übermittelt eine ausführliche Darstellung der Ursachen dieser Verhältnisse. Das Verschwinden oder die Inhaltsverminderung von Postpaketen beruhe nicht immer auf unredlichen Gebahren von Postbediensteten, sondern sei oft auf Umstände zurückzuführen die sich der Einwirkung der Postanstalt entziehen, wie mangelhafte Verpackung, fehlen von Adressen, Eisenbahnwagenbrände, verursacht durch die Beigabe von leichtentzündlichen Gegenständen, Schwierigkeit der Ueberwachung bei der Beförderung auf der Eisenbahn u.s.w. Die Verzögerung der Beförderung von Postpaketen sei auf die seit Kriegsbeginn bestehenden Verhältnisse im Eisenbahnverkehr und auf die ausserordentlichen Schwierigkeiten im Strassenpostbetriebe zurückzuführen. Die Postämter seien beauftragt Sendungen, die aus der Art ihrer Verpackung den verderblichen Inhalt erkennen lassen, möglichst rasch weiter zu leiten und dem Publikum ist durch die Einführung der sogenannten dringenden Pakete Gelegenheit geboten, besonders dringlichen Sendungen die tunlichst rascheste Beförderung zu sichern. Die Uebelstände bezüglich der Rührpost und Eilbriefsendungen seien in erster Linie auf das vielfach unverlässliche Kriegshilfspersonal zurückzuführen. Die Auswahl von verlässlichen Personen sei infolge des allgemeinen Mangels an Hilfskräften sehr beschränkt. Das Personal werde jedoch so viel als möglich kontrolliert, jede Anzeige sorgfältig untersucht. Die einer Unredlichkeit erwiesenen Organe werden entlassen und unter Umständen der gerichtlichen Bestrafung zugeführt.

GR. Kunschak fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, dahin vorstellig zu werden, dass die bestehenden Beleuchtungsverschriften im Parlamente ihre volle Beobachtung finden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde die Interpellation der Hausverwaltung des Parlamentes übermitteln.

GR. Richter weist in einer Interpellation auf die Einberufung einer grossen Anzahl bisher vom Waffendienste entlassener Gemüsegärtner hin, und wünscht deren weitere Enthebung im Interesse der Approvisionnement der Stadt Wien.

BGM. Dr. Weiskirchner verspricht die Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung.

387

(Punkt 3)

Der Redner wendet sich dann gegen die Bestimmung, dass die Verordnung über Mieterschutz hinsichtlich des Kündigungsrechtes der Vermieter dahin abzuändern wäre, dass die Kündigung gegenüber jenen Mietern freigegeben wird, welche am 1. August 1914 ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien hatten und bezüglich deren nicht ausnahmsweise Rücksichten obwalten. Weiters spricht sich GR. Reumann gegen eine Durchbrechung der Mieterschutz-Verordnung aus. Heute zeige es sich übrigens, dass die Beschränkung auf Wohnungen bis zu einem Vierteljahrszins von 500 K zu enge gefasst war. Es seien auch zu wenig Ortschaften in die Mieterschutz-Verordnung einbezogen worden. In dem Momente des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft werde die Bevölkerung vor einer Katastrophe stehen. Weder die Rotunde, noch die Strassenbahnremisen eignen sich zu Wohnungen, auch die Baracken werden zu dieser Zeit noch fürs Militär verwendet werden. Es wäre die Frage, ob die Gemeinde jetzt schon leichte Wohnbaracken errichten können. Die Frage sei mit Rücksicht auf das Fehlen des Materiales eher mit Nein zu beantworten. Die von den Flüchtlingen jetzt bewohnten Räume decken kaum den gegenwärtigen Bedarf. Es werde notwendig sein, dass der Wohnungsausschuss häufiger zusammentritt und sich mit der Frage der Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege eifrig beschäftigt. Redner beantragt schliesslich die Streichung des Punktes 3.

G.R. Aug. Schmidt beantragt Schluß der Debatte.

G.R. Melcher: Der Wohnungsmangel in Wien sei statistisch schon seit 6 Jahren nachgewiesen und er habe schon im Jahre 1911 den Antrag gestellt, an der Peripherie der Stadt auf Gemeindegrund in eigener Regie ein Stock hohe Wohnhäuser mit Kleinwohnungen für 8 Parteien zu errichten und in Pacht zu geben. Heute haben wir 2500 leerstehende Wohnungen, das entspreche einem Leerstellungskoeffizienten von 0.5% gegenüber den normalen von 3 bis 4 %. Bei einem jährlichen Zuwachse von 40.000 Menschen sind unter der Annahme, daß 20 Wohnungen in einem Hause geschaffen und 4 Personen in einer Wohnung Platz finden, 500 Wohnhäuser jährlich neu zu erbauen. So viel Häuser sind in keinem der letzten Jahre errichtet worden, Zu bedauern ist es, daß die im Jahre 1914 begonnenen Bauten nicht fertig gestellt werden konnten, da der Weiterbau heute das Vierfache kostet.

Wenn die heutigen Zustände weiter fortschreiten, werden wir im Februar 1918 überhaupt keine leerstehende Wohnung in Wien mehr haben. Die Parteien, die durch die Baumwollzentrale ausgemietet werden, werden im Mai 1918 daher überhaupt keine Wohnungen in Wien bekommen. Die Baumwollzentrale, die sich wahrscheinlich in ein Baumwollkartell umwandeln werde, hätte Platz genug in den derzeit leerstehenden 6000 Geschäftslokalen. Die Gemeinde werde durch die Nichtbewilligung der Adaptierung für Bürozwecke es in der Hand haben, die Mieter gegen die Baumwollzentrale zu schützen. Baudirektor Stern weise in einer eben erschienenen Schrift nach, daß das Bauen sich um 400 Prozent verteuert haben, daß es demnach in nächster Zeit ausgeschlossen sei, ein rentables Haus zu bauen. Zur Erbauung von Häusern mit Kleinwohnungen sei nur dann die Möglichkeit gegeben, wenn außer der vollständigen Steuerfreiheit noch eine 33 percentige Erhöhung des derzeitigen Mietzinses eintritt.

Die Bauordnung sei wie ein Damoklesschwert über den Bauherrn gehängt, die das Bauen immer wieder aufschoben. Häuser werden nur gebaut, wenn sie eine entsprechende Verzinsung abwerfen. Auch im Wohnungswesen gelte der Grundsatz vom Angebot und Nachfrage.

Bezüglich der Grundpolitik der Gemeinde müsse festgestellt werden, daß der Preis, den die Gemeinde für einen Grund zahle, für die Gründe der ganzen Umgebung maßgebend sei. Die Gemeinde dürfe daher nicht zu hohen Preisen kaufen, vielmehr jedesmal den Grund zu enteignen trachten, wenn sie unbedingt den Grund braucht.

Das Mieterschutzgesetz habe gewiß Härten, die bei einer Regelung Ende 1918 beseitigt werden können.

Wenn beantragt würde, es möge ein größerer Vorrat von Baumaterialien angeschafft werden, so müsse dem entgegengehalten werden, daß solche Materialien teils viel zu teuer, teils gar nicht vorhanden sind. Wohl aber könnte die Gemeinde die Errichtung einer eigenen Ziegelei ins Auge fassen.

GR. Ullreich tritt zuerst dafür ein, dass die Anträge des Referenten rückwirkend vom 1. November 1917 in Kraft treten sollen, um derartige Häuserkäufe in letzter Minute, wie sie dieser Tage vorgekommen seien, in ihren Wirkungen auf die Bevölkerung einzudämmen. Der Redner wendet sich sodann der Flüchtlingsfrage zu und sagt, dass die Geduld der Bevölkerung in diesem Falle bereits in einem Masse in Anspruch genommen sei, dass es einfach nicht mehr weiter gehe. In der staatlichen Flüchtlingsfürsorge stehen derzeit noch 441.000 Personen, von denen 85.000 in Baracken lagern untergebracht, 356.000 aber in Gemeindehaushalten sich aufhalten. Hievon entfallen auf Niederösterreich 64.700 und auf Wien 50.800, also fast ein Viertel der gesamten Flüchtlinge. Rechnet man hiezu noch die Kriegsgefangenen, so können man ermessen, wie ein solcher Bevölkerungszuwachs das ganze Ernährungsproblem über den Haufen werfe. Der grösste Fehler der Regierung aber war es, gerade nur die christlichen Flüchtlinge in die Baracken zu sperren, die Juden aber frei in den Städten anzusiedeln. Nach dem amtlichen Ausweise vom 1. September 1917 sind von den erwähnten 85.000 Baracken Anässigen nur 1400 Israeliten und unter den insgesamt 441.000 Flüchtlingen befinden sich noch immer 180.000 Israeliten. Von den in Wien sich aufhaltenden 50.800 Flüchtlingen sind, immer nach dem amtlichen Ausweise 43.709 Juden; dabei sind aber nur die gezählt, die noch eine staatliche Flüchtlingsunterstützung geniessen. Der Redner richte daher im Interesse der Wiener Bevölkerung an die Regierung die dringende Aufforderung, auf dem Gebiete der Flüchtlingsfrage mit allen Kräfte Ordnung zu schaffen. Wir wollen nur hoffen, dass unsere Regierung ebenso tatkräftig eingreife wie die ungarische in Budapest.

387

3

G.R. Schüfer beklagt in einer Interpellation die Schließung der öffentlichen Bäder in jeder Woche von Donnerstag bis Sonntag und wünscht, daß die Bäder in der ganzen Woche mit Ausnahme von Montag offen gehalten werden. Die Badezeit könnte täglich auf die Stunden von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags anstatt bis 6 Uhr abends festgesetzt werden. Er fragt, ob der Bürgermeister, dem er diese Angelegenheit vor 14 Tagen persönlich vorgetragen habe, im Sinne dieser Vorschläge bei den betreffenden Behörden bereits vorgesprochen habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Hinsichtlich der Neuordnung der Badezeit wurde heute eine Verordnung in der Wiener Zeitung verlautbart. Wir müssen abwarten, welche Stellung die Bäderbesitzer hiezu einnehmen werden. Es ist jetzt jedem Bäderbesitzer die Möglichkeit gegeben, nach individuellen Verhältnissen die Badezeit zu bestimmen.

G.R. Schüfer fragt mit Rücksicht darauf, daß die innere Stadt eines jeden Verkehrsmittels entbehre, ob der Bürgermeister geneigt ist, für die sofortige Reaktivierung des Autobus-Pendelwerkes auf den Linien Oper-Marienbrücke, Schottentor-Stefansplatz und Börseplatz-Wollzeile Sorge zu tragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir haben nicht die Möglichkeit, im gegenwärtigen Augenblicke Autoomnibusse in den Verkehr zu bringen, da uns die Pneumatik, der Benzin, sowie das nötige Material für die Ausbesserung der Wagen fehlen. Infolge dieser Schwierigkeiten ist es ganz ausgeschlossen, daß in der nächsten Zeit eine Verbesserung des Verkehrs eintritt.

G.R. Kuncsak fragt mit Beziehung auf eine Umschulung im 13-Bezirk wodurch die Kinder in eine halbe Stunde entfernter liegende Schule gehen müßten, welche Maßregel bei dem notorischen Mangel an Schuhen und Kleidern nicht nur die Ärmere sondern auch die bemittelte Bevölkerung sehr hart trifft, ob der Bürgermeister dafür Sorge tragen wolle, daß eine Ueberprüfung und Abänderung der jetzt bestehenden, von der Bevölkerung so unliebsam empfundenen Einschulung ehestens vorgenommen werde.

Bürgermeister Weiskirchner: Die Umschulungen sind Sache der Schulbehörde, ich werde mir die Angelegenheit vorlegen lassen und prüfen.

G.R. Dr. von Dorn fragt: Ist der Bürgermeister geneigt, den Plänen für fruchtbare Verwertung des Wärmeüberschusses der städtischen Elektrizitätswerke seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie genau und vorurteilsfrei prüfen zu lassen und im Falle der technischen und ökonomischen Durchführbarkeit dafür zu sorgen, daß sie ehestens zur Ausführung gelange?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die in Anfrage gestellte Anregung ist sehr beachtenswert, übrigens wurde diese Angelegenheit bereits vom Stadtrate insoferne behandelt, als die Anstellung eines Chemikers von anerkannter Autorität genehmigt wurde.

GR. Stein interpelliert neuerlich über die angebliche Preistreiber in Günsen auf den Wiener Märkten.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt: Es ist ein trauriges Geschäft sich in den Kampf der Gansler einmischen zu müssen. Der Bürgermeister verlist sodann zwei Protokolle, während welcher Verlesung sich zahlreiche etwas lernende Kontraversen zwischen GR. Stein und Bezirksvorsteher Dr. Blasel einerseits und Mitgliedern der Majorität entspinnt. In den Protokoll erklärt Herr Berthold Schindler, dass er bedauert, infolge schlechter Information Vorwürfe erhoben zu haben. Herr Felsner erklärt mit Rückicht auf die erhaltenen Aufklärungen, dass er der Behörde durchaus keine Vorwürfe machen wollte, da er hiezu keinen Anlass hatte. Der Bürgermeister fügt hinzu: Was die beleidigenden Vorwürfe des GR. Stein gegen ehrbare tüchtige Beamte anbelangt, muss ich es diesen Beamten selbst überlassen, die erforderlichen Schritte gegen GR. Stein einzuleiten.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Viz. Bgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

StR. Braun legt ein Uebereinkommen mit der Firma Georg Schicht A.G. betreffend die Ergänzung der Liegenschaften E.Z. 349 und 1802 des Grundbuches Simmering im 11. Bezirk vor, das auch von GR. Melcher befürwortet wird. Die Anträge werden angenommen.

StR. Haas legt ein Uebereinkommen mit dem St. Josef-Kinderspitalverein bezüglich der Ueberlassung von Bürgerspitalfondsgründen am Margarethenürtel im 5. Bezirk vor. (Angenommen.)

Vize-Bürgermeister Rain beantragt, dass der Admonter Worfindustrie Robert Weinlinger & Co. auf Ankauf der dieser Firma eingetüchtlichen Fabriksrealitäten und auf Abtretung der mit dem Admonter Stifte bis zum Jahre 1932 bestehenden Pachtverträge gegen 188.000 K zu genehmigen. (Angenommen.)

Vize-Bürgermeister Rain beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur niederösterreichischen Obstmostgesellschaft m.B.H. als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 40.000 K (Angenommen.)

V.D.M. Rain berichtet über eine Eingabe der Firma Saini & Co. wegen Ermässigung des Bestandzinses für die Ankündigungsschulen.

G.R. David spricht sich dagegen aus und beantragt bei dieser Gelegenheit nach Ablauf der Verträge, die Ankündigungen auf den der Gemeinde gehörigen Plakatierungsplätzen zu verstädlichen

Die Referentenanträge werden angenommen und der Antrag David genügend unterstützt an der Stadtrat geleitet.

V.B.M. Rain legt sodann die bekannten Anträge wegen Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel während des Krieges. Der Referent führt aus, daß die Verhältnisse bis April d.J. beinahe die gleichen waren, wie vor dem Kriege und sich erst von da ab gewaltig änderten. Während dem Frühjahr noch 7516 Lehrstehungen gemeldet waren, sind derzeit nurmehr 2933 Lehrstehungen und diese meist im Peripheriebezirken vorhanden, eine Zahl die fortwährend noch abnimmt. Dabei ist die Erbauung von neuen Häusern oder Baracken ebenso die Umwandlung von Geschäftslokalen und Wohnungen infolge des kolossalen Mangels an Rohmaterialien und Arbeitskräften nahezu ausgeschlossen, je unmöglich. Die Gemeinde muß daher noch während des Krieges und in kürzester Zeit dafür sorgen, daß nicht die in Wien sesshafte Bevölkerung plötzlich vor der Tatsache steht, keine Wohnungen mehr zu finden. Da gibt es nur einen Ausweg, Verringerung der Mieter durch Rückkehr der Flüchtlinge, welche durch länger als drei Jahre sich schon in Wien aufhalten und deren Heimatländer bereits wieder vom Feinde befreit sind. Die Gemeinde hat in erster Linie die Aufgabe, für ihre heimische sesshafte Bevölkerung zu sorgen und jetzt wo wir selbst in Not und Bedrängnis sind, müssen wir Mittel und Wege schaffen, damit unsere eigene Bevölkerung wieder hier wohnen kann. Von einem Teile der Presse wird diese Seite der Flüchtlingsfrage nicht besonders liebenswürdig aufgenommen, aber wie stellen sie sich die Verhältnisse und ihre weitere Entwicklung vor, wenn die in Wien heimatsberechtigten Familienväter, deren Zahl in die tausende geht, aus dem Felde zurückkehren und für sich und ihre Familien keine Wohnungen hier finden. Es ist nicht nur einfachste Billigkeit sondern unser Recht wenn wir verlangen, daß die Flüchtlinge und Ausländer die Stadt wieder verlassen, in der wir an der Wohnungsnot leiden. Eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot bedeutet, das erst in den letzten Tagen auch in der Presse behandelte Vorgehen großer Gesellschaften, wie der Union E-G. und der Baumwollzentrale, ganze Häuserblocks anzukaufen und die Mieter einfach auf die Straße zu werfen. Ja sogar das Ministerium für soziale Fürsorge, dem man ein solches Vorgehen am allerwenigsten zutrauen würde, hat ein ganzes Haus im 3-Bezirk erworben und die Parteien ausgemietet. Aus all diesen Gründen ist wohl auf eine einstimmige Annahme der Anträge zu hoffen.

G.R. Ignaz Fischer tritt als erster Redner für die Referentenanträge ein, da die Wohnungsmisere in Wien bereits heute eine geradezu furchtbare sei.

G.R. Dr. von Dorn führt aus, daß zur Verhinderung der Umwandlung von Wohnungen in Geschäftslokale von der Regierung ein Gesetz erlassen werden müßte, da nur ein solches Abhilfe schaffe. Da die Wohnungsnot aber nicht allein in Wien, sondern auch in anderen Städten bestehe, werden zwei - fellos zu diesem Gegenstande von auswärts zustimmende Kundgebungen einlaufen. Was die Freigabe der Kündigung der Flüchtlingswohnungen anbelange, werde dies nicht viel nützen, da die meisten von ihnen, die ordentliche Wohnungen bewohnen, sehr gute Zahler sind und die Hausherrn sich aus bürger Humanität nicht besilen werden, ihnen zu kündigen. Redner bringt schließlich eine Reihe von Anregungen vor und erklärt im Übrigen für die Anträge zu stimmen.

G.R. Reumann betont, daß jedes Wort der temperamentvollen Ausführungen des Referenten zugleich eine Anklage gegen die Gemeinde selbst sei, weil auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge in früheren Jahren alles vernachlässigt worden sei. Die Vertreter seiner Partei seien dagegen stets als Mahner aufgetreten, wenn sie auch damit keinen Erfolg erzielen konnten. Mit der bloßen Stellung von Anträgen werde auch jetzt nichts erreicht werden.

Der Bezirksvorsteher von Mariahilf Wolfgang Dirnbacher -70 Jahre alt. Heute versammelte sich die Mariahilfer Bewohnerchaft über Einladung des Bezirkswahlkomitees und der Bezirksvertretung im Festsaal des Amtshauses, um dem verdienstvollen Bezirksvorsteher Wolfgang Dirnbacher anlässlich seines 70. Wiegenfestes zu beglückwünschen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner war persönlich gekommen, um im eigenen Namen und den der ganzen Stadt dem Jubilar zu gratulieren. Weiters waren unter den Festgästen zu bemerken: Frau Exzellenz Dr. Pattai, Hofrat Feik vom Roten Kreuz, die Stadträte kaiserlicher Rat Wesely und Spalovsky, IGR. Dr. Glaser, die GR. Schwarz, Paulitschke, kaiserlicher Rat Laubek und Schelz, Landtagsabgeordneter Anderle, Bezirksschulinspektor Professor Ludwig, die Pfarrer des Bezirkes, die vollzählige Bezirksvertretung, zahlreiche Ortsschul- und Armenräte, sowie die Vorsteher und Vorsteherinnen der Vereine des Bezirkes und viele Festgäste. Nach Eröffnung der Feier brachten ihre Glückwünsche vor: Bezirksschulrat Direktor Jettel für die Bezirksvertretung, GR. Schelz für das Armeninstitut, der Obmann des Ortsschulrates Zeithammel und Stadtrat Spalovsky für das Bezirkswahlkomitee. Ein Schulmädchen dankte dem Geburtstagskind, als eifriger Förderer der Jugend und nach des Bürgermeisters Glückwunsch dankte Bezirksvorsteher Dirnbacher mit tränenerstickter Stimme für die ihm zuteil gewordene Ehre. Die Bezirksvertretung überreichte dem Jubilar sein Bildniss und die Körperschaften und Vereine des Bezirkes zwei grössere Spareinlagen, die Bezirksvorsteher Dirnbacher der Jugendfürsorge zu widmen versprach. Ein aus den Schulen des Bezirkes zusammengestellter Kinderchor brachte einige weihevollere Chöre zum Vortrag.

387

5

Mit dem vom GR Melcher gemachten Vorschlage auf Verkauf von städtischen Grundstücken zur Beschaffung von Kleinwohnungshäusern kann er sich nicht einverstanden erklären. Redner wünscht die sofortige Einführung einer Wohnungsaufsicht und die Vorstöße für die Unterbringung kinderreicher Familien in Wohnungen und bespricht endlich die Massnahmen zur Beschaffung von Wohnungen nach dem Kriege. Redner wünscht eine ausgiebige Besteuerung von Bauplätzen und richtet schliesslich das Mahnwort an der Stadt, es mögen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit die Bestrebungen der Gemeinde in die Tat umgesetzt werden können.

GR. Dr. Stieh: Das Zurückbleiben der Flüchtlinge in Wien und der vollständige Stillstand der Bautätigkeit während des Krieges haben zum grossen Teil den jetzt bestehenden Wohnungsmangel hervorgerufen. Der Rückgang der Bautätigkeit habe allerdings schon vor Kriegsbeginn begonnen. Die Gemeinde Wien habe schon im Jahre 1902 eine systematische Wohnungs- und Bodenpolitik ergriffen. Es ist keine Härte, wenn wir heute Personen von unserer gastfreundlichen Türe weisen, wenn wir die Wohnungen für unsere einheimische Bevölkerung benötigen. Durch die Mieterschutzverordnung haben die Hausherren unvorhergesehen Opfer bringen müssen. Er könne nicht annehmen, dass die Gültigkeit über das Jahr 1918 hinaus erstreckt werden wird. Die Mittel, die vorgeschlagen werden, sind - wie wir alle wissen - nicht geeignet, eine vollständige Remedur herbeizuführen und der Wohnungsausschuss werde sich sicherlich noch oft mit dem Gegenstand beschäftigen. Auch die vom Redner vorgeschlagene Bewilligung des Bewohnens von Mansarden werde vom Ausschusse bereits beraten. Redner erklärt, für sämtliche Anträge des Stadtrates zu stimmen.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge mit dem Zusatzantrage des GR Ullrich auf Rückwirkung angenommen. Der Antrag des GR Reumann auf Ablehnung des Punktes 3 entfällt.

Es folgt hierauf die Erledigung einiger kleinerer Stücke der Tagesordnung.

368 388

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, 1., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, 16. November 1917. Nr. 368.

Verkauf von Gänsen. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse zum Preise von K 9.50 per kg an folgenden Ständen zum Verkaufe gebracht: Heinrich Pessl, 1. Bez. Hoher Markt; Anton Dechant, 3. Bez. Großmarkthalle; Anton Menzel, 4. Bez. Naschmarkt; Stephan Simatovitsch, 5. Bez. Schönbrunnerstraße 68; Heinrich Schweifer, 6. Bez. Markthalle Damböckgasse; Magdalene Kreitenitsch, 7. Markthalle Burggasse Ludwig Haas, 8. Bez. Markthalle Stadiongasse; Josef Starnbacher, 9. Bez. Nußdorferstraße; Katherina Hellis, 10. Bez. Markt Eugenpl.; Therese Gay, 11. Bez. Markt Endekplatz; Max Maxa, 12. Bez. Markt Meidling; Maria Fritz, 14. Bez. Markt Brauhirschengasse; Josef Gas, 14. Bez. Meiselstraße 3; Antonia Stritzl, 15. Bez. Nep. Vogelplatz; Maria Bubitsch, 16. Bez. Markt Brunnengasse; Katherina Schmalzbauer, 18. Bez. Gentzgasse 32; Berta Hrodek, 18. Bez. Kutschkergasse 24; Elisabeth Kouzil, 19. Bez. Heiligenstädterstr. 144; Johann Kammer, 20. Bez. Klosterneuburgerstr. 12; Barbara Filipitsch, 21. Bez. Markt am Spitz.

Verkauf von ungarischen Wild. Von morgen angefangen wird bei einigen Wildbrethändlern Wild ungarischer Herkunft zum Verkaufe gelangen; hiefür wurden im Sinne der Verordnung der n.ö. Statthalterei vom 26. Mai 1917 folgende Höchstpreise bestimmt: Hasen (über 3kg im Fell) ausgezogen: 15.50 K, Hasenbraten (Rücken und Lauf) 12 K, Hasenjunge 4K, Hasenrücken 6K, Hasenlauf 6K; Rotwild, Damwild und Wildschweine (auf der Basis von 7.50K pro kg.) a) beim Verkaufe der nachbenannten Wildteile in ganzen Stücken pro kg: Schlögel 12K, Rücken 12K, Schulter 9K, Hals und Brust 6.50K, b) beim Verkaufe im Haken, d. i. kilogrammweise ausgeschrotet pro kg: Schlögel, mit eingewachsenen Knochen ohne weitere Zuwage 13K, Rücken mit eingewachsenen Knochen ohne weitere Zuwage 13K, Schulter ohne weitere Zuwage 10K, Hals und Brust 7K, Schlögel ausgelöst ohne Knochen 16K, Rücken ausgelöst ohne Knochen (Filet) 19K, Schulter ausgelöst 13K, Rehe (auf der Basis von 8.20K pro kg): Schlögel 15 K, Rücken 15K, Schulter 10K, Hals und Brust 5K, Fasanen (auf der Basis von 11.20 K) pro Stück. Fasanenhahnen 13K, Fasanenhennen 12K. Auf die Anlieferung von Rebhühnern wird mit Rücksicht auf die exorbitant hohen Einkaufspreise (K 5.40) verzichtet und dzt. ein Höchstpreis nicht festgesetzt. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß jene Wildbrethändler, die ungar. Wild zum Verkaufe bringen, gleichzeitig Wildbret österreichischer Herkunft nicht verkaufen dürfen und daß gegen Zuwiderhandelnde im Sinne der vorgenannten Verordnung die Strafamtverhandlung eingeleitet werden wird.

Zuckerbezugsscheine. Ueber mehrfache Anfragen wird mitgeteilt, daß der Bezug auf Zuckerbezugsscheinen, welche allmonatlich an Gewerbetreibende, Anstalten etc. bei den magistratischen Bezirksämtern zur Ausstellung gelangen, keine Veränderung eintritt und daß die Ausstellung der Bezugsscheine in der bisherigen Weise erfolgt.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der ^{Gemeinderat} V hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des Str. Angermayer dem Armenrat des 5. Bez. Johann Smeikal und nach einem Antrage des STR. Schwer dem Schriftführer des Armeninstitutes Josefsstadt Karl Friborsky die goldene Salvatormedaille verliehen. - Nach einem Antrage des STR. Dr. Haas wurde dem Instituts-Vorständen des Kaiser Jubiläums-Spitals Dr. Josef Kowarschik und Dr. August Schönfeld der Titel „Primararzt“ verliehen. - Nach einem Antrage des STR. Schneider wurde die Festsetzung eines einheitlichen Gaspreises von 23h per m³ für die Gemeinde Hadersdorf-Weidlingau an Stelle der bisherigen Gaspreise von 16h u. 22h per m³, jedoch nur mit Geltung bis längstens 31. Dezember 1918 genehmigt. - Nach einem Antrage des STR. Schneider werden die Schadenersatzansprüche der Marie Gratzler, Beamtin im Unterrichtsministerium, aus ihren als Fahrgast am 7. Februar 1917 durch den Zusammenstoß mehrerer Züge am Margarethengürtel erlittenen Unfälle, und zwar an Schmerzensgeld, Verunstaltung, verminderte Heiratsfähigkeit, Heilungskosten und Verdienstentgang für jetzt und alle Zukunft durch eine freiwillige Entschädigung im Betrage von 20.000K ausgeglichen.

Schuhverkauf für alle städtischen Angestellten.

In der Volkshalle des neuen Rathauses findet der Schuhverkauf für die städtischen Beamten und Lehrer und die in Wien bediensteten Landesbeamten sowie die Beamten der städtischen Unternehmungen zu folgenden Zeiten statt: Montag und Mittwoch vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr, ferner Freitag vormittags von 9 bis 12 Uhr. Der Schuhumtausch wird um 12 bzw. 5 Uhr geschlossen.

Bewerber um Schuhe (Beamte und Lehrer) haben unter Vorweisung der entsprechenden Legitimation vorher eine Anweisung in der Lebensmittelabgabestelle der Wiener städt. Angestellten 1. Bez. Bartensteingasse 13 (Betriebsleitung) zu lösen. Hierbei kann der Tag freigewählt werden, doch gilt die einmal behobene Anweisung nur für die darin angegebene Zeit. Diese Neuordnung tritt mit 19. d.M. in Kraft. Ohne Anweisung werden zu den angegebenen Zeiten keine Schuhe ausgefolgt.

Die Obmänner der Gemeinderatsparteien beim Minister-Präsidenten.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Obmänner-Konferenz begaben sich heute Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die GRe. Dr. Hein, Reumann und v. Steiner zum Minister - Präsidenten, Dieser empfing die Abordnung der Wiener Gemeindeverwaltung in Gegenwart des Ministers Höfer und im Laufe der Besprechung wurde auch Vize - Präsident Reif von der Kriegs - Getreide- Verkehrsanstalt zugezogen. In einer nahezu dreistündigen Konferenz wurde zwischen den Ministern und den Gemeinderäten der ganze Komplex der Approvisionierungsfragen für die Stadt Wien einer eingehenden Erörterung unterzogen. Ueber deren Ergebnis wird Bürgermeister Dr. Weiskirchner der nächsten Obmänner - Konferenz Bericht erstatten.

389

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 17. November 1917. Nr. 370.

Die Wohnungsverhältnisse Wiens. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat für den Monat Oktober nachfolgenden Bericht erstattet: Die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat auch im Oktober 1917 und zwar ziemlich erheblich und in allen Wohnungsgattungen abgenommen. Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen ist auf 2543 oder 0,46 % des gesamten Wohnungsbestandes zurückgegangen (im Vormonate 2933 oder 0,53 % des Wohnungsbestandes). Bei den leerstehenden Geschäftslokalen ist auch in diesem Monate ein geringfügiger Rückgang (von 6243 auf 6159) zu verzeichnen. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat zugenommen und zwar von 1563 im Vormonate auf 1891 im Berichtsmo-
nate. Allgemeine Lage des Wohnungsmarktes: Der fortdauernde Rückgang der Leerstehungen hat bereits zu einem vollständigen Mangel insbesondere an größeren und mittleren Wohnungen geführt und das Wohnungsamt veranlaßt, verschiedene augenblicklich in Verhandlung stehende Maßnahmen zu beantragen. Der Bedarf an kleinen Wohnungen kann Dank der momentanen Ständigkeit der Wohnungsverhältnisse noch halbwegs befriedigt werden.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 18. November bis 1. Dezember 1917 werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Großschlächtereier gegen Abtrennung des Abschnittes „H“ des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48h für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Besichtigung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner besichtigte vor einigen Tagen die Wohlfahrts-Institutionen der Frau Anita Müller in der Praterstraße im 2. Bezirk. Der Bürgermeister wurde von Frau Müller, Bezirksvorsteher Dr. Blasel mit Frau, Kommerzialrat Rosenzweig und med. Dr. Weiß empfangen und durch die Räumlichkeiten geführt, in denen sich die Säuglinge- und Wöchnerinnen-Fürsorge, das Mütterheim, die Kinderheilstätte, die Arbeitsschule und die Heimstätte für Frauen und Mädchen und die Suppen- und Teeanstalt untergebracht sind. Der Bürgermeister sprach der Frau Müller für ihre umfassende humanitäre Tätigkeit und für die musterhafte Organisation seinen besten Dank und seine vollste Anerkennung aus.

Erhöhung der Butterpreise. Vom 19. d. M. angefangen wurden die Höchstpreise für ausländische Butter im Kleinverkauf mit 2.16K für ausgeschnittene Ware und mit 2.18K für paketierte Ware festgesetzt.

Fleischabgabe für Mindestbemittelte. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung, wird in der Woche vom 26. November l. J. angefangen an die Mindestbemittelten voraussichtlich wieder Rindfleisch abgegeben werden können. Für die Woche vom 19. November steht zu diesem Zweck nur Schaf-Pöckel-Fleisch aus den Vorräten der n. ö. Statthalterei zur Verfügung, daß gegen Abtrennung des Buchstaben A der neuen amtlichen Einkaufsscheine abgegeben wird. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß Pöckelfleisch überhaupt und insbesondere das jetzt zur Ausgabe kommende Pöckelfleisch ein unansehnliches oft schmutzig graues Aussehen aufweist, weil zum Pöckeln kein Salpeter sondern nur graues Steinsalz zur Verfügung stand, daß dieses Fleisch jedoch trotz seines wenig einladenden Aussehens bei sachgemäßer Zubereitung, wozu vor allem eine gründliche Auswässerung gehört, um das Salz gründlich zu entfernen, ein schmackhaftes und einwandfreies Gericht liefern wird.

Kartoffelabgabe. Morgen Sonntag werden auf den Märkten keine Kartoffel abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des ganzen Abschnittes „G“ der Kartoffelkarte. Es werden al-

so alle 7 Tagesabschnitte „G“ abgetrennt. Die Abgabe erfolgt bei den städtischen Abgabestellen nach Buchstaben in der üblichen Weise.

377
391

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 19. November 1917. Nr. 371.

Wohnungsfürsorge.

Der Gemeinderatsausschuss für städtische Wohnungsfürsorge hielt am 16. d.M. unterm Vorsitz des Gemeinderates Dr. Stich eine Sitzung ab, in der die Frage der Baumaterialien, der Bauarbeiter und der Bauführwerke für die Sicherung des Kleinwohnungsbaues nach dem Kriege erörtert wurde. Ueber den bezüglichen Bericht des Vorstandes des Wohnungsamtes Magistratsrates Dr. Sagmeister entspann sich eine längere Debatte. Oberbaurat Dr. Kapaun legt den Standpunkt des Ingenieur- und Architektenvereines dar und knüpft hieran eine Reihe von persönlichen Anregungen insbesondere hinsichtlich der Sicherung von Baumaterialien durch die Gemeinde Wien selbst, so Teer, Ziegel aus eigenen Werken, Sand u.s.w. und berührte die Frage der Bauordnung, der Anwendung besonderer Baumaterialien, der Grundrieglösung und des Erzeugungszwangs. Dr. Stich betonte die Wichtigkeit der Uebergangswirtschaft und die Notwendigkeit von Maßregeln für die erste Zeit nach dem Kriege. Stadtrat Angermayer erörtert die Frage der aus dem Auslande zu beziehenden Materialien und die Notwendigkeit, die zu treffenden Maßnahmen an bestimmte Mißbrauch ausschließende Bedingungen zu knüpfen. Vizebürgermeister Rain spricht sich für den Produktionszwang, Einfluß auf die Preisbildung und Sicherung eines gewissen Prozentsatzes der Materialien für Kleinwohnungsbau aus. Gemeinderat Partik bezweifelt nach den von ihm gewonnenen Erfahrungen die Möglichkeit einer ersprießlichen Beeinflussung der in Frage kommenden Faktoren durch irgend eine zentrale Organisation. Frau Helene Granitsch wünscht die Beziehung von Vertretern der Mieterschaft und der gemeinnützigen Baugesellschaften in die zu schaffende Hauptstelle und weist auf die Preistreiberei in Häusern hin, welches Wirtschaftsgebiet sie der Preisprüfungskommission unterstellt wissen will. Baumeister Schmidt legt die Gründe dar, weshalb die Baugewerbtreibenden für eine einheitliche Regelung dieser Fragen eintreten, ob dies nun durch eine zentrale Hauptstelle oder etwas Ähnliches geschehe, weil schon heute alle Baumaterialien in Zentralen oder Kartellen einheitlich zusammengefasst seien, den Baugewerbtreibenden jeder Einfluß in diesen Organisationen also fehle. Baurat Beranek verlangt für die zu schaffende Hauptstelle einen möglichst einfachen raschen Geschäftsgang. Baudirektor Goldemund gibt der Meinung Ausdruck, daß ohne eine einheitliche Verfügung die rechtzeitige Inangriffnahme des Wohnungsbaues unmöglich sei und verlangt die Einräumung einer bevorzugten Rangordnung für die Lieferung der Materialien für den Wiener Bedarf. Auch die Uebernahme und Verteilung des militärischen Materiales wäre in die Regelung einzubeziehen. Dr. Stich betont die Wichtigkeit der Finanzierung durch den Staat und nicht durch private Faktoren. Nachdem noch Direktor Gerhold sich den Bedenken des Gemeinderates Partik angeschlossen und Stadtrat Müller die Unterstützung des Staates für den Kleinwohnungsbau überhaupt und insbesondere für die Fertigstellung der in Bau begriffenen und infolge des Krieges nicht vollendeten Häuser gefordert hatte, beschließt der Ausschuss, sich für die einheitliche Regelung der verhandelten Frage auszusprechen, jedoch unter der Bedingung, daß die bei den bisherigen zentralen Organisationen aufgetretenen Uebelstände vermieden werden.

Der Berichterstatter erklärt, daß über die bezüglichen Bedingungen auf Grund der in der Debatte gegebenen Anregungen vom Wohnungsamte einheitlich mit den weiters in Betracht kommenden Fragen insbesondere der Kredit- und Steuerfrage einheitlich werde berichtet werden.

Städtische Strassenbahnen. Der Stadtrat fasste nach einem Antrage des StR. Schneider folgenden Beschluss: Mit der Verschiebung der Haltestelle Versorgungsheimstrasse der Strassenbahnlinie über die Lainzerstrasse zur Verbindungsbahn gilt der Ausnahmstarif von 22 h für eine Fahrt auf der Bahnstrecke Versorgungsheimstrasse - Mauer, dann nur für die Strecke Verbindungsbahn - Mauer. In gleicher Weise wird für den Bezug der Erkennungskarten der Mittelpunkt des Umkreises von der Einmündung der Versorgungsheimstrasse in die Lainzerstrasse zur neuen Haltestelle Verbindungsbahn verlegt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wurden die Erneuerungen der Geleiskreuzungen Lastenstrasse - Schwarzenbergplatz mit einem Kostenbetrag von 16.800 Kronen genehmigt.

Anerkennung. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Rain, dem Magistratsrate Dr. Janock anlässlich der Durchführung der Wohnungszählung in Wien den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Lagerhaus der Stadt Wien. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss die Beschaffung von Kreuzungen und Weichenbestandteilen zur Instandhaltung der Geleiseanlagen des Lagerhauses der Stadt Wien mit dem Gesamterfordernisse von 11.550 Kronen genehmigt. - Die Herstellung von Unterküften für Lagerhausbedienstete in den Anbauten der Speicher im Freudenaue Winterhafen und die Einbauung zweier Rangierpills in die Hafengeleise wurde mit dem Gesamtbetrage von 17.130 Kronen genehmigt.

Lehrer Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Marie Müller Edle von Mullenau und Rosa Rupp zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse; Alois Jalkotzy, Othmar Ludwig, Emil Ploy, Josef Rotkovsky, Otto Dreyseitel und Franz Oehler zu Volksschullehrern 2. Klasse; Anna Beck, Elisabeth Beckert, Martha Dungal, Emma Grund, Johanna Olbrich, Karoline von Spohn, Johanna von Ullmann, Anna Fegssa, Franziska Zimmermann, Alosia Hahmann und Hermine Vasicek zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

20. Jahrgang. Wien, Dienstag, 20. November 1917 Nr 372.

Abgabe von Fettstoffen. Bis auf weiteres wird in der Verteilung der Fettquote der gleiche Vorgang beobachtet, wie in den letzten Wochen. Es werden daher in den städtischen Butterabgabestellen 3 dkg Butter und 3 dkg Margarine, bei den Konsumentorganisationen 3 dkg Butter und 3 dkg Speck ausgegeben werden.

Abgabe von Sauerkraut. Zufolge Erlasses der n.ö. Statthalterei wird die Verteilung des für die Approvisionnement der Bevölkerung Wiens bestimmten Sauerkrautes ausschließlich durch die Gemeinde Wien erfolgen. Eine direkte Belieferung wird nur an jene Konsumentorganisationen stattfinden, welche nach allgemeiner Regelung der Angelegenheit durch das Amt der Volksernährung der Gemeinde Wien namhaft gemacht werden.

Grinzinger Friedhof. Nach dem 1. Dezember d.J. werden die einfachen Gräber des Grinzinger Friedhofes, die in der Zeit vom 31. Mai 1899 bis 1. November 1905 belegt worden sind, wiederbelegt. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederlegung zulässig. Die Gesuche um die Bewilligung zur Enterdigung sind vor dem 1. Dezember 1917 bei dem Wiener Magistrat, Abteilung X (I. Neues Rathaus) einzubringen.

Für die Lehrerbibliotheken. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola den Ankauf des Buches „Was jeder von der Eisenbahn wissen soll“ für die Wiener Lehrerbibliotheken genehmigt.

Weihnachts-Subventionen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Dr. Haas der Direktion des k.k. Wohltätigkeitshauses in Baden für die Weihnachtsfeier 1917 eine Spende von 100 Kronen gewährt. Nach einem Berichte des StR. Tomola wurden den Leitungen der öffentlichen Kindergärten Beträge im Gesamtausmaße von 17.480 Kronen für die Veranstaltung von Weihnachtsfeierlichkeiten bewilligt.

Pferde-Lizitationen. An folgenden Tagen finden in nachbenannten Pferde-Verwertungsstellen (Pferde-Spitälern) Pferde-Lizitationen statt: Micheldorf Bezirk Kirchhof 11. und 24. Dezember, Steyr 22. November und 10. und 22. Dezember, Linz 6. und 20. Dezember, Wels 24. November und 12. und 27. Dezember, Vöcklabruck 26. November und 12. und 28. Dezember, Schärding 29. November und 15. und 29. Dezember, Salzburg 22. November und 10. und 22. Dezember, Bischofshofen-Tummersbach Bez. Zell am See 29. November und 13. und 31. Dezember, Amras 6. und 20. Dezember, Kirchbichl bei Wörgl 7. und 21. Dezember, Bruneck 23. November und 11. und 24. Dezember, Innsbruck 27. November und 13. und 27. Dezember, Absam 28. November und 14. und 28. Dezember, Dornbirn 30. November und 17. und 31. Dezember, Mährisch Neustadt 23. November und 4. und 21. Dezember, Schönbrunn 24. November und 5. und 19. Dezember, Bielitz 10. und 20. Dezember, Teschen 22. November und 3. und 21. Dezember, Wieliczka (Pferde-Res.) 3. und 17. Dezember, Tarnow 23. November und 14. und 28. Dezember, Rzeszow 7. und 21. Dezember, Jaroslau 2. und 16.

Dezember, Sadowi-Wisznie 5. und 19. Dezember, Maksymerice 6. und 20. Dezember, Czerlany 25. November und 9. und 23. Dezember, Sanetc 23. November und 7. und 21. Dezember, Stryj 6. und 13. Dezember, Przemysl 7. und 17. Dezember. Bewerber haben sich mit einer von der politischen Behörde I. Instanz bestätigten Kauflegitimation, welche für alle Kronländer Giltigkeit hat, auszuweisen; Pferde-Händler und Zwischenhändler sind ausgeschlossen; die Ersteher übernehmen bei sonstiger Konventionalstrafe die Verpflichtung, das erstandene Pferd vor Ablauf von 12 Monaten weder zu verkaufen noch zu verschenken.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weisskirchner und in Anwesenheit der VBgm. fand heute die 85. Konferenz der Obmänner der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien statt. Bgm. Dr. Weisskirchner berichtete über den Verlauf der vorwöchentlichen Audienz der Obmänner beim Minister-Präsidenten in Angelegenheit der Wiener Approvisionnementismisere und es gelangte die Konferenz nach Anhörung eines Berichtes des Magistrats-Sekretärs Dr. Roßkopf über die Mehlversorgung Wiens und nach einer Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten, zu folgendem einstimmigen Beschluss: Die Regierung und der Reichsrat werden im Hinblick auf den Ernst der Lage dringend aufgefordert, die nötigen Massnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der städtischen Bevölkerung und besonders jener der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu treffen, da die Städteverwaltungen bei der staatlichen Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel ausserstande sind, aus eigener Kraft die Versorgung der Bevölkerung durchzuführen, daher auch jede Verantwortung ablehnen müssen, wenn sich aus der mangelhaften Versorgung Schädigungen des Gesundheitszustandes und Störungen des Wirtschaftslebens ergeben sollten. Im Laufe der Debatte regte GR. v. Steiner die Forderung nach einem Gesetze an, durch welches die Bevölkerung vor Uebervorteilung beim Verkehre mit Surrogaten geschützt wird. GR. Dr. Hein verlangte, dass an die Regierung die dringende Forderung gerichtet werde, dass der Schleichhandel, der im Wege der Lohnmühlen getrieben wird, mit der grössten Entschiedenheit unterdrückt werde. Magistrats Sekretär Dr. Roßkopf berichtete hierauf über die Fettversorgung und Magistratsrat Dr. Ehrenberg über die Kartoffelversorgung. Letzterer teilte mit, dass Dank des günstigen Kartoffel-Einlaufes der letzten Wochen die Kopfquote von 1½ kg pro Woche bis zum Monate März sichergestellt sei. Die Kartoffelrationierung sei in klagloser Weise durchgeführt worden und es haben die Anstellungen um dieses wichtige Lebensmittel fast gänzlich aufgehört. In Anbetracht des gegenwärtigen ungünstigen Standes der hiesigen Lebensmittelversorgung einigte sich die Konferenz in dem Vorschlage, der Bürgermeister wolle sämtliche Reichsratsabgeordnete der Stadt Wien zu einer Prophegung in das Rathaus einladen.

Der Bericht des Magistrates über die Mehlversorgung folgt abends.

393

Die Brot- und Meherversorgung Wiens.
=====

Schon einmal hat die Gemeindeverwaltung im Wege der Obmännerkonferenz mit allem Nachdrucke ihre warnende Stimme in der Meherversorgung Wiens erhoben und durch eine imposante Kundgebung eine von der Regierung beabsichtigte die Bevölkerung tief schädigende Maßnahme beseitigen können. Es war dies im Jänner 1916, als die Regierung durch ihre Sylvesterverordnung den Mehlpreis geradezu ins Ungeheuerliche steigern wollte, um das angebliche Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt aus der Welt zu schaffen. Die derzeitigen Aussichten für die Brot- und Meherversorgung der Stadt Wien sind nun derartig, daß es einer neuerlichen ebenso eindrucksvollen Kundgebung zu bedürfen scheint, um die Regierung auf ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit eindringlichst aufmerksam zu machen.

Schon seit einiger Zeit, führte Magistrats Sekretär Dr. Roskopf in der heutigen Obmänner-Konferenz aus, wurde konstatiert, daß die Meherversorgung in Stockung gerät. Mit Rücksicht auf die seit Wochen herrschende Transportkrise erschien die Knappheit teilweise gerechtfertigt. Auf Grund des Ergebnisses der Vorsprache des Bürgermeisters und der Obmänner der Gemeinderats-Parteien beim Minister-Präsidenten stellte sich heraus, dass die rumänischen Bezüge der vorjährigen Ernte erschöpft seien und die bis jetzt erfassten Mengen der inländischen Ernte bei weitem nicht hinreichen, den Bedarf zu decken. Die Ernteschätzungen sowohl der rumänischen als auch der inländischen Erzeugung seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben und durch die Lohnmühlerei und den damit begünstigten Schleichhandel seien große Mengen des Ernteertrages der staatlichen Bewirtschaftung entzogen worden.

Dass die Aufbringung der inländischen Ernte speziell in Böhmen und Mähren durch die Resistenz eines Teiles der Produzenten bedeutend geschmälert wurde, haben Herrenhaus-Mitglied Abt Helmer, der Präsident der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates Zuleger und in den letzten Tagen der Genossenschaftsinstruktor Hilmer in Brünn durch ein umfassendes Ziffernmateriale nachgewiesen. Die Aufbringung des Getreides aus diesen gefährdeten Bezirken müste mit aller Energie und sofort durchgeführt werden.

Die Verhandlungen mit Ungarn wegen Getreidelieferungen seien durch die von der ungarischen Regierung verlangten Vorlieferungen von Kohle und anderen Artikeln ins Stocken geraten; Reserven an Brotgetreide rumänischer Ernte oder aus dem Inlande konnte die K.G.V. A. nicht festlegen, so daß tatsächlich für die nächsten Wochen mit einer Brot- und Mehlnappheit gerechnet werden müsse.

Die Gemeindeverwaltung müsse daher mit allem Nachdruck den maßgebenden Faktoren gegenüber erklären, daß eine eventuell beabsichtigte Kürzung der Kopfquote für Brot- und Mehl unter den dermaligen Ernährungsverhältnissen der Bevölkerung unmöglich sei, da ein Ersatz für den Entgang auch nicht einmal in der Form von Kartoffeln geboten werden könne.

Es müsse daher die Regierung an ihre Pflicht gemahnt werden, dafür Sorge zu tragen, daß der Brot- und Kochmehlbedarf in dem bisherigen ohnedies unzulänglichen Quantum aufrechterhalten werde, es müsse weiters bei diesem Anlasse konstatiert werden, daß durch die staatliche Getreidebewirtschaftung der Gemeinde Wien jeder Einfluß auf die Bereitstellung des Getreides und der Mehlprodukte entzogen wurde, daß ferner die Gemeindeverwaltung jede Verantwortung für eventuelle Ausserungen der Unzufriedenheit, ^{die} bei einer Kürzung oder Unterbrechung des Brotbezuges unvermeidlich seien, ablehnen müsse.

Ferner müsse die Obmännerkonferenz mit allem Nachdrucke feierlichen Protest gegen irreführende Verlautbarungen durch die maßgebenden Organe hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung einlegen und die Festlegung einer eisernen Reserve von Brotgetreide für eventuelle Notstände mit allem Nachdruck umso mehr verlangen, als diese Forderung von der Gemeinde Wien seit dem Beginne der staatlichen Getreide-Bewirtschaftung unentwegt aufgestellt wurde, bei den maßgebenden Regierungsorganen aber niemals eine Berücksichtigung gefunden hat.

394

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 21. November Nr 374.

Zum Todestag des Kaisers. Ueber Auftrag des Bürgermeisters wurde heute in der Kapuzinergruft am Sarge des Kaisers Franz Josef I. ein Kranz namens der Gemeinde Wien niedergelegt.

Ueber Veranlassung des Kommandanten des Reservespitals Nr. 12, OSTA. Prof. Dr. Karl Herzfeld, fand heute im Filialspitale Burggasse 37 (Sion-Kloster) ein feierliches Requiem statt. In der mit einem Riesenkataphalk geschmückten Klosterkirche zelebrierte der Feldsuperior Prälat Babuschek unter geistlicher Assistenz ein feierliches Pontifikal-Requiem, zu welchem der Knabenchor des Prof. Peterlini in meisterhafter und vollendeter Weise das Requiem und Libera sang. An diesem feierlichen Requiem nahmen das Offizierskorps, die Aerzteschaft und das Pflegepersonal sowie die kommandierte und kranke Mannschaft des Hauptspitals und sämtlicher Filialen teil.

Magistratsrat Dr. Sagmeister und Baudirektor Stern über das Wohnungsproblem. Im österreichischen Ingenieur- und Architektenverein hielt Magistratsrat Dr. Sagmeister, der städtische Referent für Wohnungsangelegenheiten, einen Vortrag über das Wohnungsproblem nach dem Kriege. Redner konstatierte zunächst, das Wohnungswesen sei so ziemlich das einzige Gebiet, wo in Wien wenigstens die Preisbegrenzung in ausgedehnter Masse gelungen sei. Alle diese Massnahmen seien aber nur provisorisch, die Friedenszeit erheische die Schaffung zahlreicher neuer Wohnungen, wofür wieder die Rentabilität Grundbedingung sei. Sollen die Mieten nicht unerschwinglich verteuert werden, so müssen die Gesteungskosten wirksam vermindert werden. In der Steuerfrage wünscht Dr. Sagmeister eine Begünstigung der neuen Wohnungsbauten unter Beschränkung auf die notwendigsten Wohnungsgattungen. Bei der Erbauung der neuen Wohnungen sei auf die grösste Einfachheit und Vermeidung alles Fassaden- und sonstigen Luxusaufwandes zu dringen, was auch in ästhetischer Hinsicht nur wohlthätig wirken werde. Dagegen müssen die sanitär wichtigsten Forderungen in Bezug auf Licht und Luft erfüllt und gewisse Verbesserungen wie Wasser-, Gas- u.s.w. Versorgung jeder Wohnung unbedingt durchgesetzt werden. Die Bevölkerungszunahme dürfe nicht mehr als Massstab für den Rang und die Stellung einer Stadt gelten. Nicht die zweite oder dritte erreichte Million, sondern das Wohlbefinden der Bewohner seien entscheidend. Demgemäss sei die Zuwanderung zu beschränken, die Abwanderung zu befördern.

Im Anschlusse an diesen Vortrag ergriff der Baudirektor der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft, Ingenieur Ottokar Stern das Wort. Er hob zunächst hervor, dass seines Wissens auch in den Kreisen der Wiener Baumeister die Meinung vorherrsche, dass Steuerfreiheiten im allgemeinen daneben wirken, dass eine Verdichtung oder Erhöhung der Bauweisen ausgesprochen volksfeindlich, dass die Verzögerung der neuen Bauordnung unbegreiflich, die Säuberung des Schätzungswesens ein Bedürfnis und die Regelung des Realkreditwesens unaufschiebbar sei. Redner entwickelte eingehend die analytische Methode der Absonderung der Grundrente aus dem Reinertrage. Es sei nicht nur möglich, die Steuerbegünstigung auf einfache Weise dem Masse der jeweils vorhandenen Bauteuerung anzupassen, sondern auch durch eine fiskalische Inanspruchnahme des willkürlich erzielten Anstieges sowie der Doppelleistung der Grundrente, der entbehrlichen Umbautätig-

keit und einer schädlichen Spekulation entgegen zu wirken.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt im Status der Hauptkassa Karl Walchensteiner und Franz Wessely zu Adjunkten; in der Kanzlei Andreas Wolf zum Offizial und Heinrich Schipper zum Akzessisten; im Zentral-Wahl- und Steuer-Kataster Max Mayr zum Offizial; im Exekutionsamt Johann Spaniel zum Offizial; Franz Tschauner zum Amtsdienner 1. Bezugsklasse.

Pensionierung. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Kanzlei-Direktions-Adjunkten Franz Koch um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Wäscherei - Anlagen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Zatzka die Errichtung einer Wäscherei-Anlage im städtischen Strandbade Gänsehüfel mit dem Kostenbetrage von 19.800 Kronen und nach einem Antrage des StR. Haas die Aufstellung einer Doppel-Trommel-Waschmaschine und dreier Rollwagen für die Wäscherei im städtischen Donaubade 2. Bezirk, Erzherzog Karlplatz mit dem Kostenanschlage von 8000 Kronen genehmigt.

Neue Strassenbezeichnung. Nach einem Antrage des StR. Braun wurde die nächst der Hasenleitengasse in die Fabiganstrasse einmündende Gasse nach dem Riede Unterfeld mit „ Unterfeldgasse “ bezeichnet. Behufs Vermeidung von Verwechslungen mit der in demselben Bezirk gelegenen Drechslergasse wurde nach einem Antrage des StR. Foyer die Draxlergasse im 13. Bezirk nach dem vorletzten Ortsrichter von Baumgarten Martin Westermayer in „ Westermayergasse “ umbenannt.

Zucker - Rayonierung für das Gastgewerbe. Die Gast- und Schankgewerbetreibenden Wiens, sowie die Anstalten, denen bisher von den magistratischen Bezirksämtern Zuckerbezugs-scheine ausgestellt worden sind, haben die Bezugs-scheine für den Monat Dezember bereits in der Zeit vom 24. bis 28. ds. M. bei den nach ihrem Standorte zuständigen magistratischen Bezirksämtern während der Amtsstunden anzusprechen und zu beheben und sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Bezugsscheines behufs Rayonierung bei einem Zuckerverkäufer in die Kundenliste eintragen zu lassen. Der Tag des Eintrittes dieser Rayonierung wird seinerzeit verlautbart werden; bis dahin ist der freie Einkauf wie bisher statthaft. Die Zuckerverkäufer haben abgesondert von der Kundenliste für private Haushaltungen - eine eigene Kundenliste für Abnehmer von Zucker auf Grund von Bezugsscheinen anzulegen. In diese Liste ist der Name, die Art und der Standort des Betriebes oder der Anstalt, sowie die Menge des Zuckers einzutragen. Diese Kundenliste haben sie spätestens am 5. Dezember an die Zuckerzentral-Verteilungsstelle I. Bezirk Schwarzenbergstrasse 3, einzusenden.

395

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 22. November 1917. Nr. 375.

35jähriges Dienstjubiläum. Der Kanzlei - Direktor des Wiener Magistrates kaiserlicher Rat Karl Hönisch feierte heute sein 35jähriges Dienstjubiläum. Am 22. November 1882 trat er in den Dienst des Magistrates, war durch 22 Jahre bis zur Berufung in die Kanzlei-Direktion Kanzleileiter in den magistratischen Bezirksämtern Favoriten und Neubau und erfreut sich stets des grössten Vertrauens seiner Vorgesetzten sowie der allgemeinen Hochschätzung und Verehrung der städtischen Beamtenschaft. Im Vorjahre wurde er durch Verleihung des Titels kaiserlicher Rat ausgezeichnet. Sein Stellvertreter Kanzlei-Vize-direktor Hell an der Spitze der städtischen Kanzleibeamtenschaft und des Amtsdieners-Personales beglückwünschte den Jubilar in einer Ansprache in herzlichster Weise, der Jubilar dankt gerührt für die dargebrachte Ovation.

Angeblich verdorbene Eier. Mit Rücksicht auf die Mitteilung, nach welcher eingelagerte Eier in grossen Mengen verdorben sein sollen, wird vom Rathause festgestellt, dass die von der Gemeinde Wien konservierten Eier sich durchwegs in tadellosem Zustande befinden.

Ankauf einer Plakette. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schwer, die vom Bildhauer R. Pfeffer angefertigte Plakette des P. Conrad Köllner vom Schottenstifte um den Betrag von 500 Kronen für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

Eine neue Realschule. Der Stadtrat fasste nach einem Antrage des StR. Müller folgenden Beschluss: Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, den einmaligen Betrag von 75.000 Kronen zu den Kosten des Neubaus eines staatlichen Realschulgebäudes im XII. Bezirke auf die übliche Weise auch dann zu leisten, wenn dieser Anstaltsneubau sofort nach Beendigung des Krieges in Angriff genommen und tunlichst rasch fertig gestellt wird.

Neubauer Männergesangsverein. Bei der am 14. ds.M. stattgefundenen General-Versammlung des Vereines wurden in die Leitung gewählt: Vorstand Zoll-Inspektor GR. W. Zimmermann; Vorstand-Stellvertreter F. Doneus, H. Etz, A. Wald; Chormeister E. Reim; Chormeister-Stellvertreter A. Parth; Schriftführer K. Wichand, H. Aumeyer, F. Kurtisch, E. Scherer; Kassiers R. Samuch, H. Härtel; Archivare E. Amon, J. Schilling, M. Kampmüller; Fahnenjunker R. Oellacher, A. Skoumal; Standartenträger A. Rosek; Rechnungsführer ^{St. M. Hradsky; Rechnungsführer} H. Bürger; A. Jung; Oekonom M. Winter; Hornwart L. Hubatschek; Sangräte K. Pribelszky, I. Fabian, R. Oellacher, G. Bauer, A. Rosek, M. Kampmüller, H. Philip, H. Wohlwend, K. Mirkwicka, A. Skoumal, H. Perci, Dr. F. Grübler, Prof. V. Römisch. In Anerkennung ganz hervorragender dem Vereine geleisteten Dienste wurden Vorstand W. Zimmermann und Chormeister Prof. E. Reim zu Ehrenmitgliedern des Vereines ernannt. Für 25jährige Zugehörigkeit als ausübendes Mitglied zum Verein wurde Herr Oellacher ein goldener Ring, den Herren F. Kugler jun, H. Pichelbaumgartner und L. Reschenhofer für 10jährige Zugehörigkeit als ausübende Mitglieder das silberne Vereinszeichen überreicht. Samstag den 2. Februar 1918 veranstaltet der Verein für den Witwen und Waisenfond des Inf. Rgt. Hoch- und Deutschmeister Nr 4 im grossen Konzerthaus-Saale ein Konzert unter Mitwirkung ganz hervorragender Kunstkräfte.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 23. November 1917. Nr 376.

Die Beheizung der Kinos. Der Landesverband der Kinobesitzer hat sich bekanntlich in einem Majestätsgesuch an den Monarchen mit der Bitte gewendet, das Heizverbot für Kinos, das den Ruin ihres Gewerbes bedeuten würde, aufzuheben und Bürgermeister Dr. Weisskirchner hat über die Bitte des Landesverbandes beim Minister für öffentliche Arbeiten Ritter von Homan im Sinne der Bewilligung interveniert. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat nunmehr verfügt, dass die Kinotheater mit Altholz geheizt werden dürfen.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hierhammer dem Ansuchen des Magistratsrates Oskar Koniakowsky zur Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Magistratsrat Koniakowsky stand durch 28 Jahre im Dienste der Stadt Wien und war eine Zeit lang Vorstand der Magistrats-Abteilung für Gesundheitswesen; einen grossen Teil seiner Dienstzeit verbrachte er im magistratischen Bezirksamt Rietzing. Er war ein pflichtgetreuer Arbeiter und ein Freund der ihm unterstehenden Beamtenschaft und erfreute sich wegen seines entgegenkommenden Wesens allgemeiner Beliebtheit.

WIENER STADTRAT.

Sitzung am 23. November.

Vorsitzende die VB. Hierhammer, Hoss und Rein.

Der vom StR. Heindl vorgelegte Entwurf für die Instandsetzung von Wohnungen im Bürgerspitalfondshause I. Gonzagagasse 21 für Zwecke des städtischen Jugendamtes wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 19.877 Kronen genehmigt.

Nach einem Bericht des StR. Schwer wird die Anschaffung einer Gummiplatte im Gewichte von rund 100 kg für Zwecke der Schlauch- und Kraftwagenluftreifen-Ausbesserung mit den Kosten von 9459 Kronen genehmigt. Der Anschaffung von Plattensätzen für die Akkumulatoren-Batterien der Feuerwehr Kraftwagen wird mit dem Kostenbetrage von 12.000 Kronen zugestimmt; die Instandsetzung eines schadhaft gewordenen Feuerwehr-Automobiles wird mit dem Kostenbetrage von 4484 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Poyer wird die Anlage von 446 eigenen Gräbern auf dem Baumgartner Friedhofe mit dem Kostenbetrag von 17.000 Kronen genehmigt.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse um den Preis von K 10.20 für 1 kg an folgenden Stellen verkauft:
J. Leiss, 1. Bezirk Singerstrasse; J. Filiph, 2. Bezirk Markt im Werd;
A. Dechant, 3. Bezirk Grossmarkthalle; A. Brunner, 4. Bezirk Naschmarkt; G. Walla, 4. Bezirk Weyringergasse 28; R. Simatovitsch, 5. Bezirk Schönbrunnerstrasse 29; J. Zitterbart, 6. Bezirk Markthalle Damböckgasse;
F. Mesgolitsch, 7. Bezirk Markthalle Burggasse; K. Wlassaty, 8. Bezirk Markthalle Stadiongasse; A. Pangler, 9. Bezirk Markthalle Nussdorferstrasse; K. Czerman, 10. Bezirk Markt Eugenplatz; J. Gugitscher, 11. Bezirk Markt Enckplatz; A. Greil, 12. Bezirk Markt Meidling; S. Antl,

13. Bezirk Meisselstrasse; A. Stritzl, 15. Bezirk Reithoferplatz;
F. Barilitsch, 16. Bezirk Nep. Bergerplatz; P. Sedmik, 16. Bezirk Brunnengasse; J. Frotzler, 17. Bezirk Bergsteiggasse 12; K. Schmalzbauer, 18. Bezirk Kutschkergasse 24; M. Basteiner 20. Bezirk Markt Hannoverplatz; B. Filipitsch, 21. Bezirk Markt am Spitz.

Der Weihnachtsmarkt am Hof. Von der Aufstellung der hölzernen Markthütten für den diesjährigen Weihnachtsmarkt durch die Firma Hermann Otte, welche vertraglich hiezu verpflichtet wäre, wurde mit Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufenen aussergewöhnlichen Verhältnisse Umgang genommen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Heindl beschlossen, die Abhaltung des diesjährigen Weihnachtsmarktes in der von der Genossenschaft des Marktfahrer vorgeschlagenen Weise zur Kenntnis zu nehmen. Danach wird den Genossenschaftsmitgliedern gestattet, den Weihnachtsmarkt, welcher am 30. November beginnen und am 28. Dezember enden soll, lediglich mit den sonst gebräuchlichen Kirchweihständen beschicken zu dürfen. Da für künstliche Beleuchtung nicht vorgesorgt werden kann, so wird der Markt an jedem Tag mit Einbruch der Dunkelheit geschlossen werden. Aus feuerpolizeilichen Rücksichten wird in den Nachtstunden ein Wachtposten der städtischen Feuerwehr aufgestellt werden.

Besuchszeit in den städtischen Bädern. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Besuchszeit der städtischen Bäder mit Rücksicht auf die vor kurzem erschienene ministerielle Verordnung wie folgt festgesetzt: Brausebäder am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, am Samstag von 8-12 Uhr vormittags und von 2-8 Uhr nachmittags, im Bedarfsfalle auch von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags; an Sonn- und Feiertagen von 7 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags. Für Dampf- und Wannenbäder am Dienstag und Donnerstag von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, am Mittwoch und Freitag von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, am Samstag von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends, am Sonntag von 7 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags; der Montag bleibt frei, um Reinigungsarbeiten vorzunehmen und um dem Personal den zustehenden freien Tag zu gewähren.

397

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 24. November 1917. Nr 377.

Fleischabgabe für Mindestbemittelte. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird vom 26. l.M. angefangen wieder Rindfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufscheine und zwar gegen Abtrennung des Buchstaben B abgegeben werden.

Abgabetermine: Montag, 26. November für A - F, Mittwoch, 28. November für G - K, Donnerstag, 29. November für L - R, Samstag, 1. Dezember für S - Z.

Entfallender Empfang des Bürgermeisters. Infolge dienstlicher Verhinderung entfällt der Empfang des Bürgermeisters Dr. Weisskirchner am Montag den 26. ds.M.

Weihnachts-Hilfsverein städtischer Angestellter. Die Vereinsleitung des Weihnachts-Hilfsvereines städtischer Angestellter der Gemeinde Wien für Pensionisten, Witwen und Waisen macht aufmerksam, dass setzungsgemäss am 1. Dezember das Vereinsjahr 1917 endet und etwaige Rückstände der jährlichen Mindesteinzahlung von 12 Kronen noch vor dem 2. Dezember 1917 eingezahlt werden müssten, ansonsten die Mitgliedschaft erlöschen würde.

Die Forste der Stadt Wien. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer, dem Ansuchen des Forstrates i. P. Emil Klier um Enthebung von der Oberaufsicht über die in Wien und deren Umgebung befindlichen Gemeinde- und Bürgerspitalsforste stattzugeben und aus diesem Anlasse dem Genannten den Dank und die Anerkennung des Stadtrates auszusprechen. Mit der Oberaufsicht wird ab 1. Dezember 1917 der städtische Forstrat Julius Kluss betraut.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Richard Sickinger und Dr. Anton Marschner zu Magistrats-Sekretären, Dr. Hans Pamperl zum Magistrats-Oberkommissär, Dr. Georg Philp zum Magistrats-Konzipisten; Johann Kornherr, Karl Palisa und Josef Frohaska zu Bauinspektoren; Johann Herrmann zum Bauaufsichtsoberrevidenten 2. Klasse, Alois Lenz zum Bauaufsichtsassistenten; Wolfgang Wozelka und Gustav Gradwohl zu Rechnungsassistenten; Walter Kleemann zum Hauptkasse-Akzesisten; Wilhelm Paul Bernatz zum Kanzlei Oberoffizial, Alfred Nürnberger zum Kanzlei Offizial. - Der Primararzt des Erzherzogin Maria Theresia-Sechospizes der Stadt Wien in San Pelagio Dr. Alfred Schilcher wurde in die 7. Rangsklasse befördert.

Kartoffelabgabe. Morgen Sonntag werden auf den Märkten keine Kartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes „H“ der Kartoffelkarte. Die Kartoffeln werden bei den städtischen Abgabestellen an die Haushaltungen nach dem Anfangsbuchstaben des Zunamens in der üblichen Weise abgegeben.

Bezirksratsitzung. Die Vertretung des Bezirkes Mariahilf hält am 29. d.M. 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

398
398
Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 26. November 1917. Nr. 378.

Die Wiener Abgeordneten im Rathause.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Obmänner Konferenz hatte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Wiener Abgeordneten und die Parteiobermänner des Wiener Gemeinderates heute ins Rathaus eingeladen, um die gegenwärtige Lage der Mehlversorgung der Stadt Wien zu besprechen. Der Einladung hatten Folge geleistet die Reichsratsabgeordneten Dr. Viktor Adler, Dr. Josef von Böckl, David, Kommerzialrat Denk, Domes, Forstner, Friedmann, Ganser, Dr. Hellinger, Hofrat Freiherr von Hock, Kuhn, Kuranda, Leuthner, Dr. Matzja, Dr. Neumann, Dr. Ofner, Reifmüller, Reumann, Seitz, Sevar, Schögl, Volkert, Dr. Weber, Wiedholz, Winter und Zenker. Ferner waren anwesend die VB. Hieshammer, Hoss und Rain, Landesausschuss Regierungsrat Sturm und in Vertretung der Gemeinderatsparteien die GR. von Steiner, Leitner, Dr. Hein und Dr. von Dorn.

Bgm. Dr. Weiskirchner begrüßte die Herren und sprach ihnen seinen verbindlichsten Dank aus, dass sie der Einladung Folge geleistet. Er skizzierte kurz die Ursache der Einladung und sagte, dass der Ernst der Lage und die Not des Volkes der Zusammenfassung aller verantwortungsvollen Faktoren bedürfe. Die Besprechung habe keineswegs den Zweck, die Verantwortung des Bürgermeisters oder der Gemeinde zu entlasten. Der Zweck sei hauptsächlich den Wiener Abgeordneten Informationen vom Stadtpunkte der Stadtverwaltung zu geben und ihnen Anträge zu unterbreiten, die sie zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion machen können. Es könnte allerdings die Frage aufgeworfen werden, warum die Stadtverwaltung erst jetzt an die Vertreter im Abgeordnetenhaus herantrete. Es sind im Laufe der Kriegsmomente wiederholt schwere Krisen in der Ernährungsfrage aufgetreten sie waren aber voneinander und wurden einestheils durch die bewunderungswürdige entwegungsvolle Opferwilligkeit der Bevölkerung, andererseits durch Massnahmen der Regierung und der Gemeinde überwunden. Der jetzige Notstand berge aber Gefahren in sich, die wohl mit früheren Zuständen nicht zu vergleichen seien, hervorgerufen durch die Länge des Krieges und durch die schwierige Stellung des Ernährungsamtes, das nicht mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sei. Andererseits sei es eine Tatsache, dass die Militärverwaltung die Tragfähigkeit der Bevölkerung des Hinterlandes zu überschätzen geneigt ist. Auch der Minister des Aeussern mische sich bei seinen Erwägungen über die Richtlinien der auswärtigen Politik nicht bloss von unseren glänzenden militärischen Leistungen leiten lassen, sondern auch die Verhältnisse im Hinterlande würdiger zur Knappheit der Lebensmittel geselle sich eine erge Transportkrise, welche eine Einschränkung der Kohlenzufuhr, die bereits zur Einstellung von einzelnen industriellen Betrieben in der Provinz geführt habe, was wieder Arbeitslosigkeit nach sich ziehe. Wenn nun zur Unterehrnährung und Kälte noch Arbeitslosigkeit tritt, dann ist es gewiss gerechtfertigt, dass bei einem solchen Notstande alle Vertrauensmänner der Bevölkerung Wiens im Wiener Rathause zusammentreten. Gewiss besteht auch in anderen Städten insbesondere in den Städten Böhmens ein Notstand, der aber bei uns durch die Zahl der Bevölkerung - Wien hat doch eine Bevölkerung von fast 2 1/2 Millionen Einwohnern - potenziert wird. Wir leiden ja auch an einer Knappheit an Milch, Petroleum und

Kohle, der Fettmangel ist sehr gross, aber nach meiner Ueberzeugung, sagt der Bürgermeister, ist eine Brotnot das Aergste, was die Bevölkerung treffen könnte.

Der Vorstand des städtischen Brot- und Mehlautes Magistrats Sekretär Dr. Roskopf erstattete sodann einen eingehenden Bericht über den ganzen Komplex der Brot- und Mehlf Frage. Er schilderte zunächst die Massnahmen der Gemeinde Wien: Forderung der Festsetzung von Höchstpreisen im August 1914 und Wiederholung dieser Forderung am 30. September 1914; Aufhebung der Getreidezölle, Begünstigung der Einfuhr aus neutralen Ländern und Erlassung eines Ausfuhrverbotes. Noch im August 1914 wurden grössere Mengen Getreide aus Ungarn von der Gemeinde angekauft, im Oktober desselben Jahres wurde ein Schluss auf ziemlich bedeutende Maismengen aus Rumänien gemacht, die allerdings erst im April 1915 zur Ablieferung kamen. Im März 1915 wurde das städtische Brot- und Mehlaut geschaffen. Nachdem durch die Speiserverordnung im Februar 1915 der Handel mit Mehlprodukten vollkommen lahm gelegt war, wurde die Ermächtigung eingeholt, in 5 politischen Bezirken Nieder-Oesterreichs Getreide für die Stadt Wien zu requirieren und mit vieler Mühe wurden rund 1000 Waggons Getreide aufgebracht. Im Juni 1915 gelang es dem Bürgermeister 1400 Waggons Mehl aus dem Deutschen Reiche für die Stadt Wien zu erhalten. Seit der staatlichen Beschlagnahme des Getreides im Herbst 1915 war es sehr schwer, irgend einen Einfluss auf die Beschaffung von Mehlprodukten zu nehmen und die Gemeinde hat immer mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen, um die für die Stadt Wien erforderlichen Mengen von der K.G.V.A. zu erhalten. Die Gemeinde Wien arbeitet seit jeher darauf hin, eine eiserne Reserve an Mehlprodukten sich zu verschaffen. Dies gelang ihr auch im Jahre 1915, aber der ganze Vorrat von rund 1200 Waggons wurde von der K.G.V.A. nach und nach abgehoben ohne dass dem Versprechen gemäss Ersatz geleistet wurde. Seit dieser Zeit lebt der grosse Konsumplatz Wien von der Hand in den Mund, weil es seit März 1916 nicht mehr gelungen ist, auch nur die geringste eiserne Reserve zu erhalten.

Der Redner behandelt sodann die Einflußnahme der Gemeinde Wien auf die Erstellung der Mehlpreise, bespricht den Ankauf der Vonwiller Mühle und die Lagerhausanlagen der Stadt Wien, welche im Stande sind, 10.000 Waggons Mehlprodukte, das ist den halben Jahresbedarf von Wien, zu fassen.

Nach einer Darstellung der bisherigen Tätigkeit des städtischen Brot- und Mehlautes, welche 24.840 Waggons Mehl mit einem Geldumsatze von ungefähr 137 Millionen Kronen verteilte, ging der Berichterstatter an die Besprechung der gegenwärtigen Verhältnisse. Nachdem zuerst mitgeteilt wurde, dass unsere Ernte sehr günstig und die Ausfuhr von Getreide aus Rumänien vielversprechend ist, wurde vor einigen Tagen vom Minister Höfer erklärt, dass der Ernteertrag heuer schlecht sei und dass die alten Erntebestände in Rumänien erschöpft sind. Der Versorgungsplan der Regierung sei wie sich jetzt herausgestellt - verfehlt gewesen. Infolge der passiven Resistenz eines Teiles der Produzenten ist die Erfassung der restlichen Bestände der inländischen Ernte in Frage gestellt, durch die Futternot werden große Mengen edlen Getreides verführt. Ein weiterer Uebelstand werde durch die kleinen Lohnmühlereien hervorgerufen, da sie nicht kontrolliert werden können und infolgedessen sich ein ganz bedeutender Schleichhandel entwickelt habe. Weiters fehlen uns heutzutage bisher die Anlieferungen aus Ungarn, welche im vorigen Jahre trotz einer viel schlechteren Ernte doch nach Oesterreich kamen.

Der Referent kommt auch auf die Ernteverhältnisse in Deutschland zu sprechen, welche in einer Verlautbarung der Regierungskreise niedergelegt sind, woselbst der gesamte Getreide- und Mehlbedarf für das Wirtschaftsjahr 1917/18 in Deutschland bereits sichergestellt ist. Er verweist auf die Massnahmen, welche eine Produktionssteigerung bewirken sollen, bespricht die Anbau und Erntestatistik und deren Durchführung und erklärt schliesslich, dass durch die einseitige Erhöhung der Preise einzelner Agrarprodukte eine Produktionssteigerung kaum bewirkt werden könne, da unbedingt eine Preisrelation zwischen den Bodenprodukten einerseits, Vieh, Fett und Milch andererseits beigelegt werden müßte. Der Referent kommt schliesslich zu folgenden Anträgen:

1.) Erfassung und unverzügliche Aufbringung der inländischen Ernteerträge - eventuell im Wege von Zwangsmassnahmen - und zweckmäßige Verteilung. Schaffung eines eisernen Vorrates an Brotgetreide und Mehl für den größten Konsumplatz des Reiches und Stabilisierung der Ausmahlungs-Vorschriften für Brotgetreide.

2.) Abschluß von langfristigen Lieferungsverträgen in Brotgetreide und Mehl mit der ungarischen Regierung und sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit Deutschland hinsichtlich der Gewährung von ständigen Mehlaushilfen.

3.) Schleunige Erfassung und Heranbringung der Getreideerträge in den okkupierten Gebieten, insbesondere in Bessisch-Polen, Rumänien und Venetien, sowie schleunige Ueberweisung der für den Heeresbedarf entbehrlichen Mengen aus diesen Gebieten an die großen Konsumplätze des Hinterlandes.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wünscht noch die Aufnahme eines 4. Punktes: Die Regierung sei aufzufordern, größere Kartoffelmengen der Stadt Wien beizustellen, damit für den Fall, als die Kopfquote an Brot und Mehl verringert werden müßte, der Bevölkerung durch die Zuweisung einer größeren Kopfquote an Kartoffeln ein Ersatz geboten würde.

R.R. Dr. Ofner erklärt namens der deutschfreihheitlichen Vereinigung des Abgeordnetenhauses, dass deren Vertreter bereit sind, nach Möglichkeit auch weiterhin im Interesse der konsumierenden Bevölkerung der Stadt Wien zu wirken. Seine Parteigenossen können jedoch irgend eine Verantwortung nicht übernehmen, sie seien jedoch gerne bereit, mitzubedenken, um die bestmöglichen Zugeständnisse von der Regierung zu erreichen. Der Redner wünscht, dass die Regierung nicht einmal die Verhältnisse in rosigen und das andere Mal in ungünstigstem Licht darstelle, je nachdem es das Interesse der Regierung verlange, sondern dass sie jedesmal die wirklichen Verhältnisse sowie sie bestehen schildere. Redner wünscht ferner, dass sowohl bei der Aufbringung des Getreides als auch bei Bestrafungen gross und klein in gleicher Weise behandelt werde.

R.R.A. Seitz führt aus, dass die heutige Besprechung ein wenig zu spät kommt, nichtsdestoweniger wollen wir aber in jedem Zeitpunkte unser möglichstes tun. Was uns anbelangt, haben wir ja sofort bei Beginn des Krieges einen vollständigen Plan entworfen für die Gestaltung der Produktion und Konsumtion auf gesellschaftlicher Basis, gegen den niemand ernste Einwendungen erhoben hat, der aber nie verwirklicht wurde. Soweit aber solche Massnahmen getroffen wurden, leiterten sie an der Schwäche der staatlichen Organe. Klagen nützen uns aber nichts, wir haben bestimmte Vorschläge der Gemeinde vor uns und wir können nur erklären, daß wir nach wie vor für die Verwirklichung dieser Forderungen eintreten werden, soweit unsere Macht reicht. Es wäre nur noch die Frage zu erwägen, ob man nicht auch im Bezug auf die Kohlenversorgung das besondere Augenmerk der Regierung und des Parlaments auf die Gefahren lenken soll, die uns drohen.

Abgeordneter Friedmann betont, daß es notwendig sein werde nicht nur die Regierung sondern auch unmittelbar die maßgebenden militärischen Kreise auf die drohenden Verhältnisse aufmerksam zu machen und bespricht unser wirtschaftliches Verhältnis zu Ungarn, Dieses von der Hand in den Mund leben ^{in sein Gefaß} die je rascher desto eher abgewendet werden müsse.

R.R.A. Reumann: Die Meinung, dass eine noch größere Not vom Volke ertragen werden könnte, sei ^{eine} durchaus irrige und die Regierung müsse sich mit den Gelehrten vertraut machen, dass unter allen Umständen eine Aenderung Platz greife. Auch er stehe auf dem Standpunkte, dass auch die Kohlenfrage mit aufgenommen und darauf hingewiesen werde, daß durch die Kohlennot tausende von Arbeitern brotlos werden. Wir müssen zu, mindest verlangen, dass die Regierung diese Arbeiter für die Zeit der Arbeitslosigkeit ausreichend finanziell entschädige. Wenn gesagt worden ist, dass man früher hätte zusammentreten sollen, müsse Redner sagen, dass man ja wiederholt gemeinsam mit der einen oder anderen Forderung an die Regierung herangetreten sei; andererseits habe am Anfang niemand eine Ahnung gehabt, wie lange der Krieg dauern werde.

R.R.A. Dr. Heilinger bemängelt die zu spät erfolgte Rayonierung der wichtigsten Artikel. Zu Punkt 2 schlägt er vor, dass für Ungarn die Einführung der gleichen Kopfquote für die Cerealien wie in Oesterreich verlangt werde, ebenso die gleichen Höchstpreise. Schließlich tritt Redner für die Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsamtes ein.

R.R.A. Dr. Adler: Aus dem Referat ^{sei} zu entnehmen, dass wir nunmehr von der Hand in den Mund leben, in dieser Hand ^{sei} aber nichts mehr drinnen. Dieses Gefühl habe man schon lange, wenn es aber jetzt amtlich bestätigt werde, sei dies eine traurige Tatsache. Die Gemeindevertretung und der Bürgermeister können überzeugt sein, dass, was an den Abgeordneten liege, geschehen werde, was geschehen könne. Alle diese Forderungen seien wiederholt gestellt worden, aber bisher daran gescheitert, dass wir keine staatliche Verwaltung haben, die mit solcher Macht ausgerüstet wäre, daß sie auch auf dem flachen Lande feststellen lassen könnte, was noch an Vorräten vorhanden ist, von der Aufbringung gar nicht zu reden. Als einziges derzeitiges Hilfsmittel würde Redner die Erfassung der sogenannten italienischen Beute, die ja zum größten Teile aus Nahrungsmitteln bestehen soll, sehen, wozu von der Regierung die notwendigen Transportmittel beizustellen wären.

R.R.A. Dr. Weber erklärt ebenfalls, für die Durchführung dieser Aktion voll und ganz eintreten zu wollen; er halte es für zweckmäßig einen entsprechenden Antrag im Parlamente anzubringen und denselben auch im Ernährungsausschusse mit aller Energie zu betreiben.

R.R.A. Kuranda erklärt, es müsse gegenüber den Agrariern mit Entschiedenheit aufgetreten werden. Wo es sich um agrarische Angelegenheiten handelt, seien Deutsche und Tschechen einig; bei Vertretung städtischer Interessen sei eine solche Uebereinstimmung leider nicht zu erzielen.

R.R.A. Zenker: Die R.R.A. seiner Partei werden stets bereit sein, den Interessen der gemeindlichen Vaterstadt und der Bevölkerung zu dienen und sind sich dessen bewusst, dass eine Stadtnot des grössten Gemeinwesens gleichzeitig eine Reichsnot ist. Es wäre keine Befriedigung, wenn die Abgeordneten aus dem Saal gehen und nichts anderes beschliessen, als die Regierung aufzufordern, dem Uebelstand abzuhelpen. Die 32 Abgeordneten der Stadt Wien könnten, wenn sie geschlossen auftreten, und ihre Stimmen in die Wagschalen werfen, die vorliegende Aktion als eine parlamentarische Aktion durchführen.

R.R.A. Seitz schlägt vor, es möge eine Konferenz sämtlicher Wiener Abgeordneter mit der Regierung einberufen werden, zu welcher insbesondere der Ministerpräsident, der Kriegsminister, Ernährungsminister, Landesverteidigungsminister, Eisenbahnminister, Minister für öffentliche Arbeiten, sowie der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungschusses einzuladen wären.

Bgm. Dr. Weiskirchner befürwortet bestend diesen Vorschlag.

R.R.A. Dr. Neumann erklärt sich ebenfalls für diesen Vorschlag, glaubt aber, dass wenn dieser Vorschlag nicht zu einem Ziele führe, schärfere Massnahmen seitens der Abgeordneten zu ergreifen wären.

R.R.A. Freiherr von Hosk wünscht, dass der Konferenz auch der Minister des Innern zugezogen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner resumiert zum Schlusse, dass gegen die vorliegenden Anträge keine Einwendung erhoben wurden. Der Punkt 2 werde im Sinne des Antrages Heilinger ergänzt werden und als Punkt 5 der Antrag Seitz aufgenommen werden, die Regierung wäre aufzufordern, nicht nur für die Beistellung des nötigen Haus- und Küchenbrandes zu sorgen, sondern auch für den Bedarf der Industrie in einem solchen Ausmasse, dass die Gefahr einer Arbeitslosigkeit abgewendet wird.

Im Auftrage sämtlicher 32 Abgeordneten Wiens werde er an den Ministerpräsidenten das Ersuchen richten, die Einberufung einer Konferenz zwischen den Wiener Abgeordneten und der Regierung zu veranlassen. Von letzterer seien insbesondere der Ministerpräsident, Kriegsminister, Minister des Innern, Eisenbahnminister, Minister für öffentliche Arbeiten, Landesverteidigungsminister, Ernährungsminister, ein Vertreter des Armeekorps Oberkommandos und Generalmajor von Landwehr beizuziehen.

Mit dem Ausdrucke des verbindlichsten Dankes schloss der Bürgermeister nach dreistündiger Dauer die Besprechung.

20. Jahrgang. Wien, Dienstag, 27. November 1917. Nr. 379.

Das Fleischhauergewerbe im Kriege.

Die diesjährige Genossenschafts-Versammlung der Wiener Fleischhauer war ausserordentlich zahlreich besucht und den grössten Raum in der Beratung nahm das Referat des geschäftsführenden Vorsteher-Stellvertreters Schedl über die Lage im Gewerbe ein. Er besprach zunächst die gegenwärtige Beschickung der Märkte und die Aufteilung von Vieh und Fleisch an die Mitglieder der Genossenschaft. Durch den langen Krieg sei die Fleisch- und Fettnot leider eine immer grössere geworden und es lasse sich für die verantwortlichen Stellen nicht leicht jener Ausweg finden, welcher für die Verbraucher und für das Gewerbe als geeignet bezeichnet werden könnte, eine auf alle Schichten gleichmässig aufgeteilte Fleischrationierung herbeizuführen. Die Einführung einer Fleischkarte oder einer anderen Form der Fleisch-Regelung sei in erster Linie an dem bestehenden Fleischmangel gescheitert. Die Behauptung, dass der Viehstand Oesterreichs nicht zurückgegangen sei, müsse bezweifelt werden, da die Beschickung der Wiener Märkte im allgemeinen so ungünstig ist, dass die Marktkommission oft nicht die Möglichkeit hatte, nach Deckung des notwendigsten Bedarfes für das Militär und die Kriegsindustrie ^{der} Fleischhauer mit dem verbleibenden Rest von einigen 100 Rindern zu betheiligen. Die Ursache der geringen Vieh- und Fleischzuweisungen sei darin gelegen, dass die Stadt Wien von allen Kronländern mit Ausnahme von Niederösterreich hinsichtlich der Belieferung ziemlich stiefmütterlich behandelt werde. Da nach Wien nur das leichteste und mindeste Vieh geliefert werde, ergebe sich infolge der minderen Qualitäten eine sehr geringe Fleischausbeute. Gegen die Absicht der österreichischen Statthalterei, das bisherige Kontingent an Lebendvieh nunmehr in geschlachtetem Zustand nach Wien zu bringen, habe sich die Genossenschafts-Vorstellung mit Entschiedenheit gewendet. Das Fleisch, welches aus Oberösterreich und Böhmen hierher komme, müsse in Wien um 1 - 2 Kronen im Grosseinkaufe höher gezahlt werden, als in Oberösterreich für prima Fleisch im Detail bezahlt wird. Die Genossenschaft habe auch schon wiederholt dagegen protestiert, dass Steiermark und Mähren sämtliches Vieh an die erste Wiener Grossechlächterei A.G. liefern, welche auch beim Bezuge von Kälbern, Schweinen und Fett bevorzugt werde. Auch von den 12 - 1300 Stück Kälbern, welche allwöchentlich nach Wien kommen, erhalten die Wiener Fleischhauer nur einen geringen Teil. Nachdem der freie Viehverkehr von Ungarn nach Oesterreich seit jeher gestattet war, hätte die österreichische Regierung gegen die Festsetzung eines Kontingentes von 4000 Rindern monatlich Einwendung erheben sollen, da sich in Ungarn noch viel und gutes Vieh befindet, welches ohne Schaden für die dortige Landwirtschaft abgegeben werden kann.

Auch in der Fettfrage habe das Fleischhauergewerbe wenig Entgegenkommen bei der Regierung gefunden. Während im Vorjahre den Fleischhauern noch 25 % ^{von ihrem Fett} ihrer eigenen Schlachtungen belassen wurden, müssen nunmehr die Fleischhauer sämtliche Fettmengen abliefern und sind nicht im Stande auch nur die kleinste Menge Fett an ihre Kunden abzugeben.

Auch hinsichtlich der Regelung der Häutepreise habe die Genossenschafts-Vorstellung wiederholt bei den Behörden vorgesprochen. Bei den heutigen hohen Schupreisen könne mit Recht verlangt werden, dass das richtige Verhältnis zwischen den Häute- und Lederpreisen hergestellt werde und zwar im Interesse der Verbraucher, da die Fleischhauer die niedrigen Häutepreise bei den Fleischpreisen ein-kalkulieren müssen.

Der Berichterstatter erwähnt auch die überraschende Tatsache, dass im heurigen Jahre ungefähr 250 neue Genossenschafts-Mitglieder inkorporiert wurden. Bei der geringen Menge von Vieh und Fleisch, welches derzeit zur Verfügung stehe, sei es nicht von Vorteil, dass fremde Elemente in die Genossenschaft aufgenommen werden, weil dadurch die ohnedies schwere Existenz der Fleischhauer von einer schweren Schädigung bedroht sei.

Vorsteher-Stellvertreter Schedl erwähnt noch, dass hinsichtlich der geplanten Einführung der Zentral-Schlachtungen eine eigene Genossenschafts-Versammlung einberufen werde, und stellt schliesslich folgende Anträge:

Das für die Approvisionierung Wiens bestimmte Kontingent von Schlachtvieh aus den einzelnen Kronländern soll unbedingt lebend angeliefert werden, damit die Innerereien in Wien verwertet werden können und durch die Nebenprodukte die Erhaltung unserer Wirtschaftsinstitute ermöglicht ist; Uebernahme der sämtlichen eingelieferten Kälber durch die Wiener Marktkommission und Verteilung an die Fleischhauer.

Sicherung der Ueberlassung von mindestens 25 % des abgelieferten Rohschliffes, entweder als Rohfett oder in Form von geniessbaren Margarinen für unser Gewerbe, zur Abgabe an unsere Kunden gegen Fettkarten und Regelung der Häutepreise.

Vorstellung bei der politischen Behörde wegen Erlassung einer Verordnung, bezüglich der Hintanhaltung von Gewerbeanmeldungen solcher Personen, welche nicht vor dem Kriege in Wien Fleischhauer gewesen sind.

Vorsteher-Stellvertreter GR. Eder besprach die Fleischverteilung in der Grossmarkthalle und erwähnte, dass das Volksfleisch für mehr als 300 Mitglieder der Genossenschaft ein Glücksfleisch gewesen sei, da sie nur auf diese Art ihre Existenz während des Krieges erhalten konnten. Bei dem Verkehre mit Volksfleisch habe sich ein Ueberschuss herausgestellt, der dazu dienen soll, den Fleischhauern, welche an der Front für das Vaterland kämpfen, nach ihrer Rückkehr die Wiederaufricht ihrer Geschäft zu ermöglichen.

Die vorgelegten Anträge wurden zum Beschluss erhoben und den beiden Vorsteher-Stellvertretern wurde einstimmig der Dank der Versammlung für ihre opferwillige und erfolgreiche Tätigkeit während des Krieges im Interesse der Genossenschaft ausgesprochen.

Mit dem Wunsche, dass baldigst der Friede und damit wieder eine bessere Zeit für die Bevölkerung und das Gewerbe komme, schloss Vorsteher-Stellvertreter Schedl die Versammlung.

Eiserne Salvator-Medaille. An die mit der eisernen Salvator Medaille auszuzeichnenden Personen werden Verleihungs-Urkunden hinausgegeben werden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schrey, zur Erlangung geeigneter Entwürfe für diese Urkunden einen beschränkten Wettbewerb auszuschreiben.

330
400

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 28. November 1917. Nr. 330.

Verteilung von Preisen an Kriegsgemüsegärtner und Schulkinder.

Am 25. November fand durch Bgm. Dr. Weiskirchner im Festsaal des Neuen Rathauses die feierliche Ueberreichung der vom Stadtrate bewilligten Preise für besonders zweckmässige und eifrige Bearbeitung von Kriegsgärten durch Schulen und Kriegsgemüsegärtner statt. Zu der Feier hatten sich eingefunden: VB. Hoss, die GR. Aichhorn, Daberkov, Goldeband, Hilscher, Körber, Dr. Klotzberg, Komrowsky, Josef Müller, Floner und Poyer, Landesschulinspektor Hofrat Dr. Rieger, Magisthats-Direktor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Artzt, die Magistratsräte Formanek, Dr. Ehrenberg und Dr. Sagmeister, Marktantsdirektor Bauer, Stadtgartendirektor Hybler, Zentralinspektor Oberpolizeirat Dr. Pamer, die Bezirksschulinspektoren Smital, Tremmel, Wohlbach und Zickero, Zentralinspektor Aichhorn und zahlreiche Schulleiter.

Der Obmann des Preisgerichtes GR. Dr. Klotzberg leitete die Feier mit einer Ansprache ein, in welcher er erwähnte, dass in früheren Jahren Fenster und Balkone, die am schönsten mit Blumen geschmückt waren, durch Preise ausgezeichnet wurden, jetzt in der Kriegszeit seien an deren Stellen Gemüsegärten getreten. 5300 Familien haben auf einer Fläche von 1.400.000 m², 11.000 Schulkinder auf einer Fläche von 200.000 m² mit grossem Erfolge Gemüse gezogen. In allen Bezirken - ausgenommen dem 1. und 7. - wurden Kriegsgemüsegärten angelegt, indem Steinwüsten in blühende Fluren umgewandelt wurden.

Akademisch Gebildete, Angehörige des Gewerbestandes, Mädchen und Knaben, Lehrende und Lernende, betätigten sich mit Erfolg im Gemüsebau, sorgten für den Mittagstisch ihrer Familie. Unter den Gemüsegärtnern finden wir auch Mitglieder der darstellenden Kunst, von welchen Hof-schauspielerin Bleibtreu, die Burgschauspieler Wawra, Tiedke und Häussermann mit Preisen ausgezeichnet wurden.

Landesschulinspektor Hofrat Dr. Rieger führte aus, dass grosse und bedeutungsvolle Arbeit in den Kriegsgemüsegärten geleistet wurde. Es sei dies wieder ein Zeichen von der grosszügigen Führung und Leitung der Gemeinde Wien, welche durch Hebung der Schätze des Wiener Bodens neue Wege zeigte, wie eine Grossgemeinde auf dem Gebiete der Selbstversorgung sich teilweise unabhängig machen kann. Bgm. Dr. Weiskirchner habe den sozialpädagogischen Gedanken aufgegriffen und ausgebaut. Als Vertreter der Landesschulbehörde sage er dafür den besten Dank.

Bgm. Dr. Weiskirchner dankte allen für die Mühewaltung, Opferwilligkeit und Hingebung, mit der sie dazu beigetragen haben, das Durchhalten in diesen schweren Zeiten zu ermöglichen und zu erleichtern. Unseren glänzenden militärischen Erfolgen auf den Schlachtfeldern stehen weniger befriedigende Verhältnisse im Hinterlande gegenüber. Wir dürfen uns nicht unwert zeigen unserer heldenmütigen Söhne und Brüder, welche für die Freiheit der Scholle, für die Existenz des Staates, für die künftige friedliche Entwicklung des Volkes streiten.

Im Jahre 1915 bestanden in Wien bereits 1000 Kriegsgemüsegärten, die sich im Jahre 1916 auf 2830 und im Jahre 1917 auf 5400 vermehrten. In diesem Aufschwunge könne man bemerken, wie die Idee der Kriegsgemüsegärten sich immer mehr ausbreitete; es gebe keine Gesellschaftsschichte, welche sich von dieser Arbeit ausschliessen wollte, alle gingen mit Begeisterung ans Werk. Die Gemeinde habe nicht bloss städti-

sche Gründe zugewiesen, sie bemühte sich auch, ihr nicht gehörige Grundstücke zur Verfügung zu stellen und durch eine neuerliche Verordnung wird sie auch im Jahre 1918 in der Lage sein, Flächen, die Grundstökulanten gehören, für Kriegsgemüsegärten in Anspruch zu nehmen.

Mit der Ausgestaltung der Einzichtung der Kriegsgemüsegärten verfolgten wir nicht bloss den Zweck, die Haushalte mit Gemüse zu versorgen, es waren auch ethische und moralische Momente, welche dabei eine bedeutende Rolle spielten. Den Kindern soll der Wert der heimatlichen Scholle zum Bewusstsein kommen, sie sollen den Grund und Boden, der unter den ungünstigsten Verhältnissen Früchte trägt, ihre Dankbarkeit beweisen lernen.

Im nächsten Jahre wird Gelegenheit gegeben sein, einen weiteren Kreis von Familien für die Kriegsgemüsegärten heranzuziehen. Durch die Gnade Sr. Majestät wurde uns die Wasserwiese im Prater überlassen und in kurzer Zeit wird voraussichtlich der Abschluss über die Lobau fertiggestellt sein und auch dort werden neue Flächen für Gemüsegärten aufgeschlossen werden.

Wenn ich noch in Betracht ziehe, dass tausende von Schrebergärtnern Gemüse ziehen, dass eine Reihe von Unternehmungen - ich nenne insbesondere die Eisenbahn-Betriebs-Direktionen - eigene Gemüsegärten für ihre Angestellten haben, so kann ich die Zahl der Familien, die sich selbst mit Gemüse versorgen, mit 15.000 annehmen; die Familie zu 4 Köpfen gerechnet, sind es 60.000 Personen der Grossstadt-Bevölkerung, die aus Eigenem ihren Bedarf an Gemüse, oft auch für Verwandte decken. Allen, welche an diesem schönen Werk mitarbeiten, sage ich den besten Dank. (Lebhafter Beifall)

Der Anbauleiter der Schulkriegsgemüsegärten des 12. Bezirkes Direktor Langer dankte namens der Lehrerschaft, Zentraldirektor kaiserl. Rat Aichhorn namens der städtischen Knabenhorte für die Förderung der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Ueberlassung der Anbauflächen, der Beistellung von Wasser, Saatgut und Werkzeugen und betonten die erziehbliche Wirkung der Gartenarbeit.

Ein Schulknabe, Rudolf Schattinger, trug dann das Gedicht „ Das Kriegsfeld " von Georg Schön vor, das Schulmädchen Eduardine Schiffneder dankte sodann namens der Schulkinder mit einer schwungvollen Ansprache.

Nach der Verteilung der Prämien schloss Bgm. Dr. Weiskirchner die Feier mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städt. Amts- und Anstaltsärzte erstattete Oberstadtphysikus Dr. Böhm den Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Oktober l.J.

Der Krankenzustand ist im Berichtsmonat ziemlich stark zurückgegangen, hauptsächlich infolge Abnahme der Erkrankungen der Verdauungsorgane einschliesslich Ruhr. In die armenärztliche Behandlung sind 9415 Fälle gegen 9689 im Vormonat und 9381 im Oktober des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2003 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1805, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 679 Fälle. Die Infektionskrankheiten haben trotz der Abnahme der Ruhr eine Zunahme aufgewiesen, da der Scharlach und die Diphtherie seit

Schulbeginn in steter Ausbreitung befindlich sind. Aus der Zivilbevölkerung liefen 1491 Anzeigen ein, hievon entfielen 602 auf Scharlach, 345 auf Diphtherie, 109 auf Bairisch Typhus, 264 auf Ruhr, 153 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 81 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war niedriger als im Vormonat. Insgesamt starben 2868 Zivil- und 461 Militärpersonen, zusammen 3329 Personen gegen 3443 im Vormonat und 2769 im Oktober des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrophulose mit 559 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 55.27 %, das weibliche mit 44.73 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 31 gerichtliche und 102 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 4099 Transporte, darunter 629 Leichentransporte durchgeführt.

Beförderung des GE Vaugoin. Gemeinderat Karl Vaugoin, welcher als Oberleutnant im Felde steht, wurde zum k.k. Rittmeister befördert.

Zur Vermählung des Erzherzog Max. Bgm. Dr. Weiskirchner hat namens der Stadt Wien an den Erzherzog Max folgendes Schreiben gerichtet:

Der Wiener Bevölkerung ist das Vermächtnis ihrer Väter lieb geworden, mit dem Allerhöchsten Kaiserhause Freud und Leid zu teilen, und alles Glück, das der kaiserlichen Familie beschieden ist, spiegelt sich wieder im Herzen der Wiener.

So ist der Tag, an welchem Eure k.u.k. Hoheit den Herzenbund schliessen, auch ein Festtag für die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, und sie begehrt ihn mit den innigsten Wünschen für das Wohlergehen des hohen Brautpaares und eine glückliche Zukunft des Bundes.

Indem ich Eurer k.u.k. Hoheit diese vom Herzen kommenden Wünsche der Wiener Bevölkerung zu unterbreiten mit erlaube, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, dass Eure k.u.k. Hoheit an der Seite Höchstthrer Gemahlin vom Segen Gottes immerdar begleitet seien.

Unter der Regierung Sr. Majestät unseres geliebten Kaisers werden die Völker unseres Vaterlandes nach diesem weltbewegenden Ringen einer friedlichen Entwicklung und, wie wir mit fester Zuversicht hoffen, einer frohen Zukunft entgegengehen; möge Gottes Sonne sodann hell erstrahlen über dem geliebten Kaiserhause und dem Herzenbunde, den Eure k.u.k. Hoheit nun schliessen!

381
401

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien.
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 29. Oktober 1917. Nr. 381.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse um den Preis von K 10.20 für 1 kg an folgenden Stellen verkauft: Heinrich Fessel, 1. Bezirk Hoher Markt; J. Filiph, 2. Bezirk Markt in Ward; A. Dechant, 3. Bezirk Grossmarkthalle; Rechberger, 4. Bezirk Naschmarkt; Simatovitsch, 5. Bezirk Schönbrunnerstrasse 29; A. Holub, 6. Bezirk Markthalle Damböckgasse; M. Hanneker, 7. Bezirk Markthalle Burggasse; L. Haas, 8. Bezirk Markthalle Stadiongasse; A. Morskorsch, 9. Bezirk Markthalle Nussdorferstrasse; J. Vallentin, 10. Bezirk Markt Eugenplatz; M. Nowack, 12. Bezirk Markt Meidling; T. Gay, 11. Bezirk Markt Enekplatz; A. Damborsky, 13. Bezirk, Zehentergasse; J. Cass, 14. Bezirk Meiselstrasse 3; A. Stritzl, 15. Bezirk Markt Reithoferplatz; A. Herold, 16. Bezirk Markt Brunnengasse; M. Gludovatz, 17. Bezirk Dornierplatz; K. Schmalzbauer, 18. Bezirk, Gentzgasse 33; B. Hrodek, 18. Bezirk Kutschergasse 24; E. Kazil, 19. Bezirk Heiligenstädterstrasse 144; B. Filipitsch, 21. Bezirk Markt am Spitz; J. Kammer, 20. Bezirk Klosterneuburgerstrasse 12.

Zweigverein „Stadt Wien“ des Militär Witwen- und Waisen-Fondes.

Unter dem Vorsitze des Egm. Dr. Weiskirchner fand am 27. ds. im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates die gründende Versammlung des Zweigvereines „Stadt Wien“ des k.k. österreichischen Militär Witwen- und Waisen-Fondes statt. Es waren erschienen: In Vertretung des Protektor-Stellvertreters Erzherzog Leopold Salvator dessen Obersthofmeister Frinz August Lobkowitz, Kardinal Fürstbischof Dr. Piffl, vom Militär Witwen- und Waisen-Fond Ehren-Präsident Generaloberst Freiherr von Georgi, Ehrenmitglied Geh. Rat Dr. Josef Ritter von Kerzl, der Präsident FZM. Karl Kuk, Vizepräsident FZM. Hugo von Hoffmann - Nagyszötet, die Vorstandsmitglieder Gräfin Berchthold - Karoly, Ministerialrat Baron Baumgartner, Statthaltereivizepräsident a.D. Wagner Ritter von Kremsthal, päpstlicher Geheimkämmerer Engelbert Müller, Generalmajor Stephan Majewski, Sektionsrat Universitäts-Professor Dr. Robert Bartsch, Oberleutnant Spitzer, Direktor der Anglo-Bank Kommerzialrat Hugo Schwarz und Direktor Wegner; in Vertretung der Gruppe „Frauenkriegs-Beisteuer“ Ehrenpräsidentin Frau Bürgermeister Berta Weiskirchner, die Präsidentin Frau Generalmajor Forges und die Vizepräsidentin Frau Claudia Orendi-Csanyi; für die Winterbekleidungs-Sektion Baronin Alice von Baumgartner; für den niederösterreichischen Landesverein des Witwen- und Waisen-fonds dessen Präsident Landeshauptmann-Stellvertreter Freiherr von Freudenthal, ferner Hofrat Aspis, Richter Dr. Zampis, Oberlandesrat Dr. Hueber, Landes-Sekretär Dr. Hans Lieger und Fräulein Marianne Adler, für den Verein Studienfürsorge Botschafter Geh. Rat Karl Freiherr von Macchio.

Ferner wohnten der Versammlung bei: Polizeipräsident Gayer mit Gemahlin, FML. Franz von Rieger, Generalmajor Edler von Sterz, die VB. Hierhammer, Hoss und Rain, die Abgeordneten Friedmann und Reifmüller, der Direktor-Stellvertreter der Staats-Eisenbahngesellschaft Hofrat L. Paul, Oberpolizeirat Hofrat Dr. Hans Wagner, Hofrat Ritter von Sulzbeck, Staatsbahnrat Dr. Viktor Leipen, die GRe. Deberkow, Dr. von Dorn, Dr. Hain, Herold, Hilscher, kaiserl. Rat Huschauer,

Knoll, Kommerzialrat Partik, kaiserl. Rat Philp, Faulitschke, Hummelhardt, Spalovsky, Tomola und Domherr Wolny; die Bezirksvorsteher Dr. Blasel, kaiserl. Rat Forzer, Ohrfandl, kaiserl. Rat Karlinger, kaiserl. Rat Kunz, Dr. Mattis, kaiserl. Rat Baumann und Anderer; Vorsteher-Stellvertreter Burghaber, Direktor Cavar, Kommerzialrat Rudolf Maaß, der Pfarrer der evangelischen Pfarrgemeinde Wien Erich Stöckl, Advokat Dr. Fialla, Hofsekretär Baron Ripp, Franz Georg Bujatti, Dr. Rudolf Richter, kaiserl. Rat Hugo Fuchs, Dr. Lowy (Zentralstelle für das städtische Armenwesen), kaiserl. Rat Lehr, etc.

Ferner die Damen: Amalie Kuk, Gräfin Marschall (katholischer Wohltätigkeits-Verband), Baronin Drasche, Emma Baronin Isbary, Elvira Frein von Troila (Verband der Wiener Tagesheimstätten), Baronin Adele von Ordody, Ernesta Frein von Merkl, Franziska Facher von Theinburg, Frau Hofrat Luxardo, Dr. Hildegard Burjan (Vereinigung soziale Hilfe), Julie Indich (Verein gegen Verarmung und Bettelei), Aurelia Glaser, Lina Bowyer-Lane, Lora Fickert, Sophie Grünfeld, Helene Granitsch, Sophie Quittner u.v.a.

Im Auftrage des Protektor-Stellvertreters Erzherzogs Leopold Salvator eröffnete Obersthofmeister Frinz August Lobkowitz die gründende Versammlung des Zweigvereines, worauf der Präsident des österreichischen Witwen und Waisen Fonds FZM. Kuk seiner Freude darüber Ausdruck gab, den Beginn seines neuen Amtes mit der Gründung des Zweigvereines Wien zu eröffnen, der berufen sei, im engen Zusammenwirken mit der Zentrale des Witwen und Waisen Fonds die so überaus wichtigen Fragen der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge in Wien zu fördern und auszugestalten. Er dankte dann dem Protektor-Stellvertreter für die mächtige Fürsorge, welche er dem Fonde jederzeit angedeihen liess, sprach dem Bürgermeister den Dank für das Interesse und Wohlwollen aus, welches er der Gründung des Zweigvereines entgegengebracht habe und gab der Zuversicht Ausdruck, dass die massgebenden Kreise der Hauptstadt die grosse Bedeutung der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge in vollem Masse würdigen werden.

Egm. Dr. Weiskirchner betonte, dass mit der Gründung des Zweigvereines Wien nicht ein neues Fürsorgewerk geschaffen, sondern das sozialcharitative Werk organisatorisch ausgebaut werde, dessen Grundstein bald nach Ausbruch des Krieges von edlen, hilfsbereiten Frauen und Männern gelegt wurde, welche auch durch die ganze Kriegszeit mit hingebungsvollem Eifer sich mühten, um einen kleinen Teil der drückenden Dankesschuld gegenüber jenen Wiener Helden abzustatten, die für den Schutz der heimatlichen Scholle, für die Ehre und Zukunft unseres Vaterlandes gefallen sind. Der Bürgermeister besprach sodann die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes, welches zufolge einer Vereinbarung mit dem Witwen- und Waisen-Fond die praktische Witwen- und Waisen-Fürsorge für den Fond seit Beginn des Jahres 1916 übernommen hat und hob hervor, dass das nach Chargen abgestufte Ausmass der Witwen- und Waisen-Versorgung im Widerspruch mit der Zusammensetzung des modernen Volksheeres stehe; es sei Pflicht des Staates, die grössten Härten dieser Art auszugleichen. Er machte weiters den Staat auf seine Pflicht aufmerksam, durch eine Neuregelung des Gesetzes die Bezüge der Hinterbliebenen in ausgiebigerem Masse sicherzustellen und besprach sodann die bisherigen Fürsorgemassnahmen für die Witwen und Waisen. Der grösste Teil der Waisen werde bei den Müttern und Verwandten verpflegt. Hinsichtlich der Adoption seien ziemlich zahlreiche Angebote eingereicht worden; es sei aber nicht leicht, den besonderen Wünschen der Adoptiv Eltern zu entsprechen, da nicht immer gerade blonde und blauäugige Mädchen zur Verfügung stehen. (Heiterkeit) Egm. Dr. Weiskirchner schloss mit den Worten: So wollen wir in ernster Stunde geloben, dem Zweigvereine „Stadt Wien“ treue Arbeit zu leisten, für ihn zu werben

und zu wirken und in Betätigung der Nächstenliebe und sozialer Pflicht Tränen zu trocknen, Wunden zu heilen und vor allem unserer Jugend, der Kindern der Helden, den Weg in bessere Zeiten zu bereiten. (Lebhafter Beifall)

Der Bürgermeister gedachte sodann des Allerhöchsten Kaiserhauses und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Protektoren des Witwen- und Waisen-Fondes Kaiser Karl und Kaiserin Zita aus.

Bei der sodann vorgenommenen Wahl wurden in den Vereinsvorstand gewählt: Als Präsident Egm. Dr. Weiskirchner, als Vizepräsidenten Generalmajor Sterz Edler von Ponteguerra und Dr. Eugen Ritter von Boschan, als Vizepräsidentin Frau Berta Weiskirchner, als Schriftführer Reg. Rat Dr. Kleibel und GR. Dr. von Schwarz-Hiller, als Kasseverwalter Hofrat Ludwig Paul und Frau Helene Granitsch; ferner als Mitglieder ^{nachfolge} amtlicher Stellung ^{für das} Fürstbischöfl. Ordinariat ^{für das} Ordinariatssekretär Josef Wagner, ^{für die} Evangelische Pfarrgemeinde Wien ^{für die} Pfarrer Erich Stöckl, ^{für die} Israel. Kultusgemeinde Wien Univ. Prof. Dr. Salomon Ehrmann, ^{für die} n.ö. Statthaltereirechts-Bezirks-Hauptmann Dr. Hans Lieger, ^{für die} k.u.k. Korpskommando Oberstleutnant Adolf Hubert, ^{für die} Landesgericht in Zivilsachen Senatspräsident Dr. von Kumpfmüller, ^{für die} Polizeidirektion Wien ^{für die} Polizeirat Viktor Fichler, ^{für die} Österreichische Militär Witwen- und Waisen-Fond Sigismund Freiherr von Springer (Vertreter Monsignore Engelbert Müller), ^{für die} Gruppe „Frauenkriegsbeisteuer“ Frau Berta Weiskirchner und Frau Claudia Orendi-Csanyi, ^{für die} n.ö. Landesschulrat/Landesschulinspektor Dr. Becker, Bezirksschulrat: VB. Hoss, städtisches Jugendamt: Magistratssekretär Dr. Gold, Zentralverein der Wiener Waisenräte: Oberlandesgerichtsrat Dr. Heinrich, Verband der Wiener Tagesheimstätten: Hofrat Ernst Graf Marschall und Komitee für Jugendgerichtshilfe: Bezirksrichter Dr. Fiala; mit dreijähriger Amtsdauer gewählte Mitglieder: RRA. Franz Reifmüller, Regierungsrat Dr. Anton Kleibel, RRA. Max Friedmann, GR. ~~Tomola~~ Monsignore Josef Wolny, GR. Karl Hummelhardt, Frau Dr. Hildegard Burjan, Landesausschuss Leopold Kunschak, Stadtrat Leopold Tomola, Staatsbahnrat Dr. Leipen, GR. Dr. Ignatz Stich, Baronin Alice Baumgartner, Frau Sofie Grünfeld, Herta von Sprung.

In den Arbeitsausschuss wurden gewählt: als Vorsitzende Präsident Egm. Dr. Weiskirchner und Stellvertreter Generalmajor Sterz Edler von Ponteguerra, Schriftführer Regierungsrat Dr. Anton Kleibel, Kasseverwalter Frau Helene Granitsch, M.R.O. Offizial Friedrich Marmont, Polizeioberkommissär Dr. Emil Walkoff, Magistratssekretär Dr. Rudolf Horneck, Bezirksschulrat GR. Georg Philp, Magistratssekretär Dr. Gold, Zentrale des österreichischen Militär Witwen- und Waisen-fonds Direktor Adolf Wegner, ^{für die} Gruppe „Frauenkriegsbeisteuer“ Frau Claudia Orendi-Csanyi und Frau Herta von Sprung, ^{für die} Priv. Jugendfürsorge Baronin Elvira Troile, Frau Grete Löhr.

Zu Rechnungsprüfern wurden gewählt: Direktor Hugo Breitner (Länderbank) und Direktor von Hauska (Zentralbank).

In das Schiedsgericht wurden gewählt: Hofrat a.D. Ernst Ritter von Sulzbeck, Dr. Hans Ritter von Mautner und Dr. Hermann Fiala

Der Präsident des Witwen- und Waisen-Fonds FZM. Kuk hielt sodann einen instruktiven mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrag über Zwecke und Ziele sowie die Aufgaben des k.k. österreichischen Militär Witwen und Waisen-Fondes.

Mit Dankesworten an die Versammlung und mit einem warmen Apell an die Bürger der Stadt Wien, alle Kräfte für das Gelingen des schönen Werkes einzusetzen, schloss Egm. Dr. Weiskirchner die Versammlung.

389
402

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 30. November 1917. Nr 382.

Die Gemeinde Wien für die Kleidermacher. Die Genossenschaft der Kleidermacher in Wien plant die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche als Bindeglied zwischen den Zentralstellen, die die Rohstoffe und Textilerzeugnisse zu bewirtschaften haben, und den Kleinverbrauchern dienen und den Warenvertrieb an diese nach den Intentionen der Zentralstellen besorgen soll. In den Wirkungskreis der Gesellschaft sollen nicht nur Kleidermacher, sondern alle Gewerbe, bei denen zur Herstellung der Erzeugnisse Textilwaren benötigt werden, einbezogen werden. Der Stadtrat fasste nach einem Berichte des VB. Rain den Beschluss, dass die Gemeinde dieser Zentral-Einkaufsstelle für Textilwaren verarbeitende Gewerbe mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen beitrifft.

Bürgervereinigung. Die Wiener Bürgervereinigung hält am 2. Dezember im Festsale des Rathauses ihre Generalversammlung ab. Vor der Versammlung findet eine Messe für die Mitglieder der Vereinigung in der Votivkirche statt.

Lebensmittel aus Ersatzstoffen. In der letzten Sitzung des Stadtrates brachte StR. Schwer folgenden Dringlichkeitsantrag ein: Die Erzeuger von Lebensmitteln aus Ersatzstoffen sowie die Erzeuger für den Lebensunterhalt sind verpflichtet, vor dem Vertriebe ihrer Erzeugnisse diese der k.k. Lebensmitteluntersuchungs-Station zur Untersuchung ihrer Brauchbarkeit und des Gestehungs- und Verkaufspreises zu übergeben. Der Verkauf von Lebensmitteln aus Ersatzstoffen ist nur auf Grund einer behördlichen Erlaubnis, der das Gutachten der k.k. Lebensmitteluntersuchungs-Station zu Grunde zu liegen hat, gestattet. Das Marktamt wird beauftragt, eine Liste jener schwindelhaften Lebensmittelzeugnisse aus angeblichen Ersatzstoffen zur Warnung des Publikums zusammen zu stellen und öffentlich zu affigieren. Der Antrag wurde der geschäftsmässigen Behandlung zugeführt.

Vereinigung der beiden Zentralgewerbeämter des Magistrates. Gegenwärtig bestehen für die vom Magistrate zentral zu behandelnden Gewerbeangelegenheiten die beiden Magistrate-Abteilungen XVII und XVII a., von welchem der ersteren die gewerblichen Angelegenheiten, insbesondere der Aktiengesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Gesellschaften m.b.H. (mit einem Stammkapital von mehr als 1 Million Kronen), der sonstigen zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen und die Angelegenheiten der verkäuflichen und radizierten Gererbe, der letzteren die gewerblichen Angelegenheiten namentlich der Unternehmungen periodischer Personentransporte, Fischer, Einspänner, öffentlicher Automobillohnwagen, Schiffer, Luftschiffer, Platzdiener, Pfandleiher, Rauchfangkehrer und Leichenbestatter zugewiesen sind. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nunmehr die sämtlichen zentral zu behandelnden Gewerbeangelegenheiten in der Magistrate-Abteilung XVII vereinigt und die Auflassung der Magistrate-

Abteilung XVII a mit 1. Dezember 1917 verfügt. Magistratsrat Dr. Franz Glatz, Vorstand der bisherigen Magistrate-Abteilung XVII, wird auch der zukünftigen erweiterten Magistrate-Abteilung XVII vorstehen.

Amtsleiterbestellung. Sgm. Dr. Weiskirchner hat den bisherigen Vorstand des nunmehr aufgelassenen 2. Zentralgewerbeamtes des Magistrates (Magistrate-Abteilung XVII a) Magistratsrat Anton Oesterreicher, zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 7. Bezirk und den bisherigen Leiter dieses Amtes Magistratsrat Franz Böser zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 13. Bezirk bestellt.

Direktor Rudolf Scherer +. Der Direktor der Städtischen Hauptkasse Rudolf Scherer ist gestern nach langer Krankheit gestorben. Im Jahre 1861 trat er als Siebzehnjähriger in den Dienst der Stadt Wien. Seine ungewöhnliche Sachkenntnis und sein unermüdlicher Eifer, gepaart mit hervorragenden persönlichen Eigenschaften waren die Ursache, dass er nach Ausbruch des Krieges zur Leitung der städtischen Hauptkasse berufen und zum Direktor befördert wurde. In dieser schweren Zeit, die bei dem gewaltigen Anwachsen der Geschäfte und den durch die militärischen Einrückungen entstandenen personellen Schwierigkeiten die höchsten Anforderungen an die Leitung stellte, hat sich Scherer's organisatorisches Talent glänzend bewährt und unermüdlich sorgte er für ein reibungsloses Funktionieren des amtlichen Apparates.

Theater-Lokalkommission für Wien. Die Theater-Lokalkommission hat den städtischen Baurat Ing. Richard Binder zum Obmann-Stellvertreter gewählt. Der Statthalter hat den Architekten Ing. Josef Bündsdorf, den k.u.k. Hof-Bau-Oberinspektor Franz Josef Schebek und den Inhaber einer prot. Firma für Heizungs-Beleuchtungs- und Wasserleitungsanlagen Hans Hable zu Mitgliedern der obigen Kommission ernannt.

NB. Falls der gestern ausgegebene Bericht Zweigverein „Stadt Wien“ des Witwen und Waisen Fonds sich noch im Uebersatz befindet, bitten wir, bei den Wahlen hinzuzufügen u. zw. nach den Worten für den österreichischen Militär-Witwen und Waisen Fond FZM. Karl Kuk (Vertreter Direktor Adolf Wagner) und es geht dann weiter im Berichte mit Sigismund